



Arbeitsgemeinschaft
Tabakprävention
Schweiz



Schweiz Index der Einflussnahme der Tabakindustrie 2023

Erscheinungsdatum: November, 2023

Autoren:

Kris Schürch
Sascha Moore Boffi
Pascal Diethelm
Luciano Ruggia

Danksagung:

Die Autoren danken Claudia Künzli, Lungenliga Schweiz, Luc Lebon, Zentrum für Allgemeine Innere Medizin und Public Health (Unisanté), Stefanie de Borba und Markus Ossola, Krebsliga Schweiz, Barbara Weil, Verbindung der Schweizer Ärztinnen und Ärzte (FMH), Markus Dick und Julia Leijola, stop2drop, und Philipp Tinguely, Schweizerische Herzstiftung für ihre Beiträge zu diesem Dokument.

Ohne die Mitwirkung all dieser Personen wäre dieses Dokument nicht zustande gekommen.

Die Autoren bedanken sich auch herzlich bei Mary Assunta vom Global Centre for Good Governance in Tobacco Control (GGTC) für ihre Korrekturen und redaktionelle Unterstützung.

Unterstützt von:



Arbeitsgemeinschaft
Tabakprävention
Schweiz



unisanté

Centre universitaire de médecine générale
et santé publique • Lausanne



Schweizerische
Herzstiftung



Vorgeschlagene Zitierung: Schürch, Moore Boffi, Diethelm, Ruggia. Switzerland Tobacco Industry Interference Index 2023. Global Center for Good Governance in Tobacco Control (GGTC) & Swiss Association for Tobacco Control. Nov 2023.

Methodik

Der Bericht basiert auf einem Fragebogen, der von der Southeast Asia Tobacco Control Alliance entwickelt wurde. Er umfasst 20 Fragen, die auf den in Artikel 5.3 genannten Leitlinien beruhen. Die in diesem Bericht verwendeten Informationen stammen ausschliesslich aus öffentlichen Quellen. Die Bewertung erfolgt anhand eines Punktesystems. Die Punkte werden auf einer Skala von 0 bis 5 vergeben, wobei 5 für den höchsten Grad der Einflussnahme durch die Industrie und 1 für geringe oder keine Einflussnahme steht. Je niedriger die Punktzahl, desto besser für das Land. Die Punktzahl 0 steht für fehlende Nachweise oder nicht anwendbar. Wenn unterschiedliche Nachweise gefunden wurden, wird ein Durchschnittswert berechnet. Nicht-Vertragsparteien des WHO-Rahmenübereinkommens zur Eindämmung des Tabakgebrauchs (Framework Convention on Tobacco Control, FCTC) bewerten Frage 4 mit «0». Die Gesamtpunktzahl der Nichtvertragsparteien wird durch 95×100 geteilt, um die Gesamtpunktzahl zu erhalten. Die Punktzahl wurde im Konsens zwischen den vier Autoren festgelegt. Der Bericht enthält Informationen über Ereignisse, die sich im Zeitraum von April 2021 bis März 2023 ereignet haben, aber auch über Ereignisse, die vor April 2021 stattgefunden haben, aber heute noch von Bedeutung sind.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	4
Abbreviations.....	5
Executive Summary	6
Hintergrund und Einleitung	9
Zusammenfassung der Ergebnisse.....	12
Empfehlungen.....	14
Resultate und Erkenntnisse	16
Appendix: Informationsquellen.....	48
Bibliographie:.....	58

Vorwort

Die Schweiz, eine Nation, die für Präzision, Neutralität und die Verteidigung der Menschenrechte steht, sieht sich mit einer beispiellosen Herausforderung im Bereich der öffentlichen Gesundheit konfrontiert. Im Zentrum dieser Krise steht die massive Einflussnahme der Tabakindustrie, die sich unbemerkt ins Zentrum der politischen Entscheidungen und Diskurse unseres Landes geschlichen hat.

Mit grossem Verantwortungsbewusstsein legen wir den vorliegenden Bericht über den Index der Einflussnahme der Tabakindustrie in der Schweiz vor. Dieser Bericht ist nicht nur eine Analyse, sondern auch ein Aufruf zum Handeln: Die gefährlichen Verstrickungen zwischen Konzerninteressen und nationaler Politik müssen erkannt und korrigiert werden. Durch die Anwesenheit von Branchenriesen wie Philip Morris International, British American Tobacco und Japan Tobacco International ist ein Netzwerk von Beziehungen, Strategien und Diskursen entstanden, das die gesundheitspolitischen Ziele unseres Landes permanent herausfordert.

Unsere Untersuchung hat komplexe Wechselwirkungen zwischen Industrie und Regierung, Interessenkonflikte und einen offensichtlichen Mangel an Präventionsmassnahmen aufgedeckt. Es ist wichtig, daran zu erinnern, dass hinter jedem der in diesem Bericht aufgezeigten Sachverhalte Menschenleben stehen: Nicht weniger als 14 % der Todesfälle in der Schweiz sind auf Tabak zurückzuführen. Auch die Umwelt, die uns so am Herzen liegt, ist bedroht. Dennoch wird der ökologische Fussabdruck des Tabaks allzu oft ignoriert.

Dieses Dokument ist jedoch mehr als nur eine Abhandlung. Es ist ein Fahrplan, welcher der Schweiz konkrete Lösungen und Massnahmen vorschlägt, um den Diskurs über die öffentliche Gesundheit aus den Klauen einer Industrie zu befreien, die von diesem schädlichen Geschäft profitiert. Auch wenn wir der WHO-Rahmenkonvention zur Tabakkontrolle noch nicht vollständig beigetreten sind: Es ist nie zu spät, damit anzufangen. Die in diesem Bericht enthaltenen Empfehlungen können der Schweiz als Wegweiser dienen, damit sie ihre Verpflichtung gegenüber dem Wohlergehen ihrer Bürgerinnen und Bürger sowohl in gesundheitlicher als auch in ökologischer Hinsicht wieder wahrnimmt.

Lassen Sie uns dafür sorgen, dass dieser Bericht über die Einflussnahme der Tabakindustrie mehr als nur ein Dokument ist. Er soll ein Anstoss für Veränderungen sein, ein Katalysator, der unser Land zum Handeln bewegt und sicherstellt, dass die öffentliche Gesundheit Vorrang vor den Zielen der Konzerne hat. Seien wir uns stets unserer Verantwortung gegenüber unseren Mitmenschen, unserer Umwelt und den Grundwerten der Schweiz bewusst.

Herzlichst,



Laurence Fehlmann Rielle
Präsidentin der Arbeitsgemeinschaft Tabakprävention Schweiz
(AT Schweiz)
Schweizer Nationalrätin seit 2015

Abbreviations

AHV	Alters- und Hinterlassenenversicherung
AT Schweiz	Arbeitsgemeinschaft Tabakprävention Schweiz
BAFU	Bundesamt für Umwelt
BAG	Bundesamt für Gesundheit
BAZG	Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit
BAT	British American Tobacco
BIG	Basel Institute on Governance
CSR	Corporate Social Responsibility
EDA	Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten
ETH Zurich	Eidgenössische Technische Hochschule Zürich
EPFL	École Polytechnique Fédérale de Lausanne
IGSU	Interessengemeinschaft für eine saubere Umwelt und für mehr Lebensqualität
JTI	Japan Tobacco International
KPMG	KPMG International Limited
PMI	Philip Morris International
SGV/USAM	Schweizerischen Gewerbeverbandes SGV/Union des arts et métiers USAM
SNF	Schweizerische Nationalfonds
SOTA	Einkaufsgenossenschaft für Inlandtabak
WHO	Weltgesundheitsorganisation (World Health Organization)
WHO FCTC	WHO-Rahmenübereinkommens zur Eindämmung des Tabakgebrauchs (Framework Convention on Tobacco Control, FCTC)

Executive Summary

Die Tabakindustrie in der Schweiz ist seit langem dafür bekannt, Präventionsbemühungen zu unterminieren. Der Global Tobacco Index überwacht die Tabakindustrie und zeigt, wie ihre verdeckten Taktiken und ihre einflussreiche Lobbyarbeit Massnahmen zur Eindämmung des Tabakkonsums untergraben – mit schwerwiegenden Folgen für die öffentliche Gesundheit und die Umwelt.

Der vorliegende Bericht beleuchtet den tief verwurzelten Einfluss der Tabakindustrie auf die Gesundheitspolitik in der Schweiz. Dieser Einfluss hat zur Folge, dass wirtschaftliche Gewinne über die Gesundheit der Bevölkerung gestellt werden. Als Sitz grosser Tabakkonzerne wie Philip Morris International, British American Tobacco und Japan Tobacco International lässt die Schweiz fahrlässig zu, dass diese Konzerne Strategien anwenden, die von politischer Manipulation bis zur Verschleierung der schädlichen Auswirkungen des Rauchens reichen. Diese Praktiken führen dazu, dass Gesundheitsprobleme fortbestehen, politische Entwicklungen stagnieren und die Raucherquoten hoch bleiben. Alarmierend ist, dass der Tabakkonsum für rund 14 % aller Todesfälle in der Schweiz verantwortlich ist. Die Schweiz hat die WHO-Rahmenkonvention zum Tabakgebrauch (FCTC) zwar unterzeichnet, aber nicht ratifiziert. Dies hat die Tabakindustrie in der Schweiz zum Erfolg verholfen.

Wichtigste Ergebnisse

Der Bericht identifiziert sieben Schlüsselindikatoren, die den bedeutenden Einfluss der Tabakindustrie auf die Schweizer Politik belegen:

1. **Beteiligung der Industrie an der Politikgestaltung:**

Da die Schweizer Regierung der Beteiligung der Tabakindustrie an der Politikgestaltung keine Grenzen setzt, kann diese die Gesetzgebung beeinflussen und Massnahmen zur Eindämmung des Tabakkonsums verwässern und ausbremsen.

2. **CSR-Aktivitäten der Industrie:**

Das Fehlen von Richtlinien, die Partnerschaften mit der Tabakindustrie verhindern, ermöglicht es der Tabakindustrie, Taktiken der Corporate Social Responsibility (CSR) anzuwenden, die ihr Legitimität und Einfluss auf politische Entscheidungsnetzwerke verschaffen.

3. **Vorteile für die Industrie:**

Die Nicht-Ratifizierung der FCTC durch die Schweiz, das Einfrieren der Steuern und die laxen Regulierung haben die Tabakindustrie stark begünstigt und die Schweiz in ein politisches Experimentierfeld und Marketinglabor verwandelt.

4. **Unnötige Interaktionen:**

Anhaltende Interaktionen zwischen Regierungsmitgliedern und der Tabakindustrie fördern enge Beziehungen und normalisieren die Präsenz der Industrie in politischen Netzwerken.

5. Transparenz:

Fehlende Transparenzanforderungen verschleiern die Beziehungen zwischen Regierung und Tabakindustrie und schaffen Möglichkeiten für nicht offengelegte Kooperationen.

6. Interessenkonflikte:

Das Fehlen einer nationalen Regelung für Spenden der Tabakindustrie an politische Kandidatinnen und Kandidaten führt zu komplexen und oft verborgenen Beziehungen zwischen der Tabakindustrie und Schweizer Politikerinnen und Politikern.

7. Präventive Massnahmen:

Das Fehlen von präventiven Massnahmen gegenüber der Tabakindustrie in der Schweiz verschärft das Problem zusätzlich, da es keine Regelungen gibt, die eine Offenlegung vorschreiben oder Verhaltensrichtlinien festlegen.

Empfehlungen

Die Schweizer Regierung muss den inhärenten Konflikt zwischen der öffentlichen Gesundheit und der Produktion, Vermarktung und dem Verkauf von Tabakprodukten anzuerkennen. Zu diesem Zweck enthält der vorliegende Bericht konkrete Handlungsempfehlungen zur Bekämpfung der gesundheitlichen und ökologischen Auswirkungen des Tabakkonsums. Diese umfassen:

1. Einschränkung der politischen Interaktion mit der Tabakindustrie.
2. Durchsetzung einer transparenten Offenlegung aller Interaktionen mit der Industrie.
3. Beseitigung von Anreizen für die Tabakindustrie.
4. Ausschluss der Tabakindustrie von der Politikgestaltung.

Die Schweiz als Ganzes muss eine umfassende nationale Tabakkontrollstrategie umsetzen, die im Einklang mit der FCTC der WHO steht. Von entscheidender Bedeutung ist die Unterstützung von NGOs und Projekten, welche die Ratifizierung der FCTC und damit die Veränderung des Status quo sicherstellen.

Schlussbemerkungen

Die unzulässige Einflussnahme der Tabakindustrie auf die Gesundheitspolitik und das gesellschaftliche Gefüge der Schweiz ist ein drängendes Problem. Der vorliegende Bericht zeigt das alarmierende Ausmass der Kontrolle der Tabakindustrie auf und plädiert für umfassende politische, transparente und regulatorische Reformen. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die Regierung, die NGOs und die Vertreterinnen und Vertreter des

Gesundheitswesens an einem Strang ziehen. Mit der konsequenten Umsetzung wirksamer Massnahmen, der transparenten Offenlegung von Kooperationen und einer umfassenden Tabakkontrollstrategie kann die Schweiz dieser Gesundheitskrise begegnen, den Einfluss der Tabakindustrie zurückdrängen und das Wohl der Bevölkerung und der Umwelt in den Vordergrund stellen.

Hintergrund und Einleitung

«Der Zweifel ist unser Produkt, denn er ist das beste Mittel, um mit den «Fakten», die in den Köpfen der Öffentlichkeit existieren, zu konkurrieren. Er ist auch das Mittel, mit dem wir eine Kontroverse erzeugen können»,

heisst es in einem als «vertraulich» gekennzeichneten Dokument aus den Archiven eines Tabakkonzerns, das auf Anordnung eines amerikanischen Gerichts veröffentlicht wurde.¹ Seit fast einem Jahrhundert verheimlicht die Tabakindustrie ihr Wissen über die gesundheitsschädlichen Auswirkungen ihrer Tabakprodukte. Trotz immer neuer wissenschaftlicher Beweise ist es der Tabakindustrie gelungen, die Bemühungen zur Eindämmung des Tabakkonsums zu untergraben, indem sie mit verdeckten Lobbying-Taktiken die Öffentlichkeit darüber hinwegtäuscht, dass Tabak eine der Hauptursachen für nichtübertragbare Krankheiten und vorzeitiger Todesfälle ist.² In der Schweiz ist die Situation nicht anders. Hier hat die Tabakindustrie die zaghafte Politik zur Eindämmung des Tabakkonsums ausgenutzt, um einen grausamen Teufelskreis aus politischen, rechtlichen und PR-Strategien in Gang zu setzen, der dafür sorgt, dass die Tabakkontrollpolitik wirkungslos bleibt.

Tabakindustrie und Prävalenzraten in der Schweiz

In einem streng vertraulichen Strategie-Briefing, das die PR-Agentur Burson-Marsteller 1990 für Philip Morris für die EEMA-Region (Eastern Europe, Middle East & Africa) verfasste, liest man:

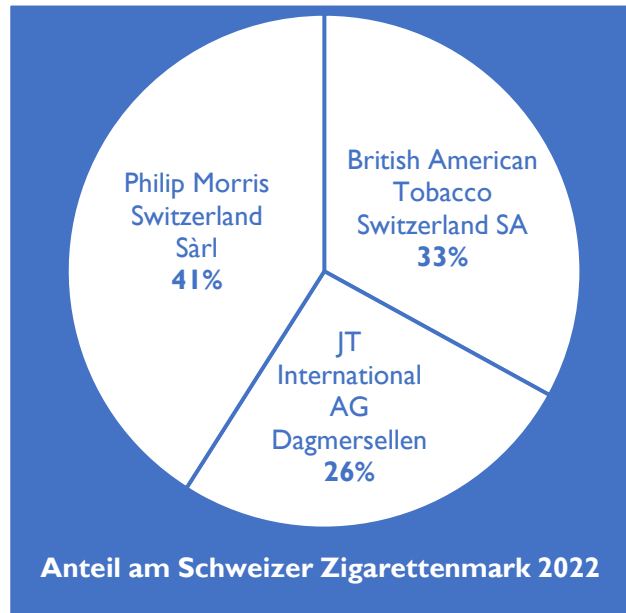
«In der Schweiz scheint – wenn auch verdeckt – eine Art sozialer Krieg zu toben, den die Raucherinnen und Raucher zu verlieren drohen, wenn die Industrie ihnen nicht die Munition liefert, die es ihnen ermöglicht, ihre gegenwärtigen Praktiken zu ändern.»²

Lee und Glantz (2001) veröffentlichten diese Aussage in einem Bericht über die erfolgreichen Bemühungen der Tabakindustrie, die Entwicklung der Tabakpolitik in der Schweiz zu kontrollieren.² Die Fortschritte in der Tabakkontrollpolitik der letzten zwanzig Jahre sind gering, da sie weitgehend durch das mächtige Netzwerk der Tabaklobby behindert werden, welches die Schweizer Politik durchdringt. Damit bleibt die Schweiz auf der Tabakkontrollskala («Tobacco Control Scale») 2021 weiterhin auf dem vorletzten Platz (36 von 37).³ Zudem hat die Schweiz das Rahmenübereinkommen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zur Eindämmung des Tabakgebrauchs (engl. Framework Convention on Tobacco Control, FCTC) fast 20 Jahre nach seiner Unterzeichnung immer noch nicht ratifiziert.

Drei der grössten multinationalen Tabakkonzerne sind in der Schweiz ansässig. Philip Morris International (PMI) hat sein globales Operationszentrum in der Stadt Lausanne und sein

Forschungs- und Entwicklungszentrum in Neuenburg. In Genf befindet sich der Hauptsitz von Japan Tobacco International (JTI). British American Tobacco (BAT) hat eine starke Präsenz in Lausanne sowie internationale und nationale Niederlassungen im Kanton Jura. Jedes dieser multinationalen Unternehmen betreibt in der Schweiz eine Tabakfabrik: BAT in Boncourt (JU), JTI in Dagmersellen (LU) und PMI in Neuenburg (NE).

Gegen Ende des 20. Jahrhunderts hatten PMI und BAT nach und nach die lokalen Tabakunternehmen aufgekauft oder verdrängt, so dass die beiden Unternehmen heute über 90 % des Zigarettenmarktes in der Schweiz unter sich aufteilten. 1999 übernahm Japan Tobacco die in Genf ansässige R.J. Reynolds International und benannte sie in Japan Tobacco International um. Die (letzten veröffentlichten) Daten aus dem Jahr 2022 zeigen, dass die Zigarettenmarktanteile zu diesem Zeitpunkt wie folgt waren: PMI: 41%, BAT: 33%, JTI: 26%.^{4 5} Bei den erhitzten Tabakerzeugnissen hatte IQOS von PMI im Jahr 2022 einen Marktanteil von 100 %. Im Jahr 2023 begann jedoch der Marktanteil von Glo (BAT) zu steigen.



Der Tabakkonsum ist eine der häufigsten Todesursachen in der Schweiz und ist jedes Jahr für mindestens 14 % aller Todesfälle in der Schweiz verantwortlich.⁶ Nach offiziellen Schätzungen lag der Anteil der Raucherinnen und Raucher in der Schweiz im Jahr 2017 bei 27 %. Dies dürfte eine Unterschätzung sein.⁷ Bei den 15- bis 24-Jährigen lag der Anteil der Raucherinnen und Raucher bei 31%.⁸ Der Konsum von E-Zigaretten unter Jugendlichen in der Schweiz nimmt aufgrund des Fehlens einer wirksamen nationalen E-Zigaretten-Politik rasant zu. Die Schülerinnen- und Schülerbefragung HBSC 2023 (Health Behaviour in School-aged-Children) zeigt, dass mehr als ein Drittel der 15-Jährigen in der Schweiz in den 30 Tagen vor der Befragung mindestens ein Tabak- oder Nikotinprodukt konsumiert hat, am häufigsten in Form von E-Zigaretten.⁹

Wie in vielen anderen Ländern verhindert und verzögert die Tabakindustrie auch in der Schweiz neue und strengere Massnahmen in der öffentlichen Gesundheitspolitik, die ihren Interessen schaden könnten. Sie mischt sich in die Diskussionen über Regulierungsvorschriften ein, beeinflusst Entscheidungsträgerinnen und -träger und beschäftigt zahlreiche Lobbyistinnen und Lobbyisten, um Zweifel an den vorgeschlagenen Massnahmen zur Eindämmung des Tabakkonsums zu schüren.¹⁰ Wie die Ergebnisse des diesjährigen *Tobacco Industry Interference Index der Schweiz* zeigen, ist die Tabaklobby tief in verschiedenen Regierungsnetzwerken verankert. Seit der letzten Ausgabe haben wir uns nur

verschlechtert. Die Grenzen zwischen politischen Entscheidungsträger:innen und Vertreter:innen der Tabakindustrie sind oft schwer auszumachen. Sowohl das Schweizer Parlament als auch die Teile der Bundesverwaltung stellen die Interessen der Tabakindustrie über die jene der öffentlichen Gesundheit.

1999 beauftragte Dr. Gro Harlem Brundtland, die damalige Generaldirektorin der WHO, Dr. Thomas Zeltner, Direktor des Schweizer Bundesamtes für Gesundheit, mit der Vorbereitung des FCTC. Er hatte den Auftrag, eine Expertengruppe zu leiten und zu untersuchen, wie die Tabakindustrie die Aktivitäten der WHO zur Eindämmung des Tabakkonsums untergraben hatte. Dr. Zeltners Bericht war vernichtend für die Tabakindustrie. Er schloss mit den Worten:

«Diese Untersuchung bestätigt grundsätzlich, dass sich der Tabakkonsum von anderen Bedrohungen der globalen Gesundheit unterscheidet. Infektionskrankheiten beschäftigen keine multinationalen PR-Firmen. Es gibt keine Frontgruppen, die die Verbreitung von Cholera fördern. Mücken haben keine Lobbyisten. Die hier vorgelegten Befunde legen nahe, dass Tabak ein Sonderfall ist und dass es bei der Bekämpfung seiner Auswirkungen auf die globale Gesundheit nicht nur darum geht, die Sucht zu verstehen und die Krankheit zu heilen, sondern auch, was ebenso wichtig ist, eine entschlossene und mächtige Industrie zu besiegen. Wenn diese Studie zu diesem Verständnis beiträgt, hat die Expertengruppe ihre Arbeit getan.»¹¹

Wie der vorliegende Bericht zeigt, ist diese Erkenntnis fast ein Vierteljahrhundert später immer noch nicht bei der Mehrheit der politisch Verantwortlichen in Dr. Zeltners Heimatland angekommen.

So sagte der WHO-Generaldirektor Dr. Tedros Adhanom Ghebreyesus:

«Wäre Tabak ein Virus, hätte man ihn längst als Pandemie bezeichnet, und die Welt würde mit allen Mitteln versuchen, seine Ausbreitung zu stoppen. Aber stattdessen ist Tabak ein Milliardengeschäft, das von Tod und Krankheit profitiert, den Gesundheitssystemen enorme Kosten aufbürdet und einen enormen wirtschaftlichen Tribut in Form von Produktivitätsverlusten fordert.»¹²

Zusammenfassung der Ergebnisse

I BETEILIGUNG DER INDUSTRIE AN DER POLITIKGESTALTUNG

Die Schweiz hat das FCTC der WHO im Jahr 2004 unterzeichnet, aber fast 20 Jahre später immer noch nicht ratifiziert. In der Schweiz gibt es keine formellen Bestimmungen, welche die Beteiligung der Tabakindustrie an der Gestaltung der Gesundheitspolitik verbieten oder hochrangige Regierungsmitglieder daran hindern, die Interessen der Tabakindustrie in politischen Diskussionen zu vertreten. Im Gegenteil: In der Schweiz laden die Regierungen die Tabakindustrie ein, zu politischen Massnahmen und Gesetzesentwürfen Stellung zu nehmen, was dazu führt, dass die Position der Industrie gut vertreten ist. Dies beeinflusst den politischen Entscheidungsprozess und ermöglicht es der Tabakindustrie, wirksame Massnahmen zur Eindämmung des Tabakkonsums zu verwässern oder zu verhindern. Da es keine angemessenen Beschränkungen für die Beteiligung der Industrie am politischen Entscheidungsprozess gibt, bilden die engen Netzwerke der Vertreterinnen und Vertreter der Tabakindustrie in den eidgenössischen und kantonalen Parlamenten eine mächtige Lobby, die Einfluss auf die Entscheidungsträgerinnen und -träger ausübt.

2 CSR-AKTIVITÄTEN DER INDUSTRIE

Die Schweiz kennt keine Richtlinien, die es Bundesämtern, einzelnen Beamtinnen und Beamten, oder Bundesforschungsinstitute verbieten, Partnerschaften mit der Tabakindustrie einzugehen oder Sponsoringangebote anzunehmen. Dies ist insbesondere dann problematisch, wenn Bundes- und kantonale Behörden der CSR-Taktik (Corporate Social Responsibility) der Tabakindustrie in die Hände spielen und öffentliche Kulturinstitutionen deren Sponsoringangebote annehmen. Denn damit wird die Tabakindustrie als sozialer und nachhaltiger Akteur legitimiert. Zudem verschafft die Zusammenarbeit zwischen Staat und Industrie der Tabakindustrie Zugang zu politischen Entscheidungsnetzwerken, was die in der Schweiz ohnehin tief verwurzelte Tabaklobby weiter stärkt.

3 VORTEILE FÜR DIE INDUSTRIE

Da die Schweiz das FCTC nicht ratifiziert hat, profitiert die Tabakindustrie von den minimalen und lückenhaften Gesetzen zur Tabakkontrolle. Sie nutzt das Land als politische Spielwiese und Marketinglabor. Ein grosser Sieg der Tabakindustrie ist zum Beispiel die Beibehaltung des Status quo bei der Besteuerung von Tabakwaren seit 2013, die weit unter dem von der WHO empfohlenen Niveau liegt (60 % in der Schweiz gegenüber den von der WHO empfohlenen 75 %). Die Tabakindustrie kann ihre Produkte in der Schweiz heute praktisch ungehindert vermarkten, was sie insbesondere für Jugendliche attraktiv macht. Auch der jüngste Gesetzesentwurf zum

Verbot von Tabakwerbung, die sich an Minderjährige richtet, hat nur einen begrenzten Geltungsbereich und ist nicht FCTC-konform. Dieses Regulierungsvakuum wird von der Tabak- und E-Zigarettenindustrie genutzt, um die Schweiz mit neuen Produkten zu überschwemmen: erhitzte Tabakprodukte, eine breite Palette von E-Zigaretten, Snus (seit 2019) und Nikotinbeutel.

4 UNNÖTIGE INTERAKTIONEN

Exekutiv- und Legislativmitglieder von der Lokal- bis zur nationalen Politik nehmen an regelmässigen Treffen oder anderen gesellschaftlichen Aktivitäten teil, die von der Tabakindustrie besucht, organisiert oder zumindest mitgesponsert werden. Diese wiederkehrenden Treffen oder Veranstaltungen zwischen Politik und Vertreterinnen und Vertretern der Tabakindustrie fördern enge Beziehungen und verschaffen der Tabakindustrie Zugang zu politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern. Zudem «normalisieren» diese ständigen Interaktionen die Präsenz der Tabakindustrie in den politischen Netzwerken der Schweiz.

5 TRANSPARENZ

Es gibt kein Gesetz oder zuverlässiges System, das Regierung und Verwaltung verpflichtet, Treffen oder Interaktionen mit der Tabakindustrie oder Zuwendungen von der Tabakindustrie zu veröffentlichen. Dasselbe gilt für die Tabakindustrie. Auch die Protokolle solcher Treffen werden nicht veröffentlicht. Dennoch fanden zwischen 2021 und 2023 mehrere Treffen und Interaktionen mit Vertretern statt, die im Zusammenhang mit der Tabakindustrie stehen und nicht unbedingt notwendig gewesen wären. Dies hat zur Folge, dass Kooperationen mit der Tabakindustrie eingegangen werden können, ohne dass Einzelpersonen ihre Beziehungen zur Tabakindustrie offenlegen müssen.

6 INTERESSENKONFLIKT

In der Schweiz gibt es keine nationale Gesetzgebung, die Zuwendungen der Tabakindustrie an politische Kandidatinnen und Kandidaten, Parteien oder Kampagnen verbietet oder deren vollständige Offenlegung vorschreibt. Bis 2023 war die Schweiz das einzige Land im Europarat, das keine Gesetze zur Regelung der politischen Finanzierung erlassen hat. Die Beziehungen zwischen der Tabakindustrie und den in der Politik tätigen Personen sind oft komplex und schwer zu durchschauen, da sie in der Regel nicht öffentlich gemacht werden. Dennoch konnten verschiedene Politiker:innen und Behördenvertreter identifiziert werden, die heute zum Netzwerk der Tabakindustrie gehören, so zum Beispiel Gregor Rutz, Nationalrat, Philipp Kutter, Nationalrat, Christophe Berdat, ehemaliger Generalsekretär der FDP Schweiz [rechtsliberal], Thomas Borer, ehemaliger Schweizer Botschafter, und Caroline de Buman, ehemalige Geschäftsleiterin der Eidgenössischen Beschaffungskonferenz. Es

gibt auch ehemalige Mitarbeitende der Tabakindustrie, die in die öffentliche Verwaltung gewechselt sind, wie Andreane Jordan Meier und Ursula Oesterle.

7 PRÄVENTIVE MASSNAHMEN

Die Schweiz schneidet im Bereich Prävention sehr schlecht ab. Die Schweizer Regierung und Parlament haben keine Massnahmen zur Offenlegung von Aufzeichnungen über Interaktionen mit der Tabakindustrie ergriffen und ist auch nicht dabei, solche Massnahmen zu entwickeln. Ebenso wenig hat die Regierung einen Verhaltenskodex verabschiedet oder formuliert, der Standards für den Umgang mit Vertreterinnen und Vertretern der Tabakindustrie enthält, oder eine Richtlinie, die die Tabakindustrie verpflichtet, regelmässig Informationen über ihre politischen Aktivitäten und Marketingmassnahmen vorzulegen. Es wurden auch keine Massnahmen ergriffen, um das Bewusstsein für die in Artikel 5 Absatz 3 genannten Leitlinien in den Bundesämtern (Ministerien) zu schärfen.

Empfehlungen

Die Herstellung, die Vermarktung und der Verkauf von Tabakprodukten sind unvereinbar mit der öffentlichen Gesundheit, der Agenda 2030 der Vereinten Nationen und ihren Zielen für nachhaltige Entwicklung. Die Tabakindustrie setzt in der Schweiz und weltweit verdeckte und subtile Strategien ein, um wissenschaftliche Forschung, öffentliche Gesundheitsinitiativen und Massnahmen zur Tabakkontrolle zu untergraben. Mit einem gut organisierten Lobbynetzwerk und beträchtlichen finanziellen Ressourcen sorgt sie dafür, dass ihre Interessen nicht behindert werden. Die Tabakindustrie, die sich ihrer mangelnden Glaubwürdigkeit bewusst ist, agiert diskret und sucht Unterstützung bei anderen Akteuren, einschliesslich Politikerinnen und Politikern sowie vermeintlich sozial verantwortlichen oder nachhaltigen Organisationen. In der Schweiz hat die Tabakindustrie die Tradition der Konsensdemokratie geschickt ausgenutzt, indem sie den Prozess der politischen Debatte und der öffentlichen Anhörung nutzt, um Massnahmen zur Eindämmung des Tabakkonsums zu verwässern oder zu verhindern. Die Schwäche der Tabakkontrollpolitik und die Fähigkeit der Tabakindustrie, Debatten über Tabak von der öffentlichen Gesundheit fernzuhalten, zeugen von ihrem Erfolg. Die zusätzliche Präsenz der E-Zigaretten-Industrie (partiell auch als Teil der Tabakindustrie) gibt ebenfalls Anlass zur Sorge. Für die Schweiz ist es von entscheidender Bedeutung, einen öffentlichen Diskurs aufrechtzuerhalten, der die gesundheitlichen und ökologischen Auswirkungen des Tabaks aufzeigt. Offene Diskussionen und ein Verständnis für die politischen Taktiken der Tabakindustrie und E-Zigaretten-Industrie sind entscheidend, um ihren Einfluss einzudämmen. Fürsprecher der öffentlichen Gesundheit in der Schweiz sollten langfristige strategische Ansätze in Betracht ziehen, einschliesslich des Einsatzes von professionellen Lobbyistinnen und Lobbyisten, PR-Fachleuten und Expertinnen und Experten für öffentliche Politik, die sich an erfolgreichen Gegenstrategien in anderen Ländern orientieren. Die Regierung und die wichtigsten Nichtregierungsorganisationen müssen kontinuierlich auf die schädlichen Auswirkungen der Tabakindustrie auf die öffentliche

Gesundheit und die Umwelt aufmerksam machen. Die Zusammenarbeit zwischen Behörden und Nichtregierungsorganisationen (NRO) ist von entscheidender Bedeutung, insbesondere die Unterstützung von NRO gemäss Artikel 4 Absatz 7 des FCTC, um ein System der regelmässigen Sensibilisierung für die in Artikel 5 Absatz 3 genannten Leitlinien zu schaffen. Zu den wichtigsten politischen Massnahmen gehören:

- Begrenzung der politischen Interaktion mit der Tabakindustrie.
- Forderung nach vollständiger, systematischer und transparenter Offenlegung aller Interaktionen mit der Industrie auf allen Ebenen von Politik und Verwaltung.
- Vermeidung von Anreizen oder Privilegien für die Tabakindustrie.
- Ausschluss der Tabakindustrie von der Mitgestaltung der Gesundheitspolitik.

Darüber hinaus muss die Schweiz eine umfassende nationale Strategie zur Stärkung der Tabakkontrollpolitik verabschieden, welche die vollständige Umsetzung des FCTC der WHO mitumfasst. Die aktuellen nationalen Gesundheitsstrategien zur Suchtbekämpfung und zur Bekämpfung nichtübertragbarer Krankheiten sind zu allgemein gehalten und tragen der Bedeutung des Tabakkonsums für die öffentliche Gesundheit und dem Einfluss der Tabakindustrie nicht Rechnung. Die Entwicklung von Projekten durch den Schweizer Tabakpräventionsfonds, die für Artikel 5.3 des FCTC relevant sind, ist entscheidend, um eine Änderung des Status quo zu erreichen. Insbesondere die Anwendung der Leitlinien zur Umsetzung von Artikel 5.3 des Rahmenübereinkommens wird in der Schweiz weitreichende Auswirkungen haben.¹³

SCHWEIZ

Tobacco Industry Interference Index 2023

Resultate und Erkenntnisse

	0	1	2	3	4	5
INDICATOR I: Level of Industry Participation in Policy-Development						
I. Die Regierung ⁱ akzeptiert, unterstützt oder befürwortet jedes Angebot zur Unterstützung durch oder in Zusammenarbeit mit der Tabakindustrie oder anderen Organisationen und Personen, die ihre Interessen vertreten ⁱⁱ bei der Festlegung oder Umsetzung von gesundheitspolitischen Massnahmen in Bezug auf die Eindämmung des Tabakkonsums ⁱⁱⁱ . (Rec 3.1)						5
<p>In der Schweiz gibt es keine formellen Vorschriften, die eine Beteiligung der Tabakindustrie an der öffentlichen Gesundheitspolitik verbieten.</p> <p>A. Die Schweizer Regierung, Parlament und Verwaltung unterstützt die Interessen der Tabakindustrie und stellt diese Interessen über die Ziele der öffentlichen Gesundheit</p> <p>Der Bundesrat hat am 13. Oktober 2021 beschlossen, die Volksinitiative «Ja zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung (Kinder und Jugendliche ohne Tabakwerbung)» am 13. Februar 2022 zur Abstimmung zu bringen.¹ Die Initiative verlangte ein Verbot der Tabakwerbung überall dort, wo Kinder und Jugendliche damit in Kontakt kommen, also beispielsweise in Zeitungen, auf Plakaten, im Internet, im Kino, am Kiosk oder an öffentlichen Veranstaltungen. Dieses Verbot bleibt hinter den umfassenderen Verboten zurück, die in vielen Ländern bereits in Kraft sind, zum Beispiel in der Europäischen Union (EU), in Grossbritannien, Kanada und Australien. Ein umfassendes Verbot von Tabakwerbung und -sponsoring in den Medien wurde in der EU bereits 2003 eingeführt.¹⁴⁻¹⁶ Der Schweizer Bundesrat (Regierung) und die Bundesversammlung (Parlament) waren jedoch der Ansicht, dass «die Initiative zu weit gehe» und dass das am 1. Oktober 2021 vom Parlament verabschiedete Tabakproduktegesetz als «indirekter Gegenvorschlag» zur Volksinitiative ausreiche. Mit dieser Entscheidung haben Bundesrat und Parlament die Interessen der Tabakindustrie über die Gesundheit der Schweizer Jugend gestellt.¹⁷</p> <p>Am 9. Dezember 2021 informierte der Bundesrat in einer Medienmitteilung über seinen Gegenvorschlag und erklärte, dass er zwar die Jugend vor den schädlichen Auswirkungen des Tabakkonsums schützen wolle, aber die Werbung an Kiosken, in der Presse und im Internet sowie das Sponsoring von nationalen Anlässen weiterhin zulassen und damit auch «den Anliegen der Privatwirtschaft» Rechnung tragen wolle.^{17 18} In seiner Botschaft an das Parlament bekundete der Bundesrat zudem seine Absicht «die Werbung in einem für die Tabakindustrie akzeptablen Umfang einzuschränken».¹⁹ Damit haben Bundesrat und Parlament in der nationalen Abstimmung weiterhin die Interessen der Tabakindustrie auf Kosten der öffentlichen Gesundheit unterstützt.</p> <p>B. Mitglieder des Parlaments unterstützen die Interessen der Tabakindustrie</p> <p>Das Schweizerische Parlament (Bundesversammlung) besteht aus zwei Kammern: Der Nationalrat vertritt das Volk, der Ständerat die Kantone bei der Ausarbeitung neuer Geschäfte und Gesetze.</p>						

Das Parlament beruht auf dem Milizprinzip, d. h. die Parlamentarier:innen üben ihr Amt nebenberuflich aus. Die Mehrheit der Parlamentsmitglieder geht während mehr als einem Drittel ihrer Arbeitszeit einer weiteren Erwerbstätigkeit nach (als Angestellte, Selbständigerwerbende oder als bezahlte Verwaltungsrätinnen und Verwaltungsräte von Unternehmen). Dies gilt in der Schweiz nicht als Interessenkonflikt. **Es gibt auch keine Bestimmungen, welche die Beteiligung der Tabakindustrie an der Politikgestaltung verbieten.** Personen, die für Tabakunternehmen tätig sind, können in die Bundesversammlung gewählt werden, ohne ihre Stelle aufgeben zu müssen. So ist beispielsweise Gregor Rutz, seit 2012 Mitglied des Nationalrats, gleichzeitig entlohnter Präsident des Verbands des Schweizerischen Tabakhandels (auch Swiss Tobacco genannt). Er bekennt sich offen zu einem attraktiven Wirtschaftsstandort, zu tiefen Steuern und zum konsequenten Kampf gegen «unnötige Gesetze».²⁰ Er ist ein überzeugter Fürsprecher der Interessen der Tabakindustrie. Der von ihm präsierte Verband Swiss Tobacco ist die Dachorganisation der Unternehmen und Organisationen des schweizerischen Gross- und Einzelhandels mit Tabakwaren und vertritt deren Interessen in politischen, wirtschaftlichen und sozialen Belangen.^{21 22} Solange Personen, die die Interessen der Tabakindustrie vertreten, wichtige Mitglieder des Parlaments stellen, wird die Schweizer Regierung und Parlament als Ganzes weiterhin die Tabakindustrie unterstützen und mit ihr zusammenarbeiten, wenn es darum geht, Massnahmen im Bereich der öffentlichen Gesundheit und insbesondere zur Eindämmung des Tabakkonsums zu definieren oder umzusetzen.

C. Tabaklobbyistinnen und -lobbyisten in eidgenössischen und kantonalen Parlamenten

Das Lobbying bzw. die Vertretung enger sozialer, branchenspezifischer oder unternehmerischer Interessen durch die Parlamentsmitglieder selbst ist integraler Bestandteil des schweizerischen Milizparlaments und des Systems der direkten Demokratie in der Schweiz. Schweizer Parlamentarierinnen und Parlamentarier erhalten häufig Angebote zur Mitarbeit in Vorständen und Beiräten oder werden als selbständige Beraterinnen und Berater für Unternehmen oder Interessengruppen tätig, wofür sie in der Regel ein Honorar erhalten. Dies ist in der Schweiz nicht nur legal, sondern im System verankert und gilt als wichtiger und legitimer Teil des Gesetzgebungsprozesses. Gewählte Parlamentsmitglieder sind zwar in begrenztem Umfang zur Offenlegung der von ihnen vertretenen Interessen verpflichtet (z. B. berufliche Tätigkeiten, Mitgliedschaft im Verwaltungsrat eines Unternehmens), **viele potenzielle Interessenkonflikte wie zum Beispiel bezahlte Beratungsmandate müssen jedoch nicht offengelegt werden.**²³ Dieser Mangel an Transparenz im Schweizer System wird von Anti-Lobbying-Organisationen kritisiert.²⁴

Hannes Germann ist seit September 2002 Mitglied des Ständerats und vertritt die Schweizerische Volkspartei (SVP), eine nationalkonservative, rechtspopulistische Partei in der Schweiz.²⁵ Ein Artikel des digitalen investigativen Onlinemagazins Republik vom 21. Januar 2022 zeigt: Das Netzwerk der Tabakindustrie im National- und Ständerat ist weit verzweigt.²⁶ So erhält beispielsweise jedes Parlamentsmitglied zwei Zutrittskarten für das Parlamentsgebäude. Diese sogenannten «Badges» ermöglichen den permanenten Zutritt zu den nicht öffentlichen Teilen des Parlamentsgebäudes, einschliesslich der Vorräume zu den Plenarsälen. Hannes Germann überreichte eine seiner Zutrittskarten an die Lobbyistin Renate Hotz, die seit 2007 ein Mandat für BAT hat.^{26 27} Renate Hotz ist natürlich nicht die einzige Lobbyistin, der Artikel erwähnt auch Susanne Brunner, die für

	0	1	2	3	4	5
<p>die SVP im Zürcher Gemeinderat sitzt und seit 2019 die Interessen von PMI vertritt, oder Nationalrat Philippe Nantermod von der freisinnig-demokratischen Partei FDP. Die Liberalen [rechtsliberal], welcher Martin Kuonen, Geschäftsführer von Swiss Cigarette, der Branchenverband der drei Tabakkonzerne (BAT, JTI und PMI) in der Schweiz, einen seiner begehrten Bundeshaus-Badges überreichte.^{27–29} Alois Gmür, Nationalrat seit 2011, ist Mitglied der «Allianz der Wirtschaft für eine massvolle Präventionspolitik» (AWMP), die als einer der grössten und treuesten Verbündeten der Tabakindustrie in der Schweiz gilt (vgl. Punkt 3).³⁰ Martin Kuonen ist auch Tabakexperte der Schweizerischen Lauterkeitskommission, einer Selbstregulierungsorganisation, die über die Lauterkeit der Werbung wacht. Seit 1992 hat die Lauterkeitskommission mit Swiss Cigarette, BAT, JTI und PMI eine freiwillige, nicht bindende Selbstregulierungsvereinbarung abgeschlossen.³¹ Diese Vereinbarung wurde 2005 und 2018 aktualisiert. Der Präsident der Lauterkeitskommission, Nationalrat Philipp Kutter, war auch Mitglied des Komitees gegen die Volksinitiative «Kinder und Jugendliche ohne Tabakwerbung».³² Kutter bezeichnete die Initiative als «unverhältnismässigen Eingriff in die verfassungsmässig garantierte Wirtschafts- und Informationsfreiheit».³³ Diese miteinander verwobenen Netzwerke von Vertreterinnen und Vertreter der Tabakindustrie in den eidgenössischen und kantonalen Parlamenten zeigen, wie stark die Tabakindustrie in die Politikgestaltung eingebunden ist. Die oft komplexen Verflechtungen ermöglichen es der Tabakindustrie, mit wichtigen politischen Akteuren zusammenzuarbeiten, um die öffentliche Gesundheitspolitik zu beeinflussen. Da die Regierung keine wirksamen Massnahmen ergreift, um solche Interaktionen oder direkte Einflussnahme zu verhindern, duldet sie die Beteiligung der Tabakindustrie an der Politikgestaltung nicht nur, sondern unterstützt sie sogar.</p> <p>Während das Bundesgesetz über das Öffentlichkeitsprinzip der Verwaltung die Offenlegung bestimmter Sitzungen vorschreibt, gibt es keine entsprechenden Bestimmungen für Parlamentarierinnen und Parlamentarier, und es ist schwierig, zusätzliche Informationen zu erhalten, da es in der Schweiz keine Vorschriften gibt, die Regierungsmitglieder dazu verpflichten, Sitzungen mit Vertreterinnen und Vertretern der Tabakindustrie und die entsprechenden Sitzungsprotokolle proaktiv offen zu legen.</p>						
<p>2. Die Regierung akzeptiert, unterstützt oder befürwortet politische <u>Massnahmen oder Gesetze</u>, die von der Tabakindustrie oder in Zusammenarbeit mit ihr entwickelt wurden. (Rec 3.4)</p>						5
<p>A. Auf nationaler Ebene</p> <p>Die Schweiz hat das FCTC der WHO nicht ratifiziert und unterstützt offen die Mitwirkung verschiedener Akteure – einschliesslich der Tabakindustrie – bei der Ausarbeitung politischer Massnahmen und Gesetze. So arbeitet der Bundesrat im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens, bei dem verschiedene Akteure zu einem Entwurf Stellung nehmen können, mit den Tabakunternehmen und den ihnen angeschlossenen Organisationen zusammen.</p> <p>Sowohl Swiss Cigarette als auch Swiss Tobacco weisen im Begleitschreiben zu ihrer Stellungnahme darauf hin, dass sie von der Regierung ausdrücklich eingeladen wurden, an der Vernehmlassung zur Änderung des Tabaksteuergesetzes teilzunehmen (Swiss Tobacco: «Mit Schreiben vom 17. Dezember 2021 wurde die Vereinigung des Schweizerischen Tabakwarenhandels eingeladen, im Rahmen der Vernehmlassung zur Änderung des</p>						

Tabaksteuergesetzes (TabStG) Stellung zu beziehen. Hierfür danken wir Ihnen bestens.»³⁴ Die multinationalen Unternehmen (BAT, JTI und PMI) sowie SwissTabac, die Dachorganisation der Schweizer Tabakpflanzenden und -pflanzler, haben ebenfalls separat Stellung genommen. Economiesuisse, der Dachverband der Schweizer Wirtschaft, hat eine Stellungnahme eingereicht, in der er die Positionen seiner Verbandsmitglieder Swiss Cigarette und PMI vollumfänglich unterstützt («Im Übrigen verweisen wir auf die detaillierten Stellungnahmen unserer Mitgliederorganisationen *Swiss Cigarette* und *Philip Morris Switzerland*.»). Sie schliessen mit dem Satz «Im Interesse eines effizienten, risikobasierten Gesundheitsschutzes sowie mit Blick auf die Bedeutung der Tabakindustrie für die Volkswirtschaft, die öffentlichen Einnahmen und die Innovationkraft der Schweiz bitten wir Sie, den Branchenbeurteilungen bei der Finalisierung der Vorlage den angemessenen Stellenwert zu geben.»³⁴ Zahlreiche weitere Tabakunternehmen und -händler sowie Hersteller von E-Zigaretten reichten offizielle Stellungnahmen zur Vernehmlassung des Gesetzes ein. Gemeinsamer Tenor war die Ablehnung einer höheren Besteuerung von Tabak- und Nikotinerzeugnissen.

Im Jahr 2022 wurden Swiss Cigarette und Swiss Tobacco eingeladen, zur Teilrevision des Tabakproduktegesetzes Stellung zu nehmen.³⁵ (Beispiel Swiss Cigarette: «Mit dem Schreiben vom 31. August 2022 wurde Swiss Cigarette eingeladen, an der Vernehmlassung zur Teilrevision des Bundesgesetzes über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten (Tabakproduktegesetz, TabPG) teilzunehmen.»).³⁶ Auch BAT, JTI und SwissTabac wurden explizit zur Stellungnahme eingeladen. (Beispiel JTI: «Mit Schreiben vom 31. August 2022 wurden wir eingeladen, im Rahmen der Vernehmlassung der Teilrevision des Bundesgesetzes über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten (TabPG) Stellung zu beziehen.»).³⁶ Insgesamt haben 17 Tabakunternehmen und Tabakwarenhändler Stellung genommen. Die Tabakindustrie sprach sich in ihren Stellungnahmen gegen ein generelles Werbeverbot für Tabakprodukte aus. Auch die E-Zigaretten-Industrie beteiligte sich: 14 E-Zigaretten-Unternehmen bzw. Händler nahmen an der Vernehmlassung teil. Der Bundesrat muss nun die Stellungnahmen zum Vernehmlassungsentwurf prüfen und den daraus resultierenden Gesetzesentwurf den Eidgenössischen Räten zur Beratung und Verabschiedung vorlegen.³⁷

Vernehmlassungen auf Bundesebene sind verfassungsrechtlich vorgeschrieben und stehen der Öffentlichkeit nicht nur zur Einsichtnahme, sondern auch zur Stellungnahme offen. Sie müssen öffentlich angekündigt werden. Die Kantonsregierungen, die in den eidgenössischen Räten vertretenen politischen Parteien, die nationalen Dachverbände der Gemeinden, Regionen und Wirtschaftsbranchen sowie weitere vom Gegenstand der Vernehmlassung betroffene Interessengruppen sind zur Teilnahme einzuladen. Das Verfahren ist transparent: Sowohl die Liste der eingeladenen Organisationen als auch die Eingaben der Stellungnehmenden werden auf der Webseite der Bundeskanzlei veröffentlicht. Während das Vernehmlassungsverfahren und die Stellungnahmen nachvollziehbar sind (und die politischen Positionen aller Akteure gegenüber ihren Mitstreitern vollständig offengelegt werden), ist die Art und Weise, wie die Vernehmlassungsantworten vom Bundesrat bewertet werden, völlig intransparent. Durch die aktive Einladung von Vertreterinnen und Vertretern der Tabakindustrie zur Teilnahme an Vernehmlassungsverfahren zu Fragen der Tabakgesetzgebung verpflichteten sich die Bundesämter jedoch, deren Standpunkte zu berücksichtigen. Damit hat die Tabakindustrie die Möglichkeit, auf das Ergebnis Einfluss zu nehmen. Die Vernehmlassung wird vom federführenden Departement geleitet. So wurde die Vernehmlassung zur Änderung des Tabaksteuergesetzes (2021) vom

	0	1	2	3	4	5
Eidgenössischen Finanzdepartement (EFD) geleitet, die Vernehmlassung zur Teilrevision des Tabakproduktegesetzes vom Eidgenössischen Departement des Innern (EDI). Die Auswertung der Vernehmlassungsantworten der interessierten Kreise zeigt, dass das EDI, dem das Bundesamt für Gesundheit (BAG) angegliedert ist, die gesundheitspolitischen Überlegungen tendenziell stärker gewichtet, während sich das EFD auf die wirtschaftlichen und fiskalischen Überlegungen zu beschränken scheint. Das Vernehmlassungsverfahren auf Bundesebene unterstreicht die tiefe Verankerung der Tabakindustrie im aktuellen Gesetzgebungsprozess im Bereich der öffentlichen Gesundheit in der Schweiz. Die Regierung akzeptiert Beiträge der Industrie nicht nur, sondern fordert sie sogar auf, zu den sie betreffenden politischen Massnahmen Stellung zu nehmen. Die Befürworter dieses Systems mögen argumentieren, es entspräche einer echten liberalen Demokratie, aber es ist offensichtlich, dass dieses System erhebliche Hindernisse für eine angemessene Gesundheitspolitik mit sich bringt. Ein Ausschluss der Tabakindustrie von der Teilnahme an Vernehmlassungen auf Bundesebene wird derzeit nicht diskutiert und ist in absehbarer Zeit (bis zur Ratifizierung des FCTC der WHO) auch nicht zu erwarten.						
3. Die Regierung gewährt der Tabakindustrie die Teilnahme an behörden- und sektorübergreifenden Ausschüssen/Beratungsgruppen, die die öffentliche Gesundheitspolitik festlegen. (Rec 4.8)						5
<p>Die Perspektive der Tabakindustrie ist im politischen Prozess gut vertreten. Es ist üblich, finanzstarke Organisationen wie Tabakkonzerne zu Vernehmlassungen zu politischen Vorlagen einzuladen (wie unter Punkt 2 beschrieben).</p> <p>Regierungsmitglieder und Vertreterinnen und Vertreter der Tabakindustrie sitzen auch in Industriegremien wie Branchenverbänden, Beiräten, sektorübergreifenden Vereinigungen oder Unternehmensverbänden, in denen unter anderem politische Ziele und Lobbyaktivitäten festgelegt werden. Obwohl sie nicht von der Bundesregierung gegründet wurden und keine gesetzlich vorgeschriebene Rolle bei der Politikgestaltung spielen, haben diese Industrieverbände politischen Einfluss und gelten als wichtige Akteure bei der Politikgestaltung. Regierungen auf allen Ebenen arbeiten in politischen Fragen regelmässig und direkt mit ihnen zusammen.</p> <p>fenaco: Die fenaco ist die Schweizer Agrargenossenschaft. Sie wird von 19 Verwaltungsratsmitgliedern geleitet, darunter Fabrice Bersier, Präsident von SwissTabac, und Leo Müller, Mitglied des Nationalrats. Laut Geschäftsbericht 2021 der fenaco treffen sich die Mitglieder des Verwaltungsrates unter anderem monatlich zu Verwaltungsratssitzungen, an denen sie «Entscheide zu Geschäften treffen, die in seinen Kompetenzbereich fallen».³⁸</p> <p>SGV: Der Schweizerische Gewerbeverband (SGV) ist seit Jahrzehnten der wichtigste und treueste Verbündete der Tabakindustrie in der Schweiz und ihr politischer Arm zur Beeinflussung der Schweizer Gesundheitspolitik. Der Präsident, die Vizepräsidenten und mehrere Vorstandsmitglieder sind Parlamentsmitglieder. Der SGV organisiert mehrere Veranstaltungen zu verschiedenen politischen Themen. Zu den Gästen gehören Politikerinnen und Politiker bis hin zu Bundesrätinnen und Bundesräten, beispielsweise Bundesrätin Karin Keller-Sutter, sowie Vertreterinnen und Vertreter der Tabakindustrie. Zu den Partnern des Gewerbekongresses 2022, der gemäss Statuten</p>						

alle zwei Jahre stattfindet und die strategischen Leitlinien der KMU-Politik festlegt, gehört Philip Morris.³⁹ 2008 gründete der SGV die Allianz der Wirtschaft für eine massvolle Präventionspolitik (AWMP) als Reaktion auf «weitere Programme des BAG zum Tabak und zur Gesundheit und Ernährung».⁴⁰ Ordentliche Mitglieder der Allianz sind JTI und die Vereinigung des Schweizerischen Tabakwarenhandels. Unterstützende Organisationen sind Swiss Cigarette und die IG Freiheit, ein überparteilicher Zusammenschluss von Persönlichkeiten, die sich für die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger und gegen unnötige staatliche Regulierungen einsetzen. Die IG Freiheit wird vom Präsidenten der Vereinigung des Schweizerischen Tabakwarenhandels präsiert und besteht mit einer Ausnahme aus aktuellen oder ehemaligen Mitgliedern des Schweizer Parlaments.⁴¹

Economiesuisse:

Economiesuisse, der Dachverband der Schweizer Wirtschaft, setzt sich «für einen starken Wirtschaftsstandort [auf der Grundlage] liberalen marktwirtschaftlichen Grundsätzen» ein.⁴² Im Mittelpunkt der Arbeit von Economiesuisse steht die Einflussnahme auf die Politik, wobei je nach Phase des politischen Kreislaufs unterschiedliche Ansätze wie Public Affairs, Outreach und Lobbying zum Einsatz kommen.⁴³ Die komplexe Partnerschaft zwischen Staat und Tabakindustrie zeigt sich am deutlichsten in der Organisation von Economiesuisse.^{44 45} Im Vorstand von Economiesuisse sind mehrere Schlüsselfiguren vertreten:

- Brenda Ponsignon, Head of Corporate and Public Affairs British American Tobacco Switzerland SA, Vertreterin Swiss Cigarette und Vorstandsmitglied SOTA (Einkaufsgenossenschaft für Inlandtabak) (vgl. Punkt 7).
- Magdalena Martullo-Blocher, Nationalrätin
- Francois Thoenen, Director Corporate Affairs, Mitglied der Geschäftsleitung PMI, Vertreter Philip Morris International Management SA

Im Ausschuss der Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer von Economiesuisse sitzen:

- Martin Kuonen, Geschäftsführer Swiss Cigarette (besitzt einen Lobbying-Ausweis für das Schweizer Parlament (vgl. Punkt 1))
- Dr. Regine Sauter, Nationalrätin

Martin Kuonen ist auch als Direktor der politischen Lobbygruppe Centre Patronal Deutschschweiz tätig. In seinem Jahresbericht 2022 führt Centre Patronal den Schweizer Branchenverband der Hersteller und Vermarkter von Zigaretten, Swiss Cigarette, auf der Liste der Verbände, die seine Dienstleistungen in Anspruch nehmen. Centre Patronal führt weiter aus, dass sie in zahlreichen Gremien vertreten sind, beispielsweise in der Eidgenössischen Einigungsstelle zur Beilegung von kollektiven Arbeitsstreitigkeiten sowie in zahlreichen kantonalen Kommissionen des Kantons Waadt.⁴⁶

Economiesuisse ist ein bezeichnendes Beispiel dafür, dass hochrangige Politiker:innen und Parlamentsmitglieder und Vertreter:innen der Tabakindustrie in denselben Entscheidungsgremien sitzen.

SwissTabac:

Es wurde auch festgestellt, dass die Bundesverwaltung mit SwissTabac, der Dachgenossenschaft der Tabakbauern in der ganzen Schweiz, zusammensitzt und sie berät bzw. von ihr beraten wird. Die

Dachgenossenschaft ist verantwortlich für die Organisation der Tabakproduktion in der Schweiz und vertritt die Interessen seiner Mitglieder. Der Generalsekretär von SwissTabac ist Francis Egger, Vizedirektor des Schweizerischen Bauernverbands und Mitglied des landwirtschaftlichen Forschungsrates. Der landwirtschaftliche Forschungsrat ist ein beratendes Organ des Bundesamtes für Landwirtschaft, das dem Eidgenössischen Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) untersteht.^{47 48} Francis Egger besitzt einen Zutrittsbadge zum Bundeshaus, der ihm von FDP-Nationalrat Jacques Bourgeois aus dem Kanton Freiburg zur Verfügung gestellt wird.⁴⁹

In einem Projekt des Bundesamtes für Landwirtschaft («Bekämpfungsstrategien gegen das Erdmandelgras») ist SwissTabac als Projektpartner aufgeführt, zusammen mit Agroscope, dem Kompetenzzentrum des Bundes für landwirtschaftliche Forschung, das dem Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) angegliedert ist, und AGRIDEA.⁵⁰ AGRIDEA ist die landwirtschaftliche Beratungszentrale der kantonalen Fachstellen für Landwirtschaft in der Schweiz. Sie zählt Agroscope und SwissTabac zu ihren engen Kooperationspartnern.⁵¹ Die «Unterstützung der Tabakproduktion» ist eines der Hauptaktionsfelder im Tätigkeitsprogramm 2022 der AGRIDEA.⁵² **Dieses komplexe Beziehungsgeflecht zwischen Regierungsstellen, Vertreterinnen und Vertretern der Tabakindustrie und beratenden Gremien verdeutlicht die weitreichenden und kontinuierlichen Beziehungen von Regierungsmitgliedern zur Tabakindustrie in der Schweiz.** Es ist offensichtlich, dass verschiedene staatliche Stellen wie Agroscope und das Bundesamt für Landwirtschaft die Tabakindustrie beraten oder eng mit ihr zusammenarbeiten. Ein bemerkenswertes Ergebnis ist, dass der Einfluss von SwissTabac auf die Tabakkontrollpolitik durch diese enge Partnerschaft mit staatlichen Stellen verstärkt wird (wie in Punkt 2 besprochen).

SwissTabac hat zudem eine Vereinbarung mit SOTA (vgl. Punkt 7) über «bewährte landwirtschaftliche Verfahrensweisen» getroffen und für die Jahresversammlung 2021 den Präsidenten von Unitab, dem europäischen Verband der Tabakpflanzer, eingeladen, der ein Referat über die Zukunftsperspektiven der europäischen Tabakindustrie hielt.⁵³ Unitab wird von der Tabakindustrie finanziell unterstützt und hat sowohl gegen das WHO-Rahmenübereinkommen zur Eindämmung des Tabakgebrauchs als auch gegen die europäische Tabakproduktrichtlinie lobbyiert.⁵⁴

digitalswitzerland:

digitalswitzerland ist eine schweizweite, branchenübergreifende Initiative mit über 240 Verbandsmitgliedern. Zu den zahlreichen Mitgliedern gehören unter anderem PMI, Coop, Fenaco und im Vorstand und Steuerungsausschuss sind mehrere Mitglieder des Nationalrats und Vertreterinnen und Vertreter der Schweizer Hochschulen.⁵⁵

<p>4. Die Regierung ernennt oder gestattet Vertreterinnen und Vertretern der Tabakindustrie (einschliesslich staatlicher Unternehmen) in der Delegation für die COP oder andere nachgeordnete Gremien oder akzeptiert deren Sponsoring für Delegierte. (d. h. COP 4 & 5, INB 4 5, WG)^{iv} (Rec 4.9 & 8.3)</p> <p>Für Nicht-COP-Jahre gilt die Punktzahl des vorherigen COP-Jahres. Für Nicht-Parteien gilt eine Punktzahl von «0»</p>	0					
--	---	--	--	--	--	--

	0	1	2	3	4	5
Die Schweiz hat das FCTC der WHO am 25. Juni 2004 unterzeichnet, gehört aber zu den wenigen Ländern (7 von 180 Unterzeichnern), die es noch nicht ratifiziert haben. ⁵⁶ Die Regierung betont, dass sie die Ratifizierung weiterhin anstrebe, sobald dies mit der Gesetzgebung vereinbar sei, d. h. nach der Umsetzung der Volksinitiative «Kinder und Jugendliche ohne Tabakwerbung», die in einer Volksabstimmung im Jahr 2022 angenommen wurde. Zurzeit ist unklar, wann die Volksinitiative umgesetzt wird und ob das Gesetz FCTC-konform sein wird.						

INDIKATOR 2: CSR-Aktivitäten der Industrie

5. A. Regierungsbehörden oder deren Mitarbeitenden befürworten, unterstützen, gehen Partnerschaften mit der Tabakindustrie ein oder beteiligen sich an Aktivitäten der Tabakindustrie, die als «sozial verantwortlich» oder «nachhaltig» bezeichnet werden. Beispielsweise Umweltprogramme. (Rec 6.2)						
B. Die Regierung (ihre Behörden und Mitarbeitenden) erhält sogenannte Corporate Social Responsibility (CSR) Beiträge ^v (in Form von Geld oder anderweitig, einschliesslich CSR-Beiträgen) von der Tabakindustrie oder von Personen, die sich während der Pandemie für deren Interessen eingesetzt haben. (Rec 6.4) <i>ANMERKUNG: Durchsetzungsmassnahmen sind auszuschliessen, da sie in einer anderen Frage behandelt werden.</i>						5

A. Schweizer Regierung

Die Schweizer Regierung hat keine Richtlinien, die die Bundesämter daran hindern, Partnerschaften mit der Tabakindustrie einzugehen oder Sponsoringangebote anzunehmen. Nach dem Skandal um die Dubai World Expo 2020 hat das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) eine eigene Regelung eingeführt, die es dem EDA verbietet, sich an Sponsoringverträgen mit der Tabakindustrie zu beteiligen oder solche abzuschliessen.⁵⁷⁻⁵⁹ Diese interne Vorschrift ist jedoch weder rechtlich bindend noch ausserhalb des Departements anwendbar. Das Fehlen einer klaren Richtlinie, die jede Art von Partnerschaft mit der Tabakindustrie verbietet, ermöglicht es der Tabakindustrie, die staatlichen Behörden mit Taktiken zu unterwandern, die ihren Interessen dienen. Wie in den Leitlinien des FCTC dargelegt, lässt **alles, was weniger als ein umfassendes Verbot ist, subtile Schlupflöcher zu, für die die Tabakindustrie mehr Ressourcen bereitstellen kann.**⁵⁶ Im Falle der Schweizer Regierung könnte man statt von Schlupflöchern eher von einem offenen Feld für die Einflussnahme der Tabakindustrie sprechen, auf dem nur wenige Hindernisse zu überwinden sind.

Freiwillige Vereinbarung

1992, ein Jahr vor der Abstimmung über die «Zwillingsinitiativen» zum Tabak- und Alkoholwerbeverbot, schlossen die Tabakkonzerne (namentlich BAT, PMI und RJ Reynolds Tobacco – heute JTI) mit der Schweizerischen Lauterkeitskommission eine freiwillige, nicht bindende Selbstregulierungsvereinbarung ab.⁶⁰ (Die Lauterkeitskommission ist ihrerseits eine freiwillige Institution der Kommunikationsbranche zum Zweck der werblichen Selbstkontrolle und wird von einem Parlamentsmitglied präsiert.) Die Vereinbarung wurde 2005 und 2018 aktualisiert. Erklärtes Ziel ist es, dafür zu sorgen, dass Tabakerzeugnisse «verantwortungsvoll vermarktet werden und

dass geeignete Massnahmen getroffen werden, um sicherzustellen, dass die Vermarktung und die Distribution von Tabakprodukten sich ausschliesslich an erwachsene Rauchende und nicht an Minderjährige richten und im Einklang mit dem Prinzip der Entscheidungsfreiheit eines informierten Erwachsenen stehen».⁶¹ Abgesehen davon, dass die Vereinbarung nicht bindend ist und selten (wenn überhaupt) durchgesetzt wird, sieht der Umsetzungsmechanismus eine Ausnahme für Beschwerden vor, die sich auf die Vereinbarung beziehen: Im Gegensatz zu den anderen von der Lauterkeitskommission behandelten Beschwerden werden diese nicht auf der Webseite der Kommission veröffentlicht, sondern lediglich Swiss Cigarette, dem Branchenverband von BAT, JTI und PMI, mitgeteilt. Kommt die Lauterkeitskommission zum Schluss, dass eine Beschwerde begründet ist, wird sie Swiss Cigarette zur Kenntnis gebracht, wo die Angelegenheit unter Ausschluss der Öffentlichkeit im Kreise der Tabakunternehmen erneut verhandelt wird, wobei der Entscheid vertraulich bleibt. Im schlimmsten Fall kann das betroffene Unternehmen (BAT, JTI oder PMI) zu einer Geldstrafe an Swiss Cigarette verurteilt werden – d. h. die Unternehmen zahlen eine Geldstrafe an sich selbst! Dieser Selbstregulierungsmechanismus wurde vom Präsidenten von OxyRomandie als «Betrug!» bezeichnet, als er die Ergebnisse von 15 bei der Schweizerischen Lauterkeitskommission eingereichten Beschwerden zusammenfasste.⁶² Dies ist ein typisches Beispiel für die Selbstregulierungstaktik der Industrie, die mit freiwilligen Werberichtlinien und Jugendbildungsprogrammen jede wirksame Regulierung verhindert.⁶³ Solche freiwilligen Werberichtlinien sind bekanntlich unwirksam, und die Vereinbarung zwischen Swiss Cigarette und der Lauterkeitskommission bildet keine Ausnahme.⁶⁴ Die Waadtländer Regierung lässt sich mit den Worten zitieren: «Die aktuelle Situation und die Erfahrungen anderer Länder zeigen, dass diese Massnahmen nicht besonders wirksam sind».⁶⁵ Die Vereinbarung ermöglicht es den Tabakunternehmen, Beschwerden und Entscheide der Lauterkeitskommission zu umgehen, wenn diese Tabak betreffen (während andere Beschwerden und Entscheide, wenn auch anonym, veröffentlicht werden).⁶⁶ **Die freiwillige Marketingvereinbarung bietet den Tabakunternehmen die Möglichkeit, sich als sozial verantwortlich zu präsentieren und damit die Unterstützung der Schweizer Regierung und des Parlaments zu gewinnen.** Trotz der bekannten Schwächen wird die freiwillige Marketingvereinbarung zwischen Swiss Cigarette und der Schweizerischen Lauterkeitskommission von der Politik als legitime und wirksame Massnahme anerkannt. Ständerat Olivier François erklärte im Fernsehen: «Die Tabaklieferanten, die Unternehmen, die mit uns zusammenarbeiten, haben eine Vereinbarung unterzeichnet, die Selbstbeschränkungsvereinbarung, und sie wenden die Vereinbarung an. Nicht nur PM, sondern auch BAT und das dritte Unternehmen halten sich daran. Es handelt sich also um verantwortungsbewusste Unternehmen, die mit verantwortungsbewussten Menschen in unserem Land zusammenarbeiten, und sie setzen ihre Versprechen um, und das ist wichtig.»⁶⁷

Partnerschaften für soziale Verantwortung

Die 2007 gegründete Interessengemeinschaft für eine saubere Umwelt und mehr Lebensqualität (IGSU) hat sich unter anderem zum Ziel gesetzt, «gegen das Littering und für eine saubere Schweiz» zu kämpfen.⁶⁸ Zu ihren Aktivitäten gehören die Sensibilisierung im öffentlichen Raum und in Schulen sowie die Organisation des nationalen Clean-Up-Day. Zu den institutionellen Partnern gehört auch das Bundesamt für Umwelt (BAFU). Weitere prominente Partner, die auf der Webseite (und häufig in den Medien) genannt werden, sind Swiss Cigarette, JTI und COOP, eines der grössten Detail- und Grosshandelsunternehmen der Schweiz, das selbst mehrere inländische Tabakmarken besitzt und vertreibt.⁶⁹ Die IGSU veröffentlicht keine transparenten Jahresberichte über ihre Finanzierungsquellen, es gibt aber Hinweise, dass die Hauptfinanzierungsquelle seit 2007 JTI ist. Im

Wesentlichen vertritt die IGSU die Interessen verbraucherorientierter Unternehmen und dient den Mitgliedsunternehmen als CSR-Projekt.

Für den Clean-Up-Day im Sommer 2022 hat die IGSU mehrere Sensibilisierungskampagnen mit Plakaten im öffentlichen Raum durchgeführt. In verschiedenen Städten konnten Passantinnen und Passanten die Erklärung «Abfall gehört in den Kübel – wir halten uns daran!» unterschreiben und sich damit für eine saubere Umwelt und gegen Littering aussprechen. In Zürich, Bern, Basel, Luzern, Genf und Lugano beteiligten sich mehrere hundert Personen an den Aktionen. Die Plakate waren mit dem JTI-Logo versehen (siehe Bild unten).⁶⁸ Aufgrund der fehlenden Transparenz über die internen Finanzen der IGSU ist es schwierig nachzuvollziehen, in welche Richtung die Finanzflüsse geflossen sind und ob es Treffen zwischen den Partnern und Bundesämtern wie dem BAFU gegeben hat. Die IGSU sagt jedoch, dass der nationale Clean-Up-Day massgeblich vom BAFU unterstützt wurde, was bedeutet, dass das BAFU von der Beteiligung der JTI gewusst haben muss. **Indem das BAFU zulässt, dass der Tabakkonzern JTI im Rahmen des nationalen Clean-Up-Day Eigenwerbung betreibt, legitimiert das BAFU den Tabakkonzern nicht nur als Akteur von Umweltprogrammen in der Schweiz, sondern macht sich auch zum Komplizen der CSR-Aktivitäten von JTI.**

Doch damit nicht genug: Aus Sitzungsprotokollen vom März 2023 die der der Arbeitsgemeinschaft Tabakprävention Schweiz (AT Schweiz) vorliegen geht hervor, dass das BAFU mit zahlreichen Vertreterinnen und Vertretern der Tabakindustrie zusammenarbeitet. In den Unterlagen zur Sitzung «Ergebnisse des Runden Tisches zum Littering von Tabakprodukten» vom 11. November 2022 findet sich eine lange Liste der Teilnehmenden: Jan-Philip Seger, Engagement Manager bei BAT, Andrea Hausmann, Corporate Affairs & Communications Manager bei JTI, Caroline de Buman, Senior Manager Corporate Affairs bei PMI, Martin Kuonen, Geschäftsführer von Swiss Cigarette, Christophe Berdat, Manager fiscal affairs and sustainability bei PMI und Thomas Bähler, Geschäftsführer von Swiss Tobacco.⁷⁰ Am Runden Tisch nahmen auch der Tabakhändler Denner, Vertreter*innen der IGSU und des Kantons Basel-Stadt teil. Vertreter*innen des BAFU, darunter ein Abteilungsleiter, waren als Gesprächsleiter*in und Organisatoren aufgeführt. Die Anwesenheit einer Vertreter*in der IGSU stützt die Vermutung, dass sich das BAFU bei der Organisation des nationalen Clean-Up-Days der Beteiligung der Tabakindustrie bewusst war.

Aus dem Sitzungsprotokoll geht ausserdem hervor, dass bereits frühere Sitzungen stattgefunden haben und weitere Sitzungen im Laufe des Jahres geplant sind. Ein Traktandum der Sitzung war der Diskussion des «Weiteres Vorgehen / Roadmap» gewidmet, bei der die Teilnehmenden des Runden Tisches einen Plan für eine breit angelegte Medienkampagne zum Thema Zigarettenabfälle erarbeiteten. Aus den Sitzungsunterlagen geht weiter hervor, dass die IGSU dem BAFU bis Ende 2022 einen Vorschlag unterbreiten soll. Diese Dokumente zeigen, dass das BAFU eine direkte Partnerschaft mit fast allen Akteuren der Tabakindustrie in der Schweiz eingegangen ist, um eine landesweite Sensibilisierungskampagne gegen das Littering von Zigaretten zu lancieren. Als mögliche Sensibilisierungsbotschaft wird der Slogan «Zigarettenstummel korrekt entsorgen, denn die Natur ist kein Aschenbecher» vorgeschlagen. Dieser Slogan stammt aus der Greenwashing-Kampagne «Lara Green» von Swiss Cigarette aus dem Jahr 2021 und lässt vermuten, dass sich das BAFU an einer Neuauflage oder Ausweitung dieser CSR-Kampagne der Tabakindustrie beteiligen wird. Damit wird das Rauchen weiter normalisiert und die Verantwortung auf die Konsumentinnen und Konsumenten abgeschoben.⁷¹ Auch wenn die Höhe der finanziellen Beiträge der Tabakkonzerne im

Dunkeln bleibt, zeigt diese enge Zusammenarbeit zwischen dem BAFU und verschiedenen grossen Tabakkonzernen, wie viel Spielraum die Tabakindustrie in der Schweiz geniesst. Dies ist nicht zuletzt auf das Fehlen einer Tabakkontrollpolitik zurückzuführen, die den Regierungsmitgliedern klare Richtlinien zur Vermeidung solcher Industriepartnerschaften an die Hand geben könnte.

Dass die Tabakindustrie seit Langem verschiedene Taktiken anwendet, um ihren Ruf im Bereich der Tabakkontrolle zu verbessern, ist hinlänglich bekannt. CSR-Aktivitäten ermöglichen es ihr, ihre Glaubwürdigkeit zu erhöhen, Meinungsführerinnen und -führer zu informieren, mit einflussreichen Nichtregierungsorganisationen zusammenzuarbeiten und – was am wichtigsten ist – Gelegenheiten zu schaffen, mit politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern zusammenzutreffen. Auf diese Weise gewinnen Tabakunternehmen nützliche Verbündete mit direkten Kommunikationskanälen zu anderen Regierungsmitgliedern und politischen Schlüsselfiguren. Diese Verbündeten helfen, die Industrie als wichtigen Akteur bei der Förderung nachhaltiger Entwicklungsziele oder bei Regulierungsbemühungen zu etablieren.¹⁰ Diese Lobbyarbeit hat einen Teufelskreis in Gang gesetzt: Durch die Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen erhält die Tabakindustrie Zugang zu politischen Netzwerken und zum Gesetzgebungsprozess und kann so verschiedenste Hürden gegen die Tabakkontrolle in der Schweiz aufbauen. Diese Hürden garantieren der Tabakindustrie zudem uneingeschränkten Handlungsspielraum.

Es ist offensichtlich, dass das BAFU dem Greenwashing der Industrie in die Hände spielt. Anstatt die Tabakindustrie für die Umweltzerstörung durch unsachgemässe Entsorgung von Zigarettenstummeln zur Rechenschaft zu ziehen, stellt sich das BAFU auf die Seite der Industrie und wälzt die Verantwortung auf die Konsumentinnen und Konsumenten ab.^{72 73} Viel wirksamere Massnahmen wie Anti-Littering-Botschaften auf Zigarettenpackungen, umfassende Produkthaftungsregelungen, Umweltsteuern als Anreiz für die Tabakindustrie oder gar ein Verbot von Einwegplastik nach dem Vorbild der Europäischen Strategie für Kunststoffe in der Kreislaufwirtschaft werden von den Bundesbehörden bewusst und systematisch ignoriert.^{12 74} **Einer der Hauptgründe für das Fehlen einer wirksamen Umweltschutzpolitik in der Schweiz ist die enge Zusammenarbeit zwischen den Bundesbehörden und der Tabakindustrie bei der Ausarbeitung der Umweltschutzpolitik.**

Ein Zugangsgesuch der Arbeitsgemeinschaft Tabakprävention Schweiz (AT Schweiz) an das BAFU vom März 2023 hat den Nachweis erbracht, dass die Zusammenarbeit des BAFU mit der Tabakindustrie nicht neu ist. Zwischen 2008 und 2017 fanden acht Runde Tische zum Thema Littering mit Beteiligung der Tabakindustrie statt.



Bildlegende: Zwei junge Passantinnen am nationalen Clean-Up-Day vor einem IGSU-Sensibilisierungsplakat mit JTI-Logo (rot umrandet).

Das Basel Institute on Governance (BIG) präsentiert sich als unabhängiges, gemeinnütziges Kompetenzzentrum, das sich weltweit für die Stärkung der Regierungsführung und die Bekämpfung der Korruption einsetzt.⁷⁵ Eines der BIG-Projekte («Collective Action») ist die Entwicklung eines «gemeinschaftlichen Ansatzes zur Bekämpfung von Korruption und zur Anhebung der Standards für Integrität und fairen Wettbewerb in der Wirtschaft». Mit dem Projekt «Green Corruption» engagiert sich das BIG in einer multidisziplinären Initiative, die Umweltzerstörung mit Instrumenten der Korruptionsbekämpfung und Governance bekämpft.⁷⁶

Auf seiner Webseite gibt das BIG an, aktiv in der Interdepartementalen Arbeitsgruppe Korruptionsbekämpfung der Schweizer Regierung mitzuwirken, die sich unter anderem mit der Antikorruptionsstrategie in der Schweiz befasst.⁷⁵ Das BIG weist auch darauf hin, dass es «ein assoziiertes Institut der Universität Basel» ist und fügt hinzu: «Durch diese besondere Stellung profitieren wir von einer engen Zusammenarbeit mit den Fakultäten und Forschungsgruppen der Universität.»⁷⁵ Liest man den Ethikkodex des BIG, in dem es heisst, dass sich das Institut «in all seinen Geschäften und Aktivitäten den höchsten Standards ethischen Verhaltens verpflichtet», könnte man meinen, dass das Institut die Tabakindustrie auf Distanz hält (wie es auch der UN Global Compact tut).⁷⁶ Leider ist dies bei weitem nicht der Fall. Erstens ist unter den Vorstandsmitgliedern des BIG Domenico Scala, Präsident des Verwaltungsrats des Tabakunternehmens Oettinger Davidoff AG (Zigarrenhersteller und Eigentümer der Zigarettenmarke Davidoff, die weltweit und insbesondere in Afrika von Imperial Brands vertrieben wird).^{77 78} Zudem hat das BIG in den letzten Jahren (seit 2017, dem Jahr, in dem der UN Global Compact Tabakunternehmen von seiner Liste strich) beträchtliche Mittel von Philip Morris als Empfänger der zweiten Finanzierungsrunde des PMI

IMPACT-Programms angenommen.^{79 80} In seinem jüngsten Jahresbericht 2021 verweist das BIG auf «ein grosses zweijähriges Projekt, das von PMI Impact finanziert wurde und dazu beigetragen hat, im Jahr 2019 das Programm «Green Corruption» ins Leben zu rufen».⁸¹ Die derzeit auf der Webseite des BIG angebotenen Schulungskurse werden von Philip Morris finanziert. Sie behandeln Verbrechen gegen Wildtiere, waldbezogene Verbrechen und illegalem Holzhandel – eine Ironie für ein Unternehmen, dessen Handel für einen beträchtlichen Prozentsatz der weltweiten Entwaldung verantwortlich ist.^{82–85}

B. Lokale Regierung

Das Grand Théâtre de Genève ist die grösste Kultureinrichtung der Westschweiz. Es ist eine öffentlich-rechtliche Einrichtung, die hauptsächlich von der Stadt Genf und dem Kanton Genf finanziert wird. Das Theater nimmt auch private Spenden entgegen und zählt JTI zu seinen wichtigsten Gönnern.⁸⁶

Das Museum für zeitgenössischen Kunst (Musée d'art moderne et contemporain, MAMCO) in Genf ist eine öffentliche Stiftung, die ebenfalls von der Stadt und dem Kanton Genf sowie von privaten Spendern und dem Verein der Freunde des MAMCO finanziert wird. JTI wird neben dem Kanton und der Stadt Genf als einer der «Hauptsponsoren» genannt. Der ehemalige CEO von JTI, Pierre de Labouchere, war bis zu seinem Tod im März 2023 Mitglied des Stiftungsrats.^{87 88}

Am 4. November 2021 gab JTI in einer Medienmitteilung bekannt, dass sie den rund 6'000 Einwohnerinnen und Einwohnern der Luzerner Gemeinde Dagmersellen zum 50-jährigen Standortjubiläum ein Wildbienenparadies schenkt (vgl. Punkt 7). In Dagmersellen befinden sich der Hauptsitz von JTI Schweiz und eine Zigarettenfabrik. In der Pressemitteilung wird die «starke Verbundenheit von JTI mit der Region» betont und die Partnerschaft zwischen JTI und Dagmersellen als «Erfolgsgeschichte» bezeichnet.⁸⁹ In der Vergangenheit erhielt die Gemeinde Dagmersellen weitere bedeutende Spenden, darunter eine Kneippanlage, einen Flügel des Gemeindezentrums, den Arche-Saal, eine Orgel für eine Kapelle und die Renovierung der Turnhalle einschliesslich eines neuen Fitnessraums, dessen Ausstattung von JTI mitfinanziert wurde.⁹⁰

BAT unterstützt über seine Stiftung im Kanton Jura lokale Wohltätigkeitsorganisationen wie Caritas Jura, Caritas Waadt und die Stiftung «Les Castors» für Menschen mit Behinderungen. Alle diese Organisationen arbeiten eng mit den Behörden und öffentlichen Sozialeinrichtungen zusammen.⁹¹

Philip Morris ist als Unternehmenspartner des Kunstmuseums (Musée Cantonal des Beaux-Arts) in Lausanne aufgeführt und soll 390'000 Franken (ca. 400'000 USD) für den Bau und 50'000 Franken (über 50'000 USD) für die laufenden Kosten gespendet haben.^{92–94}

Diese Art von Spenden wird von Tabakunternehmen als Instrument des Reputationsmanagements eingesetzt, um sich selbst und ihre Produkte auf subtile Weise zu «normalisieren». Wenn Tabakunternehmen von solchen Organisationen oder kulturellen Einrichtungen Anerkennung erhalten, wird die Öffentlichkeit (oft unbewusst) dazu verleitet, ihre Produkte mit Kreativität, Kultiviertheit und kulturellem oder sozialem Fortschritt zu assoziieren, was von ihren verheerenden gesundheitlichen, sozialen und ökologischen Auswirkungen ablenkt.⁹⁴ Sponsoring ist auch eine Gelegenheit, sich vollständig in das lokale soziale Gefüge zu integrieren und ein Netzwerk von Kontakten zu lokalen Entscheidungsträgerinnen und

Entscheidungsträger und Politikerinnen und Politiker aufzubauen, die oft Schlüsselpositionen in den Verwaltungsräten von Kultureinrichtungen bekleiden.

Für den World Clean-Up-Day arbeitete PMI mit der Stadt Lausanne zusammen. Auf der PMI-Webseite heisst es: «Unterstützt von Sauberkeitsbeauftragten des städtischen Reinigungsdienstes der Stadt Lausanne, machten Mitarbeitende Fussgänger in der Lausanner Innenstadt auf das Problem des auf öffentlichen Strassen zurückgelassenen Abfalls aufmerksam – auch Littering genannt. Die Freiwilligen sammelten die weggeworfenen Abfälle ein und erinnerten die Bevölkerung an die wichtige Rolle, die jeder Einzelne bei der Erhaltung der Sauberkeit in Lausanne spielen kann.»⁹⁵ Auch hier wird die Eigenverantwortung in den Vordergrund gerückt.

Im Juli 2020 startete PMI die globale Initiative «Our World Is Not an Ashtray» mit einer eigenen Webseite (worldnoashtray.com).⁹⁶⁹⁷ In der begleitenden Pressemitteilung erklärte Jens Rupp, Head Brand Innovation and Sustainability bei PMI: «Zu viele Zigarettenstummel werden weggeworfen und landen in der Natur. Indem wir mit Experten zusammenarbeiten, um besser zu verstehen, wie wir Raucherinnen und Raucher zu einem verantwortungsvolleren Entsorgungsverhalten bewegen können, indem wir Aufklärungsprogramme für die breite Öffentlichkeit starten und indem wir mit Regierungen und lokalen Behörden zusammenarbeiten, um eine angemessene Abfallentsorgungsinfrastruktur sicherzustellen, können wir den mit unseren Produkten verbundenen Plastikmüll reduzieren.»⁹⁷ In seiner Pressemitteilung schreibt PMI, dass es mit drei Unternehmen – Carto, Cortexia (ein Schweizer Unternehmen) und Litterati – zusammenarbeite, um einen datengestützten Ansatz zu implementieren und um die Verbreitung von Zigarettenkippen Abfällen weltweit zu analysieren, Abfallschwerpunkte zu identifizieren und die Auswirkungen von Anti-Littering-Massnahmen zu kontrollieren.⁹⁷⁹⁸

PMI führt auf seiner Webseite «Not an Ashtray» die Schweizer Städte Genf und Châtel-St-Denis als Beispiele an, in denen Cortexia tätig war.⁹⁹ Cortexia veröffentlicht auf ihrer Webseite ein Video von Jens Rupp von PMI sowie «Testimonials» von Beamten der Schweizer Städte Basel, Genf und Zürich.¹⁰⁰¹⁰¹ Mauro Lorenzi, Leiter des Tiefbauamts der Stadt Genf, bezeichnet Cortexia als «Projektleader». Unter der Überschrift «Sie vertrauen uns» («Ils nous font confiance») nennt Cortexia weitere Schweizer Städte (Carouge, Lausanne, Dietikon) sowie Städte in Frankreich und den Niederlanden.¹⁰¹ Im Jahr 2021 wurden Philip Morris International, Carto, Cortexia und Litterati auf dem Geospatial World Forum in Amsterdam mit dem «Excellence in Environmental Protection Award» für ihre Kampagne «Our World Is Not an Ashtray» ausgezeichnet.¹⁰² Die schweizerische Agentur für Innovationsförderung Innosuisse hat bekannt gegeben, dass Cortexia im April 2023 für eine Förderung im Rahmen des «Swiss Accelerator» ausgewählt wurde, der sich an «Innovationsprojekte von KMU und Start-ups mit bedeutendem Innovationspotenzial» richtet. Ziel der Projekte ist die «Entwicklung neuartiger Produkte und Dienstleistungen (...), um das Wachstum hochinnovativer Schweizer Unternehmen zu beschleunigen».¹⁰³ Die Finanzierung könnte sich auf bis zu 2,5 Millionen Franken belaufen.¹⁰⁴ Die Innosuisse hat auch SwissTabac und der Hochschule für Technik und Verwaltung des Kantons Waadt (Haute Ecole d'Ingénierie et de Gest du Canton de Vaud) eine Finanzierung in Höhe von 15'000 CHF für ein Ingenieurprojekt über die Verpackung von Tabakblättern gegeben.¹⁰⁵

INDIKATOR 3: Vorteile für die Tabakindustrie

	0	1	2	3	4	5
6. Die Regierung kommt den Forderungen der Tabakindustrie nach einem längeren Zeitrahmen für die Umsetzung oder den Aufschub von Gesetzen zur Eindämmung des Tabakkonsums entgegen (z. B. 180 Tage sind für PHW üblich, Steuererhöhung kann innerhalb eines Monats umgesetzt werden) (Rec 7.1)						5

Die Schweiz hat das FCTC der WHO nicht ratifiziert, was der Tabakindustrie sehr zugute kommt, da die minimalen und lückenhaften Bundesgesetze zur Tabakkontrolle der Tabakindustrie als Spielwiese dienen.

A. Einfrieren der Besteuerung von Tabakprodukten

Ein grosser Erfolg der Tabakindustrie ist, dass die Besteuerung von Tabakerzeugnissen seit 2013 auf einem Niveau eingefroren ist, das weit unter dem von der WHO empfohlenen Niveau liegt (60,3 % in der Schweiz gegenüber den von der WHO empfohlenen 75 %).^{106 107} Die Besteuerung von Tabakerzeugnissen ist in einem Gesetz aus dem Jahr 1969 geregelt. Obwohl bekannt ist, dass die Besteuerung die wirksamste Massnahme zur Prävention des Tabakkonsums ist, wurde dieses Public-Health-Prinzip bei der Besteuerung von Tabakwaren in der Schweiz nie angewandt. Das Gesetz lässt der Regierung einen gewissen Spielraum für Steuererhöhungen, sofern diese eine bestimmte Grenze nicht überschreiten. Diese Grenze wurde bei der letzten Steuererhöhung im Jahr 2013 erreicht (Erhöhung des Preises der meistverkauften Zigarettenschachtel um CHF 0.10).¹⁰⁸ Ursprünglich hatte die Regierung im Rahmen einer Revision des Tabaksteuergesetzes eine Bestimmung vorgesehen, die es ihr erlaubt hätte, die Steuergrenze auf über 60 % anzuheben. Aufgrund des Widerstands der Tabaklobby im Parlament verzichtete sie jedoch darauf, so dass die Steuer seit 2013 eingefroren ist. Dies spielte der Tabakindustrie in ihrem Streben nach Profitmaximierung in die Hände und ermöglichte es ihr, die Zigarettenspreise regelmässig zu erhöhen, ohne die Nachfrage zu dämpfen.¹⁰⁹ Der damalige Präsident der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrats, Dominique de Buman, berichtete über die Kommissionsdebatte zur Tabakbesteuerung wie folgt: «Die Meinungen über den Verzicht des Bundesrats auf seine Kompetenz zur Erhöhung der Tabaksteuer waren geteilt. Tatsächlich hatte der Bundesrat seine durch das geltende Gesetz verliehene Kompetenz, den Preis einer Zigarettenschachtel innerhalb einer gesetzlich festgelegten Bandbreite zu erhöhen, ausgeschöpft. Er musste das Parlament ersuchen, seine Zuständigkeit in dieser Angelegenheit zu erneuern. [...] Der Bundesrat beschloss schliesslich aufgrund der Ergebnisse der Vernehmlassung, dies nicht zu tun. Der hohe Preis einer Zigarettenschachtel schreckt, wie die Statistiken zeigen, vom Konsum ab»¹¹⁰ Als Grund für den Verzicht auf eine Steuererhöhung wurde die Gefahr sinkender Steuereinnahmen genannt. Das war natürlich nur ein Vorwand, denn die 60 % lassen einen grossen Spielraum für Steuererhöhungen, bevor der Wendepunkt erreicht ist, an dem sowohl die Steuereinnahmen als auch die Zahl der Rauchenden zurückgehen. Tatsächlich befürchtete die Industrie, dass selbst eine geringe Steuererhöhung ihre Gewinne sofort schmälern würde. Bis heute ist die Steuer eingefroren und es besteht keine Aussicht auf eine Änderung in absehbarer Zeit. **Man kann sagen, dass die Lobbyarbeit der Tabakindustrie erfolgreich dazu beigetragen hat, zukünftige Steuererhöhungen auf unbestimmte Zeit hinauszuzögern und sicherzustellen, dass gesundheitspolitische Überlegungen aus der Tabaksteuerdebatte ausgeklammert werden.** Es ist die reine Ironie, dass die Entscheidung, die Zigarettenssteuer einzufrieren, angeblich aus der Befürchtung heraus getroffen wurde, dass weitere Steuererhöhungen ein so wirksames Instrument der Tabakprävention sein könnten, dass sie den Konsum deutlich verringern würden.

B. Regulatorischer Status quo

Der regulatorische Status quo der Tabakkontrollpolitik in der Schweiz wird voraussichtlich noch einige Jahre bestehen bleiben – zum alleinigen Nutzen der Tabakindustrie. Die Tabakindustrie kennt heute in der Schweiz praktisch keine Einschränkungen in der Art und Weise, wie sie ihre Produkte vermarkten kann. Der höchst wirkungslose und illusorische freiwillige Marketingkodex macht diese Produkte besonders für Jugendliche attraktiv (vgl. Punkt 5). Die Tabak- und/oder E-Zigarettenindustrie nutzt dieses Regulierungsvakuum, um den Schweizer Markt mit neuen Produkten zu überschwemmen: erhitzte Tabakprodukte, eine breite Palette von E-Zigaretten (inkl. neue Einweg-E-Zigaretten), hochdosierte Nikotinbeutel und Snus.¹¹¹ Der Verkauf von Snus wurde 1995 aus gesundheitspolitischen Gründen verboten und ist in der EU (mit Ausnahme Schwedens) nach wie vor verboten. Damals wollte man verhindern, dass ein neues, in der Schweiz noch unbekanntes Tabakerzeugnis auf den Markt kommt und neue Konsumentinnen und Konsumenten abhängig macht. Im November 2019 hat das Bundesgericht, das oberste Gericht der Schweiz, dieses Verbot jedoch aufgehoben, so dass Snus in der Schweiz ohne Einschränkungen verkauft werden kann. In seinem Urteil kommt das Bundesgericht zum Schluss, dass Artikel 5 der Tabakprodukteverordnung, der den Verkauf von Snus verbietet, keine gesetzliche Grundlage hat.¹¹² Damit hat die Schweiz bei der Umsetzung der Tabakkontrollgesetzgebung einen Rückschritt gemacht. Zurzeit ist Snus weiterhin auf dem Schweizer Markt erhältlich und es gibt keine Diskussionen über die Wiedereinführung eines Verbots. Ausserdem regelt das neue Tabakproduktegesetz nicht, wo Tabakunternehmen werben dürfen, was zur Beibehaltung des Status quo beiträgt. Dies ist auch den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern bewusst, sonst hätten sie die Volksinitiative «Kinder und Jugendliche ohne Tabakwerbung» nicht angenommen. Wie und wann die Volksinitiative auf Gesetzesstufe umgesetzt wird, ist noch unklar und wird wohl noch einige Jahre in Anspruch nehmen.

7. Die Regierung gewährt der Tabakindustrie Privilegien, Anreize, Steuererleichterungen oder Vorteile. (Rec 7.3)						5
--	--	--	--	--	--	---

A. Schweizer Tabakbäuer:innen erhalten finanzielle Unterstützung

Im Jahr 2021 bauten 134 Schweizer Landwirtinnen und Landwirte auf rund 400 Hektaren Tabak an.¹¹³ Da der Anbau der arbeitsintensiven und für das Schweizer Klima ungeeigneten Tropenpflanze Tabak in der Schweiz wirtschaftlich nicht rentabel ist, hat die Schweizer Regierung ein Subventionssystem eingeführt, das an die Schweizer Tabaksteuer gekoppelt ist. Diese Subvention wird durch eine Abgabe von 0,3 % auf jedem in der Schweiz verkauften Tabakprodukt finanziert, was einer jährlichen Abgabe von rund 13 Millionen entspricht. Diese Abgabe entspricht im Durchschnitt 2.6 Rappen pro Packung Zigaretten à 20 Stück und CHF 1.70 pro Kilogramm Feinschnitttabak.¹¹⁴⁻¹¹⁶

Aus dem Finanzierungsfonds Inlandtabak erhalten die Schweizer Bäuerinnen und Bauern jährlich rund 40'000 (ca. 40'100 Euro) pro Hektare Tabakanbaufläche. (Eine zweckgebundene Tabakabgabe, die genau der Abgabe entspricht, mit der der Schweizer Finanzierungsfonds Inlandtabak unterstützt wird, fliesst in den Tabakpräventionsfonds, der zur Finanzierung von Tabakpräventionsprojekten eingerichtet wurde). Im Zentrum dieses Subventionssystems steht die «Einkaufsgenossenschaft für Inlandtabak» (SOTA), die unter der Aufsicht des Bundesamts für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) steht.^{117 118} Die SOTA kauft jedes Jahr die gesamte Schweizer Tabakernte direkt bei den Bäuerinnen

und Bauern auf und verkauft sie an die drei grossen Zigarettenhersteller des Landes: PMI, BAT und JTI. Die An- und Verkaufspreise sind in einer Bundesverordnung festgelegt.¹¹⁹ Die Tabakblätter werden in drei Qualitätsklassen eingeteilt und je nach Klassifizierung zu 17.40 CHF/kg, 12.70 CHF/kg und 5.50 CHF/kg von den Landwirtschaftsbetrieben gekauft. Entsprechend derselben Klassifizierung werden die Tabakblätter anschliessend zu 4.50 CHF/kg, 3.70 CHF/kg und 1.00 CHF/kg an die Hersteller weiterverkauft, d. h. zu einem drei- bis fünfmal tieferen Preis als der Einkaufspreis. Mit anderen Worten: Die Schweizer Tabakpflanzerinnen und -pflanzer erhalten für ihre Ware mindestens dreimal so viel, wie auf dem Weltmarkt für Tabak der «besten» Qualität bezahlt wird. Der Tabakanbau in der Schweiz ist deshalb nur dank eines ausgeklügelten Subventionssystems der Schweizer Regierung möglich.^{119–121}

Der langsame Rückgang der Zahl der Tabakproduzierenden in der Schweiz von 357 im Jahr 2001 auf 134 im Jahr 2021 zeigt, dass der Tabakanbau hierzulande trotz erheblicher finanzieller Subventionen langfristig nicht tragbar ist.¹¹³ Selbst der ehemalige Generalsekretär und heutige technische Leiter der SOTA, Gernot-Viktor Alber, erklärte: «Ohne diese Struktur würde es den Schweizer Tabakanbau bereits heute schon nicht mehr geben».^{118 122} Dennoch argumentieren die Befürworter des Subventionssystems, dass der Tabakanbau eine «alte Schweizer Tradition» sei, die öffentliche Unterstützung verdiene. Die Regierung lässt also zu, dass 134 Tabakbauern mit 40'000 Franken pro Hektare Tabak gerettet werden, obwohl sie dieses Geld besser für den Schutz der Bevölkerung vor den Schäden des Rauchens einsetzen könnte.

Mit anderen Worten: **Über die SOTA unterstützt die Regierung mit Steuergeldern eine Industrie, deren Produkte zu den Hauptursachen für nichtübertragbare Krankheiten, verminderte Lebensqualität und vorzeitige Sterblichkeit gehören.** In gewissem Sinne werden diese Tabakprodukte von der Regierung selbst unterstützt.^{118 123–125}

B. Fehlende gesetzliche Grundlagen für E-Zigaretten

Eine wirksame E-Zigaretten-Politik auf Bundesebene wird es in der Schweiz bis 2024 nicht geben. E-Zigaretten unterliegen dem Lebensmittelgesetz (LMG) in Kombination mit dem «Cassis de Dijon»-Prinzip, wonach ein Produkt in der Schweiz legal verkauft werden kann, wenn es den technischen Anforderungen eines EU- oder EWR-Mitgliedstaates entspricht und in einem EU- oder EWR-Mitgliedstaat rechtmässig in Verkehr ist. Gemäss Artikel 20 der EU-Richtlinie 2014/40/EU gelten für geschlossene Systeme von E-Zigaretten (Einweg- oder POD-Systeme) die folgenden relevanten technischen Anforderungen: Die nikotinhaltige Flüssigkeit darf einen Nikotingehalt von höchstens 20 mg/ml und die nikotinhaltige Flüssigkeit in Nachfüllbehältern ein Volumen von höchstens 10 ml haben. Darüber hinaus schreibt die Richtlinie vor, dass die Packungen von elektronischen Zigaretten und Nachfüllbehältern einen spezifischen gesundheitsbezogenen Warnhinweis, einen Beipackzettel mit Informationen zur Gebrauchsanweisung und zu möglichen schädlichen Auswirkungen sowie eine Liste aller Inhaltsstoffe des Erzeugnisses in absteigender Reihenfolge ihres Gewichts enthalten müssen.¹²⁶ Viele Produkte erfüllen diese Anforderungen jedoch nicht, und die Richtlinie verbietet keine bestimmten chemischen Inhaltsstoffe in E-Liquids, so dass praktisch alles auf den Markt gebracht werden kann, ohne dass vor dem Inverkehrbringen eine Kontrolle, Zulassung oder Registrierung erforderlich ist. Nach dem Inverkehrbringen gibt es so gut wie keine Kontrolle der chemischen Inhaltsstoffe.

In der Schweiz existieren auf Bundesebene keine gesetzlichen Bestimmungen für E-Zigaretten zum Schutz der öffentlichen Gesundheit. Insbesondere gibt es auf Bundesebene weder Altersvorgaben, an wen E-Zigaretten verkauft werden dürfen, noch Werbebeschränkungen. E-Zigaretten unterliegen auch nicht den Bestimmungen des Bundesgesetzes zum Schutz vor Passivrauchen. Auf Bundesebene wurden zwar Vernehmlassungen zu einer allfälligen Ausdehnung der Tabakbesteuerung auf E-Zigaretten durchgeführt, die Regierung ist bei der Ausarbeitung der entsprechenden Gesetze jedoch weitgehend den Forderungen der Tabak- und E-Zigarettenindustrie gefolgt (vgl. Punkt 1) und hat der Industrie im Wesentlichen Privilegien eingeräumt, die ihr nicht zustehen. Zudem wird das Tabaksteuergesetz, das die neuen Bestimmungen umsetzen soll, voraussichtlich erst 2024 in Kraft treten und bestenfalls sehr schwach ausfallen, so dass die E-Zigarettenindustrie weiterhin von einem unregulierten Markt profitiert, auf dem sie ihre Produkte frei verkaufen und bewerben kann. Einige Kantone haben zum Schutz ihrer Jugend eigene, restriktivere Regelungen für E-Zigaretten eingeführt.^{116 127-129}

C. Partnerschaft zwischen JTI und Dagmersellen, Luzern

Anlässlich des 50-jährigen Jubiläums ihres Produktionsstandortes in Dagmersellen im Kanton Luzern gab JTI im Jahr 2021 ein Magazin heraus, in dem ein Kapitel dem «Dialog mit Gemeindepräsident Markus Riedweg» gewidmet war.^{90 130} Eine der Interviewfragen bezog sich auf die aktuelle Zusammenarbeit mit JTI, worauf Markus Riedweg, Gemeindepräsident von Dagmersellen, antwortete: «Dort arbeiten wir immer dann zusammen, wenn es um die Rahmenbedingungen geht, die wir innerhalb der Gemeindeautonomie beeinflussen können».⁹⁰ Während des gesamten Gesprächs lobt Riedweg die erfolgreiche Partnerschaft zwischen der Gemeinde Dagmersellen und JTI. In seinen Antworten betont Riedweg, dass die Gemeinde häufig mit JTI zusammenarbeite und dem Unternehmen im Rahmen ihrer Möglichkeiten Privilegien und Vorteile gewähre. Auf die Frage, was die Gemeinde Dagmersellen zum weiteren Erfolg von JTI in den nächsten 50 Jahren beitragen könne, antwortet Markus Riedweg: «Innerhalb unserer Kompetenzen versuchen wir, JTI weiterhin möglichst gute Rahmenbedingungen zu bieten. Wenn sich JTI räumlich oder baulich verändern möchte, schauen wir, dass das ermöglicht wird.» Dass in der Schweiz nach wie vor Zigaretten produziert werden, hat laut Riedweg «mit den guten Rahmenbedingungen auf nationaler Ebene zu tun. Die Möglichkeit, auch stärkere Tabakprodukte herzustellen und ein liberaler Arbeitsmarkt».⁹⁰

Diese enge Partnerschaft, die Riedweg in seinem Interview beschreibt, wirft ein Schlaglicht auf die Partnerschaften, die die Tabakindustrie mit Personen auf verschiedenen Regierungsebenen in der Schweiz unterhält. Zudem scheint die Gemeinde Dagmersellen aufgrund der hohen Steuereinnahmen, die sie von JTI erhält, in einem Abhängigkeitsverhältnis zu stehen. Diese engen Beziehungen zwischen Regierungen und Tabakkonzernen ermöglichen es der Industrie, von solchen «guten» Rahmenbedingungen zu profitieren.

D. Staatliche Pensionskasse investieren in Tabakriesen

Das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) ist zuständig für die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV).¹³¹ Die AHV ist die obligatorische Sozialversicherung der Schweiz und bildet die erste Säule des schweizerischen Dreisäulensystems zur Existenzsicherung im Alter. Die Haupteinnahmequellen der AHV sind die Beiträge der Versicherten, der Arbeitgeber und des Bundes sowie die Beiträge der Konsumentinnen und Konsumenten, da ein Teil der Mehrwertsteuer zur Finanzierung der AHV erhoben wird. Das Vermögen der AHV wird von der

Bundesanstalt Compenswiss verwaltet. Gelder, die nicht für die Auszahlung von Leistungen benötigt werden, werden als Reserven gehalten und können in Aktien, Obligationen, Immobilien und Gold investiert werden, um im Laufe der Zeit einen Ertrag aus den Reserven zu erwirtschaften¹³²

Am 17. Januar und 1. Februar 2023 veröffentlichten die französischsprachigen Zeitungen Tribune de Genève und 24 heures Medienberichte, aus denen hervorgeht, dass die drei transnationalen Tabakkonzerne BAT, JTI und PMI auf der Investorenliste von Compenswiss stehen.^{133 134} Claudia Künzli von der Lungenliga Schweiz wird im Artikel von 24 heures wie folgt zitiert: «Tabak tötet jedes Jahr Millionen von Menschen, und die Industrie beschäftigt immer noch Kinder in ihren Fabriken in Entwicklungsländern. Unsere Pensionskassen sollten solche Investitionen unterbinden. Es ist eine Frage der Werte.»¹³⁴ Der Tabakkonsum fordert in der Schweiz jährlich schätzungsweise 9'500 Todesopfer, was 14 % aller Todesfälle entspricht.¹³⁵ **Die Verwendung von Steuergeldern und Rentenbeiträgen für Investitionen in die Tabakindustrie zugunsten der Schweizer Altersvorsorge ist paradox und widersprüchlich.** Die Publica, die Pensionskasse des Bundes, die Ende 2021 ein Vermögen von über 44 Milliarden Franken verwaltete, investiert ebenfalls in Aktien von Tabakfirmen.^{134 136} Nationalrätin Ursula Schneider Schüttel reichte im März 2022 eine parlamentarische Motion ein, die verlangte, die Investitionen der Publica in Tabak zu stoppen. Der Bundesrat ging jedoch nicht auf ihr Anliegen ein: Es liege nicht in der Kompetenz des Bundesrates, Anlageentscheide für die Pensionskasse des Bundes Publica zu treffen.^{137 138}

Claudia Künzli von der Lungenliga Schweiz forderte Compenswiss (Anfang 2023) und Publica (Oktober 2022) auf, nicht mehr in Tabak zu investieren. Die Antwort: Finanzinvestoren sind nicht die richtigen Personen, um gesellschaftliche Probleme zu lösen.¹³⁸ Compenswiss und Publica sind der Ansicht, dass Tabak ein legales Produkt ist und Investitionen in diese Industrie nicht gegen ihre normativen Werte verstossen. Dies, obwohl die Tabakindustrie in verschiedenen Ländern Menschenrechte verletzt (Kinderarbeit, Arbeitsbedingungen, schlechte Bezahlung usw.) und nicht nachhaltig ist. Es ist diese tief verwurzelte Unterstützung der Tabakindustrie in der Schweiz, die einer adäquaten Tabakkontrollpolitik im Wege steht. Akteure wie Compenswiss und Publica spielen eine Rolle bei der Normalisierung des Rauchens. Die Öffentlichkeit verschliesst die Augen vor dem tatsächlichen Schaden, den die Tabakindustrie anrichtet, und die Tabakunternehmen selbst werden als legitime Stimmen wahrgenommen, die in Gesundheits-, Wirtschafts- und anderen Politikbereichen gehört werden müssen. Beide Phänomene schaden der öffentlichen Gesundheit.¹³⁹ Dazu ein Beispiel, das in starkem Kontrast zur Schweiz steht: Norwegens staatlicher Pensionsfonds hat seit 2010 aus ethischen Gründen Investitionen in die Tabakindustrie ausgeschlossen.¹⁴⁰

INDIKATOR 4: Unnötige Interaktionen

<p>8. Hochrangige Regierungsmitglieder (z. B. Mitglieder des Bundesrates, Regierungsratsmitglieder, Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten^{vi}) treffen sich mit Tabakunternehmen oder unterhalten Beziehungen zu ihnen, z. B. durch Teilnahme an gesellschaftlichen Anlässen oder Veranstaltungen, die von Tabakunternehmen gesponsert oder organisiert werden oder deren Interessen fördern. (Rec 2.1)</p>						5
---	--	--	--	--	--	----------

Zahlreiche Regierungsvertreterinnen und Regierungsvertreter treffen sich mit Tabakunternehmen oder pflegen ihre Beziehungen zu diesen. Beste Beispiele dafür sind die Anwesenheit von

hochrangigen Regierungsmitgliedern an den Verwaltungsratssitzungen der Fenaco oder am (alle zwei Jahre stattfindenden) SGV-Gewerbekongress 2022, an dem Bundesrätin Karin Keller-Sutter teilnahm und PMI als Konferenzpartner auftrat (vgl. Punkt 3).

Economiesuisse hält fest: «Wir führen einen offenen, konstruktiven und lösungsorientierten Dialog mit allen unseren Mitgliedern, mit der Bundesverwaltung, mit den Mitgliedern des Bundesparlaments sowie den Regierungen in Bund und Kantonen und mit der politischen Öffentlichkeit. Wir pflegen den regelmässigen Gedankenaustausch mit allen Parteien und wirtschaftspolitisch relevanten Gruppierungen und mit der Gesellschaft.»⁴² Vor dem Hintergrund unserer Ausführungen unter Punkt 3 wird deutlich, dass Economiesuisse ein Vehikel zur Beziehungspflege zwischen Regierungsmitgliedern und der Tabakindustrie ist. Ein Beispiel dafür ist die öffentliche Vernehmlassung zur Teilrevision des Tabaksteuergesetzes 2021, bei der Economiesuisse nicht nur die Stellungnahmen von Swiss Cigarette und PMI vollumfänglich unterstützte, sondern auch die eigenen Stellungnahmen mit diesen koordinierte (vgl. Punkt 2).

Im Kapitel «Dialog mit Gemeindepräsident Markus Riedweg» des JTI-Magazins zum 50-jährigen Jubiläum heisst es: «Markus Riedweg ist der jüngste in einer langen Reihe von Bürgermeistern, die eine positive Beziehung zu JTI unterhalten haben».⁹⁰ Das Interview beschreibt auf mehreren Seiten, wie Markus Riedweg in Dagmersellen aufwuchs und als Jugendlicher in der Produktionsstätte von JTI arbeitete, wie schon sein Onkel «von Anbeginn».⁹⁰ JTI fragte Riedweg weiter: «Sie haben auch auf politischer Ebene mit JTI zu tun. Wie sind da Ihre Erfahrungen?», worauf Riedweg antwortete: «Die sind durchwegs gut. Man kennt sich und hat regelmässig Kontakte. Auch wenn es Wechsel gibt in den leitenden Funktionen, versucht man sich möglichst rasch wieder kennenzulernen. So haben vor kurzem Treffen mit dem neuen General Manager und dem neuen Fabrikdirektor stattgefunden. Wir haben einen guten Austausch. Wenn es ein Anliegen gibt, sei es von JTI oder seitens Gemeinde, ruft man sich an oder schreibt einander eine E-Mail und trifft sich dann in der Regel auch. Im vergangenen Jahr hat es auch gemeinsame Videokonferenzen gegeben. Es ist wichtig, dass man sich kennt.»

Im Juni 2021 wurde die Fabrik von PMI in Neuenburg als klimaneutral zertifiziert. Der wegen seiner besonderen Architektur «Cube» genannte Standort beherbergt ein grosses Forschungszentrum mit rund 980 Forscherinnen und Forscher sowie Produktionseinheiten, die sich hauptsächlich mit erhitzten Tabakprodukten befassen. Die «Zertifizierungsmethode» der privaten Zertifizierungsgesellschaft «myclimate» ist intransparent und dient vermutlich dem Greenwashing.¹⁴¹ Die Kriterien und das Verfahren für diese Zertifizierung liegen nicht vor und es ist nicht bekannt, wie viel PMI für diese Zertifizierung bezahlt hat. Die «Zertifizierung» erfolgte im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung im «Cube» in Anwesenheit hochrangiger Vertreterinnen und Vertreter des Kantons Neuenburg. Die Mitglieder der kantonalen Exekutiven werden im föderalen System der Schweiz als Regierungsrätinnen und Regierungsräte bzw. Staatsrätinnen und Staatsräte bezeichnet. Anwesend waren die Staatsräte Alain Ribaux und Laurent Favre, beide Mitglieder der kantonalen Exekutive, die Neuenburger Gemeinderätin Violaine Blétry-de Montmollin und der Neuenburger Gemeinderat Mauro Moruzzi, beide Mitglieder der städtischen Exekutive, sowie drei der sechs Neuenburger Vertreterinnen und Vertreter in der Bundesversammlung, Céline Vara von den Grünen sowie Philippe Bauer und Damien Cottier von der FDP. Die Liberalen.¹⁴²

Die Teilnahme von Staatsrätinnen und Staatsräten, Parlamentarierinnen und Parlamentariern sowie Mitgliedern der Grünen Partei an der Greenwashing-Aktion

eines der weltweit grössten Tabakkonzerne ist besonders beunruhigend, handelt es sich doch um ein Unternehmen mit einem riesigen CO2-Fussabdruck, das eines der umweltschädlichsten Produkte der Welt verkauft.¹⁴³ Diese Art der Unterstützung durch Regierungsvertreterinnen und -vertreter trägt dazu bei, die CSR- und Nachhaltigkeitsmarketingmethoden der Industrie zu legitimieren, während gleichzeitig Fehlinformationen über eine der umweltschädlichsten Industrien der Welt verbreitet werden. Céline Vara, Mitglied der Grünen Partei, erklärte: «Diese Art von Initiative ist notwendig und andere Unternehmen im Kanton Neuenburg sollten sich davon inspirieren lassen».¹⁴²

9. Die Regierung akzeptiert Unterstützung/Unterstützungsangebote der Tabakindustrie bei der Durchsetzung von Gesetzen, z. B. bei der Durchführung von Razzien gegen Tabaksmuggel oder bei der Durchsetzung von rauchfreien Zonen oder Verkaufsverboten an Minderjährige. (einschliesslich finanzieller Unterstützung für diese Aktivitäten). (Rec 4.3)

I

Solche Vereinbarungen sind nicht bekannt.
Diese Frage ist – wie Punkt 4 – für die Schweiz nicht relevant und sollte beim Vergleich mit anderen Ländern aus dem Total herausgerechnet werden.

10. Die Regierung akzeptiert, unterstützt, befürwortet oder geht Partnerschaften oder unverbindliche Vereinbarungen mit der Tabakindustrie oder anderen Organisationen ein, die sich für deren Interessen einsetzen. (Rec 3.1)
HINWEIS: Dabei darf es sich nicht um CSR, Durchsetzungsmassnahmen oder die Entwicklung einer Tabakkontrollpolitik handeln, da diese bereits in den vorherigen Fragen behandelt wurden.

5

Die Regierung hat wiederholt die Interessen der Tabakindustrie unterstützt.

A. Bundesebene

An einer Medienkonferenz vom 9. Dezember 2021 hat Bundesrat Alain Berset die offizielle Haltung der Schweizer Regierung zur Volksinitiative «Kinder und Jugendliche ohne Tabakwerbung» bekannt gegeben und die Ablehnung der Initiative empfohlen. Es ist bekannt, dass Bundesrat Berset ein vehementer Befürworter strengerer Gesetze zur Eindämmung des Tabakkonsums ist, aber der Bundesrat arbeitet nach dem Kollegialitätsprinzip: Von den Bundesräten wird erwartet, dass sie öffentlich die Entscheide und Positionen der Regierungsmehrheit unterstützen, unabhängig von ihrer persönlichen Meinung in dieser Frage.

Die Nationalräte Damien Cottier und Mike Egger erklärten im Sinne der Parlamentsmehrheit, die Tabakwerbung selbst sei ein wichtiger Bestandteil der Schweizer Wirtschaft. Mike Egger fügte hinzu, Erwachsene seien selbst für ihre Gesundheit verantwortlich und sollten auch selbst entscheiden, welche legalen Genussmittel sie konsumierten.¹⁴⁴

B. Partnerschaften zwischen Regierung, Universitäten, Forschungsinstituten und der Industrie

Auch öffentliche Einrichtungen wie Universitäten gehen Partnerschaften mit Tabakunternehmen ein. Am 23. Februar 2023 kündigte die Eidgenössische Technische Hochschule Zürich (ETH Zürich) auf ihrer Webseite unter «News & Veranstaltungen» die Veröffentlichung einer neuen Studie mit dem Titel « Wo Giftstoffe aus Tabak die DNA angreifen» an. Im News-Artikel wird darauf hingewiesen, dass die Studie sowohl vom Tabakunternehmen PMI als auch vom Schweizerischen Nationalfonds (SNF) finanziert wurde.¹⁴⁵ Die Studie untersuchte, wie bestimmte chemische Substanzen die DNA verändern können. Im Fokus stand Benzpyren – ein, wie es in der Zusammenfassung heisst, «allgegenwärtiges Umweltkarzinogen», das in hohen Konzentrationen im Tabakrauch vorkommt.¹⁴⁶ Benzpyren ist ein polyzyklischer aromatischer Kohlenwasserstoff, der bei der unvollständigen Verbrennung von organischem Material bei Temperaturen zwischen 300 °C und 600 °C entsteht. Dass Benzpyren eine der Hauptursachen für Lungenkrebs ist, ist in der wissenschaftlichen Literatur gut dokumentiert.¹⁴⁷ Bei genauer Lektüre wird sowohl in der Studie als auch im News-Artikel auf der ETH-Webseite betont, dass Benzpyren vor allem beim Tabakrauchen entsteht bzw. «bei der Verbrennung von Tabak entsteht».¹⁴⁶

Wie überall im Bereich der öffentlichen Gesundheit müssen sich auch Expertinnen und Experten der Tabakkontrolle und -überwachung mit der Wirkung von Sprache und Wortwahl auseinandersetzen. In jüngster Zeit ist der Tabakmarkt immer vielfältiger geworden, und die Tabakindustrie wirbt damit, dass ihre «neuen Produkte» «rauchfrei» (smoke-free) und weniger schädlich als Zigaretten seien. Multinationale Tabakkonzerne wie PMI und JTI verwenden in ihrer Kommunikation Begriffe wie «risikoärmere Produkte», «innovative Produkte» und «rauchfrei» und suggerieren damit wesentliche Verbesserungen gegenüber älteren Produkten (Zigaretten), die mit Krankheit und Tod in Verbindung gebracht werden.¹⁴⁸

Die Studie der ETH weist zwei grundsätzliche Probleme auf. Erstens sind unter den Autoren des Artikels drei Mitarbeitende von Philip Morris (Julia Hoeng, Nicolas Sierrro, Nikolai V. Ivanov). Alle drei gehören auch zu den sechs Personen, die «die Studie konzipiert und überwacht» haben. Besonders problematisch ist, dass nicht bekannt ist, inwieweit sie den Inhalt der Studie beeinflussen haben könnten, um die Ziele ihres Arbeitgebers zu stützen. Evidenz ist ein soziales Konstrukt, und der gewählte Rahmen einer Studie, ihre Problemdefinition und die Wahl der Sprache beeinflussen die daraus resultierende Kommunikation der Risiken. **Die Tabakindustrie verfolgt seit langem eine klare Strategie zur Finanzierung von Forschungsarbeiten, die ihren kommerziellen Interessen zugutekommen.**¹⁴⁹ Das zweite Problem ist die Finanzierung der Studie durch PMI und der Umfang und Anteil der Finanzierung durch PMI im Verhältnis zur Finanzierung durch den SNF (Projektnummer 185020, 186332). Im News-Artikel auf der ETH-Webseite heisst es: « Der Konzern beteiligte sich auch an der Finanzierung der Forschung. Weitere Fördergelder für diese Studie stammten vom Schweizerischen Nationalfonds».¹⁴⁵ Indem die ETH das Engagement von PMI auf ihrer Webseite deutlich hervorhebt, bietet sie PMI eine Werbepattform und ermöglicht PMI, die Zusammenarbeit mit einer renommierten Schweizer Hochschule für eigene Kommunikationszwecke zu nutzen. Der SNF ist eine privatrechtliche Stiftung, die im Auftrag des Bundes die Forschung fördert und finanziert. Die ETH Zürich ist eine öffentlich-rechtliche Anstalt, die direkt von der Schweizerischen Eidgenossenschaft finanziert und beaufsichtigt wird. Sie ist somit als Bundesinstitution zu betrachten.¹⁵⁰

Im März 2023 reichte die Arbeitsgemeinschaft Tabakprävention Schweiz (AT Schweiz) eine offizielle Beschwerde beim Präsidenten des SNF ein. Darin wurden ethische Bedenken bezüglich der Kofinanzierung von Forschungsprojekten mit der Tabakindustrie geäussert und zusätzliche

Informationen verlangt, zum Beispiel über die Anzahl der in Zusammenarbeit mit der Tabakindustrie finanzierten Forschungsprojekte und die ethischen Grundsätze für solche Kooperationen. Einen Monat später antwortete der Präsident des SNF in einem Schreiben, dass der Studienleiter der erwähnten Studien weder Angaben über eine geplante Zusammenarbeit mit PMI oder eine Kofinanzierung durch PMI gemacht noch den SNF über eine Beteiligung von Mitarbeitenden von PMI am Projekt informiert habe. Der SNF verfüge über ein strenges Reglement zur Wahrung der Werte der Forschungsfreiheit und der Unabhängigkeit der Forschung. Da der dringende Verdacht bestehe, dass diese Regeln verletzt worden seien, untersuche der SNF den Fall. Schliesslich beabsichtigt der Präsident des SNF, weitere ethische Richtlinien einzuführen und den Umgang des SNF mit ethischen Fragen zu verbessern.¹⁵¹ Wie der Bericht der Universität Genf aus dem Jahr 2004 nach dem berüchtigten Fall Ragnar Rylander klar festhält, «kann die Tabakindustrie nicht als glaubwürdiger Partner in der unabhängigen wissenschaftlichen Forschung betrachtet werden».^{152 153}

Schweizerisches Institut für Bioinformatik (SIB):

Das SIB ist ein Zusammenschluss von Bioinformatik-Forschungs- und Dienstleistungsgruppen der wichtigsten Schweizer Hochschulen und renommierten Schweizer Forschungsinstitutionen.¹⁵⁴ 63 % der Mittel des SIB stammen von der öffentlichen Hand, davon 41 % (11.4 Millionen Franken) vom Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI).¹⁵⁵ Auf der Webseite des SIB ist zu lesen: «Das Management und die Support-Teams des SIB werden durch den Bund sowie durch die Erbringung interner Dienstleistungen finanziert.»¹⁵⁶ Zu den Partnern gehören alle namhaften Schweizer Universitäten sowie Agroscope (vgl. Punkt 3).¹⁵⁴

Der Stiftungsrat des SIB ist das oberste Organ des Instituts. Er hat Aufsichtsbefugnisse und ist unter anderem zuständig für die Änderung der Statuten des SIB, die Ernennung der Gruppenleiter und die Genehmigung des jährlichen Budgets und Finanzberichts. Zu den Mitgliedern des Stiftungsrats gehören die Präsidentin Simone de Montmollin, die auch Mitglied des Nationalrats ist, und das Gründungsmitglied Prof. Manuel Peitsch, Chief Scientific Officer Research bei PMI.¹⁵⁷

Leider verleihen solche Kooperationen zwischen staatlichen Stellen, akademischen Forschungseinrichtungen und der Industrie PMI eine unverdiente wissenschaftliche Glaubwürdigkeit und Sichtbarkeit, die auch dazu dient, weitere Interaktionen mit der Tabakindustrie zu legitimieren.

Die Tabakindustrie ist seit langem in der Lage, die Wissenschaft zu beeinflussen und zu verzerren. Eine ihrer wichtigsten Taktiken zur Untergrabung der Gesundheitspolitik ist die Erstellung und Verbreitung irreführender Forschungsergebnisse und Informationen. Briggs und Vallone (2022) schreiben: «Die Tabakindustrie infiltriert einmal mehr die Wissenschaft und stellt eine direkte Bedrohung für die wichtige Arbeit unvoreingenommener Wissenschaftler im Bereich der Tabakkontrolle dar. Mit der Einführung der populären E-Zigaretten und anderen neuen Nikotinprodukten hat sich die Tabakindustrie in ein selbsternanntes, besorgtes Unternehmen verwandelt – und in eines, das alles daransetzen wird, seine neuen Produkte zu stützen, während es sich glaubwürdigen wissenschaftlichen Erkenntnissen widersetzt.»¹⁵⁸

C. Kantonale Ebene

JTI ist Partner in der Wirtschaftsförderung des Kantons Luzern. Die Wirtschaftsförderung Luzern ist nach dem Public-Private-Partnership-Modell organisiert und laut Webseite engagieren sich «der Kanton Luzern, alle Luzerner Gemeinden sowie Netzwerkpartner aus Wirtschaft und Industrie finanziell und ideell für einen wachsenden Wirtschafts- und Wohnstandort Luzern».¹⁵⁹

Erwähnenswert ist, dass Luzern in der Gemeinde Dagmersellen eine grosse Zigarettenfabrik der JTI beherbergt.

INDIKATOR 5: Transparenz

11. Die Regierung legt Treffen/Interaktionen mit der Tabakindustrie nicht offen, wo solche Interaktionen für die Regulierung oder Gesetzgebungsprozesse erforderlich wären. (Rec 2.2)

5

Es gibt kein Gesetz, das die Regierung zur proaktiven Offenlegung von Treffen oder Interaktionen mit der Tabakindustrie verpflichtet. Die Transparenzgesetze des Bundes und der Kantone sehen eine beschränkte Offenlegung durch Anträge auf Informationsfreiheit vor.

Zu den bekannt gewordenen Fällen gehören die Geheimhaltung der Treffen zwischen dem BAFU und den Tabakkonzernen PMI, BAT, JTI, Swiss Cigarette und Swiss Tobacco (vgl. Punkt 5), die Verwaltungsratssitzungen der Fenaco oder die Sitzungen des alle zwei Jahre stattfindenden SGV-Gewerbekongress 2022, an denen hochrangige Regierungsvertreterinnen und Regierungsvertreter teilnahmen (vgl. Punkt 3).

Am 19. Dezember 2022 leitete ein Schweizer Parlamentarier der Arbeitsgemeinschaft Tabakprävention Schweiz (AT Schweiz) eine Einladungs-E-Mail von PMI an alle französischsprachigen Mitglieder des eidgenössischen Parlaments weiter.¹⁶⁰ In der E-Mail mit dem Titel «Einladung | 8. Februar 2023 | Die Schweizer Tabakindustrie – quo vadis? Ein Austausch mit Philip Morris und SwissTabac» schreiben PMI und SwissTabac: «Die Schweizer Tabakindustrie ist mit einem sich ständig verändernden wirtschaftlichen und regulatorischen Umfeld konfrontiert. Die angekündigte Schliessung der Tabakproduktionsstätte im Kanton Jura, die Weiterentwicklung der landwirtschaftlichen Praktiken und die zunehmenden Einschränkungen bei der Vermarktung von Tabakprodukten sind Herausforderungen, denen sich die Branche stellen muss. Philip Morris Schweiz lädt in Zusammenarbeit mit SwissTabac am Mittwoch, 8. Februar 2023, von 15.15 bis 19.00 Uhr in das Forschungs- und Entwicklungszentrum von PMI, den Cube in Neuenburg, ein, um den Standort zu besichtigen, Expertinnen und Experten anzuhören und über das Thema zu diskutieren. Im Anschluss an die Diskussionen findet ein Aperitif-Dinner statt.»¹⁶⁰ Auf dem Programm stand eine Besichtigung der Anlage, gefolgt von einer langen Reihe von Vorträgen:

- Michel Heitzmann, Präsident SOTA,
- Fabrice Bersier, Präsident SwissTabac,
- Francis Egger, Vizedirektor des Schweizerischen Bauernverbands und Generalsekretär von SwissTabac,
- François Thoenen, Director External Affairs Philip Morris Schweiz,
- Jean-Christophe Britt, Head Scientific & Regulatory Affairs Philip Morris Schweiz.

Bei diesem Treffen sollten folgende Themen erörtert werden: die Tabakproduktion in der Schweiz, die «Vision» von PMI, Alternativen zur traditionellen Zigarette und – was besonders bezeichnend ist – es wurde klar zum Ausdruck gebracht, dass man über «politische Dossiers» sprechen wolle.

Die Tagesordnung dieses Treffens wurde Journalisten zugespielt. Diese begannen, Fragen zu stellen. Als PMI davon erfuhr, sagten sie die Veranstaltung ab. Stattdessen fanden eine geschlossene Sitzung mit einer kleineren Gruppe von Mitgliedern der Bundesversammlung, mehrere bilaterale Treffen mit

einzelnen Mitgliedern und Dinner-Veranstaltungen während der Frühjahrsession des Parlaments statt.

Diese Interaktionen zwischen gewählten Volksvertreterinnen und Volksvertretern und der Tabakindustrie waren nicht zwingend notwendig, es wurden keine Sitzungsprotokolle veröffentlicht und die Treffen scheinen in privaten Räumlichkeiten stattgefunden zu haben bzw. hätten dort stattfinden sollen.

Diese Art von verdecktem Lobbying ist umso erwähnenswerter, als die eidgenössischen Räte derzeit über eine Teilrevision des Tabaksteuergesetzes beraten, bei der die Industrie ein fundamentales Interesse an der Beibehaltung des Status quo hat.

Einsichtersuchen auf kantonaler Ebene

Um herauszufinden, welche formellen Verbindungen die Tabakindustrie zu den lokalen Behörden in der Schweiz unterhält, hat AT Schweiz – gestützt auf das Öffentlichkeitsgesetz – bei den lokalen Behörden den Zugang zu öffentlichen Dokumenten über Treffen, Kooperationen, Sponsoring oder Vereinbarungen mit der Tabakindustrie seit 2021 beantragt. Die meisten Kantone haben Öffentlichkeitsgesetze erlassen, die für alle Ebenen der kantonalen Verwaltung gelten. Aufgrund des Steuergeheimnisses sind Informationen im Zusammenhang mit Steuern nicht erlaubt. Grundlage für die Auswahl der Gemeinden war die Präsenz von Akteuren der Tabakindustrie in ihrem Zuständigkeitsbereich, was die Wahrscheinlichkeit von Verbindungen zur Industrie erhöht. JTI ist in den Kantonen Genf und Luzern sowie in den Gemeinden Genf und Dagmersellen LU vertreten. PMI ist in den Kantonen Neuenburg und Waadt sowie in den Gemeinden Lausanne (VD) und Neuenburg vertreten. BAT ist im Kanton Jura tätig. Die Zugangsgesuche wurden an die kantonalen Staatskanzleien sowie an diejenigen kantonalen Behörden gerichtet, die am ehesten im Visier der Tabakindustrie stehen, d. h. an die für Wirtschaft, Gesundheit, Kultur, Sport, Umwelt, Infrastruktur und Entwicklung zuständigen Behörden. Auf kommunaler Ebene wurden die Zugangsgesuche ausschliesslich an die Gemeindeverwaltung der entsprechenden Gemeinden gerichtet. Auf Anfragen zu Steuervergünstigungen wurde aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen verzichtet.

Insgesamt wurden 35 standardisierte Zugangsgesuche per E-Mail verschickt, in denen um Informationen oder Dokumente zu Vereinbarungen, Verträgen, Partnerschaften oder anderen Abkommen und zu Treffen mit der Tabakindustrie sowie zu Sponsoring und Spenden seit dem 1. Januar 2021 gebeten wurde. Die Zugangsgesuche richteten sich auch an alle autonomen Einrichtungen, die in den Zuständigkeitsbereich der Behörde fallen.

Bisher sind 20 Antworten eingegangen. Eine Antwort wurde mit der Begründung verweigert, dass im Kanton Luzern kein Auskunftsrecht bestehe, da das Öffentlichkeitsgesetz keine entsprechende Rechtsgrundlage enthalte. Zwei Anfragen aus demselben Kanton wurden jedoch vollständig beantwortet.

Insgesamt gaben 14 Behörden an, keine Vereinbarungen mit der Tabakindustrie zu haben, und acht gaben an, keine Treffen mit der Tabakindustrie abgehalten zu haben. Sechs Behörden gaben an, dass Treffen stattgefunden haben, fünf Behörden gaben an, dass informelle Treffen stattgefunden haben, über die kein Protokoll geführt wurde, und eine Behörde sagte, dass formelle Treffen zu arbeitsrechtlichen Fragen stattgefunden haben, die unter das Datenschutzgesetz fallen.

Die Behörden des Kantons Jura und der Stadt Lausanne bezeichneten die von ihnen organisierten Treffen als Standardverfahren mit allen in ihrem Zuständigkeitsbereich tätigen Unternehmen und Branchen. Der Kanton Neuenburg gab an, ein jährliches Treffen mit «einem in der Tabakindustrie tätigen Unternehmen» abzuhalten, über das keine Aufzeichnungen geführt werden. Die Stadt Lausanne führt keine Protokolle über ihre regelmässigen Treffen – darunter vor allem Mittagessen – mit der Tabakindustrie. In der Antwort der Stadt Genf wird jegliche Verbindung zur Tabakindustrie bestritten, jedoch die Tatsache verschwiegen, dass zwei Vertreter des Parlaments der Gemeinde (Conseil municipal) im Verwaltungsrat einer von JTI finanzieren Kinderbetreuungseinrichtung sass. Acht Behörden sind nicht bereit, für die autonomen Einrichtungen in ihrem Zuständigkeitsbereich zu antworten und weisen darauf hin, dass alle Zugangsgesuche an die Einrichtungen selbst zu richten sind.

Diese Rückmeldungen aus den Zugangsgesuchen deuten darauf hin, dass die Tabakindustrie formelle Vereinbarungen oder Treffen eher vermeidet und offenbar informelle Beziehungen zu lokalen Behörden/Regierungen in der Schweiz bevorzugt. Dies stünde im Einklang mit ähnlichen informellen Praktiken von Lobbyisten der Tabakindustrie, die an anderer Stelle in diesem Bericht beschrieben wurden. Ob das Öffentlichkeitsgesetz und die entsprechenden kantonalen Gesetze dabei eine Rolle spielen, ist nicht bekannt.

Es war uns nicht möglich, Zugangsgesuche an autonome Stellen zu richten, was bedeutet, dass ein grosser Teil der staatlichen Aktivitäten, die in der Schweiz häufig an autonome Institutionen oder Einrichtungen delegiert werden, hier nicht erfasst ist. Uns sind zahlreiche autonome Kultur- und Umwelteinrichtungen wie das Grand Théâtre oder das MAMCO in Genf bekannt, die direkt von der Tabakindustrie finanziert werden. Die Tatsache, dass die Stadt Genf in ihrer Antwort ihre engen Beziehungen zur Tabakindustrie über eine gemeinsame soziale Einrichtung verschweigt, könnte auch darauf hindeuten, dass die Behörden nicht in der Lage sind, angemessen auf Zugangsgesuche zu reagieren, und dass eine aggressivere Weiterverfolgung der Angelegenheit notwendig wäre.

12. Die Regierung verlangt Vorschriften für die Offenlegung oder Registrierung von Unternehmen der Tabakindustrie, angeschlossenen Organisationen und Einzelpersonen, die in deren Namen handeln, einschliesslich Lobbyisten. (Rec 5.3)								5
---	--	--	--	--	--	--	--	---

Es gibt zwar allgemeine Regeln für die Offenlegung von Informationen, diese sind jedoch nicht tabakspezifisch. Ausserdem weisen sie Mängel auf, die ausgenutzt werden können.

In Artikel 11 des Bundesgesetzes über die Bundesversammlung (Parlamentsgesetz, ParlG) heisst es: «Beim Amtsantritt und jeweils auf Jahresbeginn unterrichtet jedes Ratsmitglied das Büro schriftlich über seine:

- a. beruflichen Tätigkeiten; falls das Ratsmitglied Arbeitnehmerin oder Arbeitnehmer ist, so sind die Funktion und die Arbeitgeberin oder der Arbeitgeber anzugeben;
- b. weiteren Tätigkeiten in Führungs- und Aufsichtsgremien sowie Beiräten und ähnlichen Gremien von schweizerischen und ausländischen Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des privaten und des öffentlichen Rechts;
- c. Beratungs- oder Expertentätigkeiten für Bundesstellen;

- d. dauernden Leitungs- oder Beratungstätigkeiten für schweizerische und ausländische Interessengruppen;
- e. Mitwirkung in Kommissionen und anderen Organen des Bundes.

Bei Tätigkeiten nach Absatz 1 Buchstaben b–e gibt das Ratsmitglied an, ob es sich um ein ehrenamtliches oder bezahltes Mandat handelt. Spesenentschädigungen fallen nicht in Betracht.

Die Parlamentsdienste erstellen ein öffentliches Register über die Angaben der Ratsmitglieder.»¹⁶¹⁻¹⁶³

Diese Regel soll sicherstellen, dass die Öffentlichkeit weiss, wie die Zugehörigkeit von Parlamentsmitgliedern ihre Entscheidungen beeinflussen kann. Die Regel gilt für alle Interessenverbindungen, nicht nur für solche mit der Tabakindustrie. Ausserdem ist diese Massnahme auf die Mitglieder der Bundesversammlung beschränkt. Sie gilt nicht für Regierungsbeamtinnen und -beamten. Die Vorschrift zählt explizit die Situationen auf, für die sie gilt, und beschränkt sich damit auf bestimmte Arten von potenziellen Interessenkonflikten, was grosse Schlupflöcher zulässt.

So muss beispielsweise der Besitz eines grossen Portfolios von Tabakaktien nicht gemeldet werden; Management- oder Beratungsfunktionen für schweizerische oder ausländische Interessengruppen müssen nur gemeldet werden, wenn sie «dauerhaft» sind, usw. Es handelt sich eher um einen Ehrenkodex: Es gibt keine Sanktionen für unterlassene oder irreführende Angaben. Da diese Regel leicht ignoriert werden kann, kann sie nicht als zuverlässig angesehen werden. **Folglich gibt es keine wirksame Vorschrift, die politische Entscheidungsträgerinnen und -träger dazu verpflichtet, ihre Verbindungen zu Unternehmen der Tabakindustrie oder zu Einzelpersonen, einschliesslich Lobbyisten, die in im Namen der Tabakindustrie handeln, offen zu legen. Eine solche Vorschrift ist derzeit auch nicht geplant.**

INDIKATOR 6: Interessenskonflikt

13. Die Regierung verbietet der Tabakindustrie oder anderen Akteuren, die ihre Interessen vertreten, keine Zuwendungen an politische Parteien, Kandidatinnen und Kandidaten oder Wahlkampagnen und verlangt keine vollständige Offenlegung solcher Beiträge. (Rec 4.11) / NIE 5 JA						5
--	--	--	--	--	--	---

In der Schweiz gibt es keine nationale Gesetzgebung, die Zuwendungen (jeglicher Art) der Tabakindustrie an politische Kandidatinnen und Kandidaten, Parteien oder Kampagnen verbietet oder deren vollständige Offenlegung vorschreibt. Die Schweiz ist das einzige Land im Europarat, das keine Gesetze zur Regelung der politischen Finanzierung erlassen hat. Nur wenige Kantone haben eigene Gesetze verabschiedet.¹⁶⁴ So hat der Kanton Schaffhausen 2020 eine Initiative für «Transparenz in der Parteienfinanzierung» angenommen. Die Initiative verlangt, dass die Parteien ihre Wahl- und Abstimmungsbudgets sowie die Namen der Personen und Unternehmen, die ihnen mehr als 3'000 Franken pro Jahr spenden, offenlegen müssen.¹⁶⁵

Die Finanzierungsproblematik zeigte sich besonders deutlich bei der Kampagne der Initiative «Kinder und Jugendliche ohne Tabakwerbung», die von einer Koalition von Organisationen des öffentlichen Gesundheitswesens lanciert wurde, die sich für eine strengere Tabakkontrolle und einen besseren

Schutz von Kindern einsetzen. Die Koalition sammelte über 100'000 Unterschriften und erzwang eine Abstimmung über einen neuen Verfassungsartikel, der Tabakwerbung, die Kinder erreichen könnte, verbietet. Am 13. Februar 2022 wurde die vorgeschlagene Verfassungsänderung mit 57 % der abgegebenen Stimmen angenommen. Die Befürworterinnen und Befürworter der Initiative verfügten über ein Budget von rund einer Million Franken, was für eine nationale Kampagne als eher bescheiden gilt. Die Gegner der Initiative hatten deutlich tiefere Taschen. AT Schweiz schätzt ihr Budget auf mindestens 6 Millionen Franken. Die Nein-Kampagne war also präsenter und sichtbarer. Christophe Berdat, Sprecher von PMI, weigerte sich offenzulegen, wie viel sein Unternehmen in die Nein-Kampagne investiert hat.¹⁶⁶ AT Schweiz schätzt, dass der grösste Teil der Finanzierung der Nein-Kampagne direkt von der Tabakindustrie kam.

14. Hochrangige Regierungsangestellte im Ruhestand sind Teil der Tabakindustrie (ehemalige Bundesratsmitglieder, Regierungsrätinnen und Regierungsräte, Staatsanwälte). (Rec. 4.4)

5

Die Verbindungen zwischen Personen, die in der Politik tätig sind, und der Tabakindustrie sind oft komplex und schwer nachzuvollziehen, da sie in der Regel nicht öffentlich gemacht werden. Es konnten jedoch mehrere ehemalige Bundesangestellte aufgefunden werden, die heute der Tabakindustrie angehören.

Christophe Berdat ist zwar kein Regierungsmitglied, aber ein einflussreiches Mitglied und ehemaliger Generalsekretär der FDP.Die Liberalen Schweiz. Er kam 2002 zu BAT, ist seit 2008 bei PMI und seit 2022 Manager Fiscal Affairs and Sustainability bei PMI.¹⁶⁷

Caroline de Buman ist ehemalige Geschäftsleiterin der Eidgenössischen Beschaffungskonferenz (BKB). Die BKB ist das Strategieorgan der Bundesverwaltung für die Bereiche Güter- und Dienstleistungsbeschaffung. Sie nimmt insbesondere Aufgaben im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung des öffentlichen Beschaffungswesens des Bundes, der Nachhaltigkeit, der Politik sowie der Aus- und Weiterbildung im öffentlichen Beschaffungswesen wahr.¹⁶⁸ Caroline de Buman ist während mehr als 10 Jahren als Beisitzerin am Kantonsgericht Freiburg tätig. Seit August 2018 ist sie bei PMI als Senior Manager Corporate Affairs angestellt. In ihrem LinkedIn-Profil heisst es: «Seit 15 Jahren initiiere und leite ich Projekte für Verbände, Institutionen und Regierungen und koordiniere und konsolidiere die Interessen verschiedener Interessengruppen aus dem privaten und öffentlichen Sektor».¹⁶⁹

Thomas Borer, ehemaliger Schweizer Botschafter, leitet heute eine Beratungsfirma, zu deren Kunden JUUL gehört.¹⁷⁰

Professor Claude Jeanrenaud, ehemaliges Mitglied der Eidgenössischen Kommission für Tabakprävention, wurde von Philip Morris angeheuert, um zusammen mit KPMG am Projekt Stella zu arbeiten, das einen umstrittenen Bericht über den illegalen Zigarettenhandel in der EU, dem Vereinigten Königreich und der Schweiz veröffentlichte.^{171 172}

Ein weiteres Beispiel für einen «Seitenwechsel» ist die Berufung einer Führungskraft eines Tabakkonzerns auf einen prestigeträchtigen Posten an einer der grossen Schweizer Hochschulen und Forschungszentren. Ursula Oesterle ist seit März 2021 neue Vizepräsidentin für Innovation an

der Eidgenössischen Technischen Hochschule Lausanne (EPFL). Zuvor war sie Director of External Innovation & Transformation bei PMI, eine Position, die sie seit Januar 2016 innehatte.¹⁷³ Im Juni 2020 hielt Frau Oesterle als offizielle Vertreterin von PMI im Rahmen der renommierten Global Lecture Series der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich (ETH Zürich) einen Vortrag zum Thema Innovation. Innovation ist das Schlüsselwort, mit dem PMI seine erhitzten Tabakerzeugnisse als angeblich «gesündere» Alternative zu Zigaretten bewirbt. Frau Oesterle ist Absolventin der ETH Zürich. Dieses Beispiel zeigt auch, dass die grossen Tabakkonzerne enge Verbindungen zu akademischen Netzwerken unterhalten und sich aktiv an diesen beteiligen. Es ist daher nicht verwunderlich, dass Institutionen, die denselben akademischen Kreisen angehören, Forschungsgelder von Tabakunternehmen wie PMI annehmen (vgl. Punkt 10).

Caroline Kuyper, die 13 Jahre lang, von 1988 bis 2001, für PMI tätig war, war von 2015 bis 2017 stellvertretende Direktorin und Leiterin Ressourcen und Internationales im Bundesamt für Statistik (BFS), von 2017 bis 2021 Vizepräsidentin für Finanzen der EPFL und von 2021 bis 2023 stellvertretende Vizepräsidentin für Beteiligungen/Shareholdings der EPFL.¹⁷⁴⁻¹⁷⁶

Der so genannte Drehtüreffekt, bei den Politiker:innen oder Regierungsangestellte Jobs in der Tabakindustrie annehmen und umgekehrt, ist eine der vielen verdeckten Taktiken der Tabakindustrie in der Schweiz. Durch die Anstellung von ehemaligen Regierungsangestellten als Lobbyistinnen und Lobbyisten, insbesondere von solchen mit weitreichenden Beziehungen, profitiert die Industrie von deren politischen Netzwerken. Zudem können sie wichtige Informationen über politische Initiativen und laufende Regulierungsverfahren liefern.¹⁷⁷ Umgekehrt erhält die Regierung durch die Beschäftigung von Personen, die früher in der Tabakindustrie tätig waren, Zugang zu und Einblick in interne Regierungsprozesse.

15. <u>Gegenwärtige Regierungsangestellte</u> und deren Angehörige besetzen Positionen in der Tabakindustrie, einschliesslich Beratungspositionen. (Rec 4.5, 4.8, 4.10)						5
---	--	--	--	--	--	---

Gegenwärtig gibt es keine Vorschriften, die es Regierungsangestellten verbieten, Ämter zu bekleiden oder Beratungen mit der Tabakindustrie oder für die Tabakindustrie durchzuführen.

A. Das komplexe Netzwerk der Tabakindustrie reicht auf nationaler Ebene weit in die Schweizer Regierung hinein.

Gregor Rutz ist Präsident des Verbands des Schweizerischen Tabakhandels Swiss Tobacco und seit 2012 Nationalrat. Welche Funktionen National- und Ständeräte neben ihrer politischen Arbeit ausüben, bleibt der Öffentlichkeit oft verborgen. Lobbywatch Schweiz, ein gemeinnütziger Verein, illustriert und analysiert die Verbindungen der Ratsmitglieder zu externen Unternehmen, Verbänden und Institutionen. Ihre Recherchen zeigen: **Die Tabaklobby verfügt über 27 Verbindungen ins Parlament, davon 11 zur SVP, 10 zur FDP (rechtskonservativ) und 6 zu Die Mitte (sozialkonservativ).**¹⁷⁸ Der bereits erwähnte Bericht von Transparency Schweiz weist darauf hin, dass die tatsächliche Zahl der Verbindungen in die Bundesversammlung viel höher ist.

Diese Verflechtungen zwischen Parlamentsmitgliedern und der Tabakindustrie verdeutlichen deren Einfluss auf die Gestaltung der öffentlichen Gesundheitspolitik.

SOTA:

Das Genossenschaft der SOTA, die unter der Aufsicht des BAZG den inländischen Tabakanbau fördert, ist eng mit der Tabakindustrie verbunden. Didier Saner, Generaldirektor von SOTA bis 2021, arbeitete auch in der Finanzabteilung von BAT.¹⁷⁹ Der derzeitige technische Direktor, Gernot-Viktor Alber, hat häufig mit der Tabakindustrie zusammengearbeitet, indem er landwirtschaftliche Tabakforschung mit BAT und PMI durchführte oder Forschung betrieb, die von BAT und PMI unterstützt wurde.^{180–182} Auch die Vorstandsmitglieder von SOTA haben direkte Verbindungen zur Industrie: Christian Kölliker ist sowohl Vorstandsmitglied als auch seit 27 Jahren bei JTI beschäftigt, und Brenda Ponsignon arbeitet bei BAT (vgl. Punkt 3).

B. Kantonale Ebene (Gliederstaaten)

Andreane Jordan Meier war bis Februar 2023 Direktorin des Departements für Wirtschaftsförderung und Innovation des Kantons Waadt. Zuvor war sie Corporate Regulatory Affairs Manager bei BAT.¹⁸³ In einem Artikel der Zeitung Le Temps wurde Andreane Meier als ehemalige Lobbyistin der Tabakindustrie bezeichnet.¹⁸⁴ Die Tabakindustrie ist im Kanton Waadt stark vertreten, da sich die Hauptsitze von BAT und PMI in der Stadt Lausanne befinden.¹⁸⁵ Die Stellungnahmen zur eidgenössischen Vernehmlassung über Tabakprodukte und E-Zigaretten wurden im Kanton Waadt übrigens nicht vom Gesundheitsdepartement, sondern von Andreane Jordan Meier und dem Volkswirtschaftsdepartement verfasst.¹⁸⁶ Laut einer Medienmitteilung des Kantons Waadt hat Meier entschieden, ihre Karriere in der Privatwirtschaft fortzusetzen.¹⁸⁷

INDIKATOR 7: Präventive Massnahmen

16. Die Regierung hat ein Verfahren zur Offenlegung der Aufzeichnungen über den Austausch mit der Tabakindustrie und ihren Vertretern eingeführt (z. B. Tagesordnung, teilnehmende Personen, Protokolle und Ergebnisse). (Rec 5.1)							5
Die Schweizer Regierung hat keine Richtlinien oder Programme eingeführt und ist auch nicht dabei, solche Richtlinien oder Programme zu entwickeln.							
17. Die Regierung hat einen Verhaltenskodex für Beamtinnen und Beamten formuliert, angenommen oder umgesetzt, der die Standards vorschreibt, die sie bei ihren Beziehungen zur Tabakindustrie einhalten sollten. (Rec 4.2)							5
Die Schweizer Regierung hat keinen Verhaltenskodex verabschiedet oder formuliert, der Standards für den Umgang mit der Tabak- und/oder E-Zigarettenindustrie oder deren Vertreterinnen und Vertreter vorschreibt.							
18. Die Regierung verlangt von der Tabakindustrie die regelmässige Berichterstattung über Tabakproduktion, Herstellung, Marktanteile, Marketingausgaben, Einnahmen und alle anderen Aktivitäten, einschliesslich Lobbying, Philanthropie, politische Beiträge und alle anderen Aktivitäten. (5.2)							5

Die Schweizer Regierung hat keine solche Bestimmung oder Massnahme und ist nicht dabei, ein solches Reglement zu entwickeln.

19. Die Regierung verfügt über ein Programm/ein System/einen Plan zur konsequenten^{vii} Sensibilisierung ihrer Abteilungen hinsichtlich der Leitlinien gemäss Artikel 5.3 des FCTC. (Rec I.1, I.2)

5

Die Schweizer Regierung hat kein solches Programm, kein solches System und keinen solchen Plan.

20. Die Regierung hat eine Vorschrift erlassen, die die Annahme jeglicher Form von Beiträgen/Geschenken der Tabakindustrie (in Form von Geld oder sonstigen Zuwendungen) verbietet, einschliesslich Unterstützungsangebote, Entwürfe für politische Massnahmen oder Einladungen zu Studienbesuchen, die der Regierung, ihren Behörden, Beamtinnen und Beamten und deren Angehörigen angeboten werden. (3.4)

4

Das Bundespersonalgesetz (BPG) verbietet es Bundesangestellten, für sich oder für andere Geschenke oder sonstige Vorteile zu beanspruchen, anzunehmen oder sich versprechen zu lassen, wenn dies im Rahmen des Arbeitsverhältnisses geschieht (Art. 21 Abs. 4 BPG). Artikel 93 der Bundespersonalverordnung präzisiert, dass Geschenke und Zuwendungen, deren Marktwert 200 Franken übersteigt, verboten sind.

Bundesangestellten, Angestellten, die an einem Beschaffungs- oder Entscheidungsprozess beteiligt sind, ist auch die Annahme von geringfügigen und sozial üblichen Vorteilen (die einen Marktwert von 200 Franken nicht übersteigen) untersagt, wenn:

- a. der Vorteil offeriert wird von:
 1. einer effektiven oder potenziellen Anbieterin oder einem effektiven oder potenziellen Anbieter,
 2. einer Person, die an einem Entscheidungsprozess beteiligt oder davon betroffen ist; oder
- b. ein Zusammenhang zwischen der Vorteilsgewährung und dem Beschaffungs- oder Entscheidungsprozess nicht ausgeschlossen werden kann.

In Artikel 93 heisst es weiter, dass Angestellte, die ein Geschenk aus Höflichkeit nicht ablehnen können, dieses der zuständigen Behörde gemäss Artikel 2 abzugeben haben. Die Annahme aus Höflichkeit muss im Gesamtinteresse des Bundes liegen. Zudem muss die Annahme und etwaige Verwendung solcher Geschenke durch die zuständige Stelle nach Artikel 2 zum Nutzen der Schweizerischen Eidgenossenschaft erfolgen.¹⁸⁸

Die Annahme von Geschenken und Vorteilen durch Angestellte der kantonalen Regierungen wird durch deren eigene Gesetzgebung geregelt, die der Bundesgesetzgebung ähnlich ist. Zu beachten ist, dass diese Regeln nicht für Mitglieder der Legislative wie National- oder Ständeräte gelten, die bei privaten Unternehmen angestellt sind oder ein eigenes Unternehmen haben.

Die Bestimmungen des Schweizerischen Strafgesetzbuches, welche die Bestechung unter Strafe stellen (insbesondere Art. 322^{sexies} 385), können auch für Parlamentsmitglieder gelten, wenn der Vorteil im Hinblick auf die Erfüllung ihrer Amtspflichten gewährt wird. Mit anderen Worten:

Amtsträgerinnen und Amtsträger können der Vorteilsannahme für schuldig befunden werden, unabhängig davon, ob die Person, die den Vorteil gewährt hat, der Vorteilsgewährung für schuldig befunden werden kann.¹⁸⁹

Es gibt keine expliziten Regeln, die es Regierungsangestellten oder gewählten Vertretern verbieten, Unterstützung von Dritten anzunehmen, wie zum Beispiel Entwürfe politischer Vorstösse oder die Beratung durch Expertinnen und Experten. Studienreisen fallen unter die Annahme eines Vorteils (siehe oben).

TOTAL SCORE	90
--------------------	-----------

Appendix: Informationsquellen

	WICHTIGSTE MULTINATIONALE TABAKUNTERNEH MEN	EINGETRAGENE UNTERNEHMEN	Kanto n	ANTEIL AM ZIGARETTENM ARKT (2015)	QUELLE
I	British American Tobacco	AD Tabacs International SA	JU	38.8 %	WIPO Global Brand Database
		American-Cigarette Company (Overseas) Limited	JU		WIPO Global Brand Database
		Rothmans of Pall Mall Limited	JU		https://www.dnb.com/business-directory/company-profiles.american-cigarette-company-%28overseas%29-limited.897535fd098ffa961b188c000bc38cb4.html
		British American Tobacco Switzerland SA	JU		http://www.bat.ch/ https://www.davidoff-cigarettes.ch/ https://www.gauloises.ch/ https://www.epok.ch/ https://www.kent.ch/ https://www.luckystrike.ch/ https://www.parisienne.ch/
		Nicoventures Communications (Switzerland) SA	JU		https://www.govype.ch/

		BAT Switzerland Vending SA	JU		http://www.batvending.ch/
		Intertab SA	FR		
		Fonds social de British American Tobacco Switzerland SA	JU		
		Fondation British American Tobacco Switzerland	JU		http://www.bat.ch/group/sites/BAT_A4KKEC.nsf/vwPagesWebLive/DOA2THQR
2	Japan Tobacco International	JT International SA	GE	17.8 %	https://www.jti.com/
		JT International AG Dagmersellen	LU		https://www.camel.ch/ https://www.winston.ch/ https://logicvapes.ch/
		The JTI Foundation	LU		http://jtifoundation.org/
3	Philip Morris International	Philip Morris Products SA	NE	43.4 %	https://www.pmi.com/ https://www.marlboro.ch/ https://www.chesterfield.ch/ https://ch.iqos.com/
		Philip Morris Brands Sàrl	NE		-
		PMI Engineering SA	NE		

		Philip Morris Investments Sàrl	NE		
		Philip Morris World Trade Sàrl	VD		
		Philip Morris Exports Sàrl	VD		
		Philip Morris Services India Sàrl	VD		
		Philip Morris Taiwan SA	VD		
		Philip Morris Holdings Sàrl	VD		
		Philip Morris Finance SA	VD		
		Philip Morris International Services Sàrl	VD		
		Philip Morris SA	VD		
4	Swedish Match	Swedish Match Switzerland AG	ZG	0 %	

		Swedish Match Treasury Switzerland AG	LU		
5	Oettinger Davidoff	Oettinger Davidoff Holding AG	BS	0 %	http://oettingerdavidoff.com/
		Oettinger Davidoff AG	BS		
		Davidoff & Cie SA	GE		https://twitter.com/davidoffgeneva
		A. Dürr & Co. AG	BS		https://de.davidoffgeneva.ch/

	FÜHRENDE MEDIEN/ZEITUNGEN	Form (Print/Online)	URL
1	Aargauer Zeitung	Print+Online	https://www.aargauerzeitung.ch/
2	20 Minuten, 20 Minutes and 20 Minuti	Print+Online	https://www.20min.ch/
3	Neue Zürcher Zeitung (NZZ)	Print+Online	https://www.nzz.ch/
4	Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG) <ul style="list-style-type: none"> • Schweizer Radio Fernsehen (German) • Radio Télévision Suisse (French) • Radiotelevisione Svizzera (Italian) 	Air+TV+Online	https://www.srf.ch/ https://www.rts.ch/ https://www.rsi.ch/ https://www.swissinfo.ch/

	SWI swissinfo.ch (u. a. auf Englisch)		
5	Le Temps	Print+Online	https://www.letemps.ch/
6	Tagesanzeiger	Print+Online	https://www.tagesanzeiger.ch/

	WICHTIGSTE VERBÜNDETE DER TABAKINDUSTRIE/ TARNORGANISATIONEN	TYP (FRONTGRUPPE, LOBBYGRUPPE, MITGLIEDORGANISATION, EINZELPERSON)	Quelle
1	Eliminating Child Labour in Tobacco-Growing (ECLT) Foundation	Frontgruppe. 2001 gegründete Schweizer Stiftung mit Sitz in Genf, Schweiz. Die ECLT ist Mitglied des <i>Global Compact</i> der Vereinten Nationen und hat einen besonderen Beraterstatus beim Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen. Es handelt sich um eine Tarnorganisation, die vollständig von der Tabakindustrie finanziert und kontrolliert wird. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) hat im Oktober 2019 alle Partnerschaftsabkommen mit ECLT gekündigt, da sie ECLT als Teil der Tabakindustrie betrachtet.	https://ge.ch/hrcintapp/externalCompanyReport.action?companyOfsUid=CHE-109.569.011 https://ge.ch/hrcintapp/rdfisFile?id=14073632200000066031012 https://www.eclt.org/en https://tobaccotactics.org/wiki/eclt/
2	International Network of Nicotine Consumer Organisations (INNCO)	Frontgruppe. Im Jahr 2019 bezeichnete sich INNCO als eine globale Koalition von gemeinnützigen Verbraucherschutzorganisationen und erklärte, ihr Ziel sei es, «die Konsumentinnen und Konsumenten von alternativen, risikoarmen Nikotinprodukten zu vertreten und die Schadensminimierung beim Tabakkonsum auf globaler Ebene zu fördern»	https://tobaccotactics.org/wiki/international-network-of-nicotine-consumer-organisations-innco/ https://innco.org/
3	Swiss Cigarette	Mitgliedsorganisation. Branchenverband der drei grössten in der Schweiz tätigen multinationalen Tabakkonzerne (BAT, JTI und PMI).	http://www.swiss-cigarette.ch/ Statuten Swiss cigarette mit Schiedsgerichtskonvention: https://www.oxysuisse.ch/files/public/docs/20090701-swiss-cigarette-statuts-avec-convention-d'arbitrage.pdf

		<p>Gemäss Statuten bezweckt der Verband Folgendes:</p> <p>a) Wahrung der Rechte und Interessen in Bezug auf die freie Herstellung, Vermarktung und Kommunikation von Produkten für erwachsene Konsumentinnen und Konsumenten</p> <p>Regeln für Werbung und Verkaufsförderung aufzustellen und deren Einhaltung durch die Mitglieder zu überwachen, um ein verantwortungsbewusstes Marketing zu fördern</p> <p>b) Initiativen zur Prävention des Tabakkonsums bei Minderjährigen zu unterstützen</p> <p>c) Vertretung der Mitglieder gegenüber Behörden und nationalen, öffentlichen und privaten Organisationen</p> <p>d) die Mitglieder über regulatorische Fragen, die für die Tabakindustrie von Interesse sind, zu informieren</p>	<p>Vereinbarung zur Selbstregulierung: https://www.oxysuisse.ch/files/public/docs/20180201-accord-autoreglementation.pdf</p>
4	SwissTabac	<p>Mitgliederorganisation. SwissTabac ist die Dachgenossenschaft der Tabakbauern in der ganzen Schweiz. Die Kooperative ist für die Organisation der Produktion in Bezug auf Qualität und Quantität sowie für den Berufsschutz ihrer Mitglieder verantwortlich.</p>	<p>https://www.swisstabac.ch/</p>
5	Vereinigung des schweizerischen Tabakwarenhandels / Communauté du commerce suisse en tabacs (Swiss Tobacco Trade Community)	<p>Mitgliederorganisation. Die Vereinigung des Schweizerischen Tabakwarenhandels ist die Dachorganisation von Unternehmen und Organisationen des schweizerischen Gross- und Einzelhandels mit Tabakwaren. Sie vertritt deren Interessen gegenüber den Behörden, der Tabakindustrie sowie der Öffentlichkeit und ist dabei insbesondere der Stärkung und der Erhaltung der privatwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung verpflichtet. Entsprechend setzt sie sich für eine massvolle und</p>	<p>https://www.swiss-tobacco.ch/</p>

		vernünftige Regulierung von Tabakprodukten ein.	
6	Verein Schweizerischer Rauchtabak-Fabrikanten VSRF / Association suisse des fabricants de tabac à fumer (Swiss Association of Smoking Tobacco Manufacturers)	Mitgliederorganisationen. Vereinigung, deren Mitglieder die beiden schweizerischen Tabakhersteller Burger & Söhne und Villiger sind. Mitgliederorganisationen mit gleichem Präsidenten und gleicher Adresse (Reinach/AG).	
7	Verband Schweizerischer Zigarrenfabrikanten VSZ / Association suisse des fabricants de cigars (Swiss Association of Cigar Manufacturers)		
8	Allianz der Wirtschaft für eine massvolle Präventionspolitik (AWMP) / Alliance des milieux économiques pour une politique de prévention modérée (AEPM) (Business alliance for a moderate prevention policy)	Frontgruppe. Die Allianz wurde unter der Schirmherrschaft des Schweizerischen Gewerbeverbands (sgv) gegründet, der in den letzten 30 Jahren der wichtigste und treueste Verbündete der Tabakindustrie in der Schweiz und ihr politischer Arm für Interventionen in die schweizerische Gesundheitspolitik war (sein Präsident ist Mitglied des Nationalrats). In Anerkennung der Tatsache, dass «die Hauptstärke des sgv sein starkes organisatorisches Netzwerk auf kantonaler Ebene in allen Kantonen ist», wurde die Branchenorganisation, «einer der wichtigsten wirtschaftspolitischen Spitzenverbände», von der Tabakindustrie ausgewählt, um die Koalition gegen die Tabakpräventionsregulierung anzuführen, die formell als Allianz der Wirtschaft für eine massvolle Präventionspolitik, kurz AWMP, gegründet wurde. Zu den regulären Mitgliedern der Allianz gehören JTI und die Vereinigung des Schweizerischen Tabakwarenhandels, zu	https://www.awmp.ch/home

		den unterstützenden Mitgliedern Swiss Cigarette und die Schweizerische Volkspartei (SVP), die nationalkonservative, rechtspopulistische Partei mit der stärksten Vertretung im Schweizer Parlament.	
9	IG Freiheit/ Communauté d'intérêts Priorité Liberté (Community of interest Freedom First)	Dieser Think Tank wird vom Präsidenten der Vereinigung des Schweizerischen Tabakwarenhandels geleitet. Seine Mitglieder sind mit einer Ausnahme alle aktuelle oder ehemalige Mitglieder des Schweizer Parlaments. Sie versteht sich als «überparteilicher Zusammenschluss von Persönlichkeiten, die sich für die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger und gegen den Erlass unnötiger staatlicher Regulierungen einsetzen». Und weiter: Die IG Freiheit «prangert die staatliche Regulierungswut öffentlich an und appelliert an die Selbstverantwortung jedes Einzelnen. Sie bekämpft den Erlass unnötiger Gesetze, Verbote und Vorschriften – auf nationaler, kantonaler und lokaler Ebene». Und dient damit auch den Interessen der Tabakindustrie.	https://www.freiheit-liberte.ch/home.html

	Behörde	Angabe, wenn mehr als ein Amt, oder Person an dieser Funktion beteiligt ist:	Quelle
1	Bundespräsident	Alain Berset	https://www.admin.ch/gov/de/start/bundespraesidium.html
2	Bundesrat (Regierung, Exekutive)	Alain Berset (2023 Präsidium), Ignazio Cassis, Karin Keller-Sutter, Viola Amherd, Albert Rösti, Elisabeth Baume-Schneider (alle sind für ein anderes Departement verantwortlich)	https://www.admin.ch/gov/de/start/bundesrat/mitglieder-des-bundesrates.html
3	Landwirtschaft / Nationale Tabakbehörde	Bundesamt für Landwirtschaft (BLW)	https://www.blw.admin.ch/blw/de/home.html

4	Zölle	Eidgenössische Zollverwaltung (EZV)	https://www.bazg.admin.ch/bazg/de/home/informationen-firmen/inland-abgaben/tabaksteuer.html
5	Bildungswesen	Das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF)	https://www.admin.ch/gov/de/start/departemente/departement-fuer-wirtschaft-bildung-forschung-wbf.html
6	Umwelt	Bundesamt für Umwelt (BAFU)	https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home.html
7	Finanzen/ Einnahmen/ Investitionen/ Verbrauchsteuer	Eidgenössische Zollverwaltung (EZV)	https://www.bazg.admin.ch/bazg/de/home/informationen-firmen/inland-abgaben/tabaksteuer.html
8	Gesundheit	Bundesamt für Gesundheit (BAG)	https://www.bag.admin.ch/bag/de/home.html
9	Statistik – Arbeitskräfteerhebung	Bundesamt für Statistik (BFS)	https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/arbeits-erwerb/erhebungen/sake.html
10	Handel und Industrie/ Investitionen	Eidgenössische Zollverwaltung (EZV)	https://www.bazg.admin.ch/bazg/de/home.html

Bibliographie:

- 1 Zagà V, Cattaruzza MS, Gallus S. Nicotine in IQOS: what Philip Morris does not say. *Tabaccologia* 2022;20: 7–9.
- 2 Lee CY, Glantz SA. *The tobacco industry's successful efforts to control tobacco policy making in Switzerland, 2001*. <https://escholarship.org/uc/item/09t535s7>.
- 3 Joossens L, Olefir L, Feliu A, Fernandez E. The Tobacco Control Scale 2021 in Europe, 2022.
- 4 Swiss Cigarette. Anfrage Handelszeitung vom 12 2015.
- 5 Swiss Cigarette. Factsheet à propos des membres de Swiss Cigarette et du marché suisse des cigarettes 2023.
- 6 Farcher R, Syleouni ME, Vinci L, Mattli R. Burden of smoking on disease-specific mortality, DALYs, costs: the case of a high-income European country. *BMC Public Health* 2023;23: 698.
- 7 Jakob J, Cornuz J, Diethelm P. Prevalence of tobacco smoking in Switzerland: do reported numbers underestimate reality? *Swiss medical weekly* 2017;147: w14437.
- 8 AT Switzerland. Daten & Zahlen, 2022. <https://www.at-schweiz.ch/en/knowledge/data-figures?lang=en> (accessed 4 May 2023).
- 9 AT Schweiz. Ein Nikotinsunami überrollt unsere Schulplätze, A tsunami of nicotine is flooding our schools, 2023. <https://www.at-schweiz.ch/news-medien/news?id=183&Ein-Nikotinsunami-berrollt-unsere-Schulpltze> (accessed 4 May 2023).
- 10 Vital Strategies. Crooked Nine: Nine ways the tobacco industry undermines health policy, 2019. <https://exposetobacco.org/resources/crookednine/>.
- 11 World Health Organization. Committee of Experts on Tobacco Industry Documents. *Tobacco company strategies to undermine tobacco control activities at the World Health Organization : report of the Committee of Experts on Tobacco Industry Documents*: World Health Organization, 2000. <https://apps.who.int/iris/handle/10665/67429>.
- 12 WHO. EU ban on microplastics stubs out cigarette butt pollution: News release, 2022. <https://www.who.int/europe/news/item/30-05-2022-eu-ban-on-microplastics-stubs-out-cigarette-butt-pollution> (accessed 29 Mar 2023).
- 13 Global Center for Good Governance in Tobacco Control (GGTC). Handbook on Implementation of WHO FCTC Article 5.3: Policies and Practices that Protect Against Tobacco Industry Interference (2021) | GGTC, 2021. <https://ggtc.world/library/handbook-on-implementation-of-who-fctc-article-53-policies-and-practices-that-protect-against-tobacco-industry-interference-2021> (accessed 15 Aug 2023).
- 14 Ash. Tobacco Advertising and Promotion in the UK - ASH, 2023. <https://ash.org.uk/resources/view/tobacco-advertising-and-promotion-in-the-uk> (accessed 17 Mar 2023).
- 15 Campaign for Tobacco-Free Kids. Canada | Tobacco Control Laws, 2021. <https://www.tobaccocontrolaws.org/legislation/canada> (accessed 17 Mar 2023).
- 16 Directorate-General for Health and Food Safety EU Commission. Ban on cross-border tobacco advertising and sponsorship: Public Health, 2023. https://health.ec.europa.eu/tobacco/ban-cross-border-tobacco-advertising-and-sponsorship_en (accessed 17 Mar 2023).
- 17 Bundesrat und Parlament. *Bundesrat und Parlament empfehlen Volksinitiative «Kinder und Jugendliche ohne Tabakwerbung» zur Ablehnung und befürworten indirekten Gegenvorschlag*, 2021. <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-86342.html> (accessed 17 Mar 2023).

- 18 Bundesamt für Gesundheit (BAG). Tabakwerbung: Vergleich geltende Regelung, Initiative und indirekter Gegenvorschlag 2021.
- 19 Fedlex. FF 2020 6837 - Message concernant l'initiative populaire «Oui à la protection des enfants et des jeunes contre la publicité pour le tabac (enfants et jeunes sans publicité pour le tabac)», 2020. <https://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/2020/1895/fr> (accessed 2 Jun 2023).
- 20 Gregor Rutz. *Gregor Rutz: Nationalrat, ZH*. <https://www.svp.ch/partei/personen/detail/gregor-rutz/>.
- 21 Vereinigung des Schweizerischen Tabakwarenhandels. *Über Uns* 22.03. <https://www.swiss-tobacco.ch/ueber-uns/>.
- 22 The Swiss Parliament. Ratsbiographie Gregor Rutz, 2021.
- 23 Parlement suisse. Obligation de signaler les intérêts. <https://www.parlament.ch/fr/%C3%BCber-das-parlament/portrait-du-parlament/deputes/statut-juridique-des-deputes/obligation-de-signaler-les-interets> (accessed 11 Apr 2023).
- 24 Alex Biscaro DB. *Lobbying in der Schweiz: Verdeckter Einfluss, Heikle Verflechtungen, Privilegierter Zugang*, 2019.
- 25 parlament.ch. Germann Hannes | Ständerat | Ratsmitglied | Das Schweizer Parlament, 2023. <https://www.parlament.ch/de/biografie/hannes-germann/825> (accessed 17 Mar 2023).
- 26 Häuptli L. Schlotet, freie Schweizer, schlotet!: Die Schweiz ist ein Zigarettenparadies. Warum die Tabakindustrie so wenig reguliert wird - und wie sie davon profitiert. *Republik* 2022.
- 27 Parlamentsdienste / Services du Parlement / Servizi del Parlamento. Zutrittberechtigte SR.
- 28 Swiss Cigarette. Geschäftsstelle | Swiss Cigarette, 2023. <https://www.swiss-cigarette.ch/de/ueber-uns/geschaeftsstelle.html> (accessed 17 Mar 2023).
- 29 Susanne Brunner. Susanne Brunner, 2023. <https://susanne-brunner.ch/> (accessed 17 Mar 2023).
- 30 parlament.ch. Gmür Alois | Nationalrat | Ratsmitglied | Das Schweizer Parlament, 2023. <https://www.parlament.ch/de/biografie/alois-gm%C3%BCr/4096> (accessed 2 Jun 2023).
- 31 Swiss Cigarette. Autorégulation | Swiss Cigarette, 2023. <https://www.swiss-cigarette.ch/fr/themes/autoregulation.html> (accessed 2 Jun 2023).
- 32 Schweizerische Lauterkeitskommission. Über uns – Faire-Werbung, 2023. <https://www.faire-werbung.ch/de/ueberuns/#experten> (accessed 17 Mar 2023).
- 33 SDA. Nein-Komitee bezeichnet Initiative zu Tabakwerbeverbot als extrem. *FM / Today* 2022.
- 34 Fedlex. Änderung des Tabaksteuergesetzes Vernehmlassung 2022.
- 35 Fedlex. Abgeschlossene Vernehmlassungen - 2022, 2023. https://www.fedlex.admin.ch/de/consultation-procedures/ended/2022#https://fedlex.data.admin.ch/eli/dl/proj/2022/25/cons_1 (accessed 17 Mar 2023).
- 36 Fedlex. Teilrevision Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten (TabPG, BBl 2021 2327) 2022.
- 37 BAG BfG. Neues Tabakproduktegesetz, 2023. <https://www.bag.admin.ch/bag/de/home/strategie-und-politik/politische-auftraege-und-aktionsplaene/politische-auftraege-zur-tabakpraevention/tabakpolitik-schweiz/tabpg.html> (accessed 17 Mar 2023).

- 38 fenaco. 2021: Geschäftsbericht der fenaco Genossenschaft, 2022. <https://www.fenaco.com/media/1992/download>.
- 39 Schweizerischer Gewerbeverband sgv | Dachorganisation der Schweizer. Schweizerischer Gewerbeverband sgv - Gewerbekongress: KMU, www.sgv-usam.ch, 2022. <https://www.sgv-usam.ch/events/gewerbekongress> (accessed 17 Mar 2023).
- 40 AWMP, www.awmp.ch Allianz der Wirtschaft für eine massvolle Präventionspolitik. Home, 2019. <https://www.awmp.ch/home> (accessed 28 Jun 2023).
- 41 AEPM, www.awmp.ch Alliance des milieux économiques pour une politique de prévention modérée. Membres AEPM, 2023. <https://www.awmp.ch/fr/membres-aepm> (accessed 28 Jun 2023).
- 42 economiesuisse. Guiding Principles, 2023. <https://www.economiesuisse.ch/en/guiding-principles> (accessed 31 Mar 2023).
- 43 economiesuisse. How we work, 2023. <https://www.economiesuisse.ch/en/how-we-work> (accessed 31 Mar 2023).
- 44 economiesuisse. Board, 2023. <https://www.economiesuisse.ch/en/board> (accessed 31 Mar 2023).
- 45 economiesuisse. Managing Director's Committee, 2023. <https://www.economiesuisse.ch/en/managing-directors-committee> (accessed 31 Mar 2023).
- 46 Centre Patronal. über uns - Centre Patronal, 2023. <https://www.centrepatronal.ch/de/uber-uns/> (accessed 4 Apr 2023).
- 47 SwissTabac. Home - SwissTabac, 2023. <https://swisstabac.ch/de/home/> (accessed 4 Apr 2023).
- 48 BLW BfL. Organisation, Präsidium und Mitglieder, 2023. <https://www.blw.admin.ch/blw/de/home/das-blw/forschung-und-beratung/Forschung/organisation.html> (accessed 4 Apr 2023).
- 49 Lobbywatch.ch. Francis Egger, 2023. <https://lobbywatch.ch/de/daten/zutrittsberechtigter/79/Francis%20Egger> (accessed 4 Apr 2023).
- 50 Schröder A, Heyer J, Hochstrasser M, Brugger D, Wirth J. Bekämpfungsstrategien gegen das Erdmandelgras: Resultate aus dem Agridea-Projekt EMG 2016–2019 2021.
- 51 AGRIDEA. Nischenproduktion, 2021. <https://www.srva.ch/de/themen/pflanzenbau/nischenproduktion/> (accessed 4 Apr 2023).
- 52 Hascher H, Droz P. AGRIDEA-Taetigkeitsbericht_22 2022.
- 53 SwissTabac. Tabac: une récolte particulièrement compliquée, 2021. <https://www.agrihebdo.ch/news/tabac--une-recolte-particulierement-compliquee/8685> (accessed 1 May 2023).
- 54 Tobacco Tactics. UNITAB - TobaccoTactics, 2020. <https://tobaccotactics.org/article/unitab/> (accessed 1 May 2023).
- 55 digitalswitzerland. About digitalswitzerland, 2023. <https://digitalswitzerland.com/what-is-digitalswitzerland/> (accessed 2 Jun 2023).
- 56 WHO. WHO Framework Convention on Tobacco Control (WHO FCTC), 2023. [https://www.who.int/europe/teams/tobacco/who-framework-convention-on-tobacco-control-\(who-fctc\)](https://www.who.int/europe/teams/tobacco/who-framework-convention-on-tobacco-control-(who-fctc)) (accessed 17 Mar 2023).
- 57 Schürch K, Diethelm P, Ruggia L. Switzerland Tobacco Industry Interference Index. Global Tobacco Industry Interference Index (Global Tobacco Index), 2021. https://www.at-schweiz.ch/userfiles/files/Downloads/GTIII/Switzerland_TII%20Index_Final_en.pdf (accessed 20 Feb 2023).

- 58 Altermatt S. Aussenminister im Tabakdunst: Was wusste Ignazio Cassis über das Sponsoring von Philip Morris?: Aussenminister Ignazio Cassis sei über das Tabak-Sponsoring an der Weltausstellung 2020 nicht im Detail informiert, hiess es am Montag. Aus seinem Departement kommen allerdings widersprüchliche Aussagen. 24.07.;2019.
- 59 Kommunikation EDA. *Schweizer Auftritt an der Expo 2020 in Dubai: Bundesrat Cassis fällt Richtungsentscheid bezüglich Sponsoring-Partnerschaft: Bern, 30.07.2019 - Das EDA verfolgt die mögliche Sponsoring-Partnerschaft mit Philip Morris International (PMI) für den Schweizer Pavillon an der Expo 2020 in Dubai nicht weiter. Dies hat Bundesrat Ignazio Cassis entschieden, um das Hauptziel des Schweizer Auftritts in Dubai, die Vermittlung eines positiven Images der Schweiz, nicht in Frage zu stellen. Weiter hat Bundesrat Cassis Präsenz Schweiz beauftragt, bis Ende 2019 die bestehende Sponsoring Policy des EDA zu überarbeiten.*, 2021.
<https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-75944.html> (accessed 22 Mar 2021).
- 60 Schweizerische Lauterkeitskommission. stwp0056 - UEBERSETZUNG REGLEMENT BETREFFEND DIE WERBUNG V... - Industry Documents Library, 1992.
<https://www.industrydocuments.ucsf.edu/docs/#id=stwp0056> (accessed 28 Jun 2023).
- 61 Buillard-Marbach C, Schwenniger M. Vereinbarung mit der Schweizerischen Lauterkeitskommission: Vereinbarung zwischen Swiss Cigarette und der Schweizerischen Lauterkeitskommission, 2018. <https://www.faire-werbung.ch/dokumentation/>.
- 62 Le Nouvelliste. Une série de plaintes fait tousser fort une association antitabac. *Le Nouvelliste* 2015;2015.
- 63 Savell E, Gilmore AB, Fooks G. How does the tobacco industry attempt to influence marketing regulations? A systematic review. *PLOS ONE* 2014;9: e87389.
- 64 World Health Organization. *WHO Report On The Global Tobacco Epidemic, 2021: Addressing new and emerging products*. Geneva, 2021.
- 65 Gorrie, Buffat. R-CE Interpellation Desarzens - Puff's 2022.
- 66 Mendicino C. La pub pour le tabac épinglée mais pas punie: OxyRomandie dénonce l'absence de sanction contre les cigarettiers qui ne respectent pas les règles de promotion. *24Heures* 2015.
- 67 Francais O. *Infrarouge - Histoire d'amour et d'argent entre la Suisse et la cigarette - Play RTS* 2019. <https://www.rts.ch/play/tv/infrarouge/video/histoire-damour-et-dargent-entre-la-suisse-et-la-cigarette?urn=urn:rts:video:10719622> (accessed 28 Jun 2023).
- 68 Steimer N. Jahresbericht IGSU_2022 2023.
- 69 IGSU. Über IGSU / IGSU IG saubere Umwelt: IG saubere Umwelt, 2022.
<https://www.igsu.ch/de/ueber-igsu/ueber-igsu/> (accessed 17 Jun 2022).
- 70 Finger A. *Ergebnissicherung Runder Tisch Littering Tabakprodukte: Unofficial Documents available through Swiss association for tobacco control* 2022.
- 71 Ruggia L. Association suisse pour la prévention du tabagisme - News - La nouvelle campagne « verte » de Swiss Cigarette : entre « Greenwashing » et collecte de données privées, 2021. <https://www.at-schweiz.ch/fr/news-media/news?id=64&La-nouvelle-campagne-verte-de-Swiss-Cigarette-entre-Greenwashing-et-collecte-de-donnees-privées> (accessed 3 Apr 2023).
- 72 Patel M, Cuccia AF, Folger S, Benson AF, Vallone D, Novotny TE. Support for cigarette filter waste policies among US adults. *Tob Control* 2021: tobaccocontrol-2020-056451.
- 73 Tobacco Tactics. Greenwashing, 2022. <https://tobaccotactics.org/wiki/greenwashing/> (accessed 17 Apr 2022).

- 74 Morgan JC, Jeong M, Mendel-Sheldon J, Noar SM, Ribisl KM, Brewer NT. The impact of cigarette pack anti-littering messages. *Addictive behaviors* 2022;126: 107184.
- 75 Basel Institute on Governance. About us, 2023. <https://baselgovernance.org/about-us> (accessed 28 Jun 2023).
- 76 Basel Institute on Governance. Code of Ethics REV Final.docx 2022.
- 77 Basel Institute on Governance. Governance and Funding, 2023. <https://baselgovernance.org/about-us/governance> (accessed 28 Jun 2023).
- 78 Imperial Brands. Brands of Choice, 2023. <https://www.imperialbrandsplc.com/brands-of-choice/cigarettes>.
- 79 Tobacco Tactics. PMI IMPACT - TobaccoTactics, 2023. <https://tobaccotactics.org/article/pmi-impact/> (accessed 28 Jun 2023).
- 80 Tobacco Tactics. List of Successful PMI IMPACT Applicants - TobaccoTactics, 2020. <https://tobaccotactics.org/article/list-of-successful-pmi-impact-applicants/> (accessed 28 Jun 2023).
- 81 Basel Institute on Governance. Annual Report 2021 2022.
- 82 Basel Institute on Governance. Wildlife crime - understanding risks, avenues for action: Part 1 - Illegal wildlife trade and financial crime 2021.
- 83 Basel Institute on Governance. Wildlife crime – a resource for business: Part 2 Illegality in the exotic pet trade 2021.
- 84 Basel Institute on Governance. Wildlife crime – a learning resource: Part 3 Forest crime and the illegal timber trade 2023.
- 85 World Health Organization. *Tobacco and its environmental impact: an overview*. Geneva: World Health Organization, 2017.
- 86 Grand Theatre Geneve. *Partners*. <https://www.gtg.ch/en/sponsorship/our-partners/>.
- 87 MAMCO. *SUPPORT US* 2023. <https://www.mamco.ch/en/1031/us>.
- 88 Tobacco Tactics. Pierre de Labouchere - TobaccoTactics, 2023. <https://tobaccotactics.org/wiki/pierre-de-labouchere/> (accessed 29 Mar 2023).
- 89 Zurkirchen L. *mm-jti-wildbienenparadies-en*. <https://www.jti.com/sites/default/files/local-files/ch/english/documents/news-documents/mm-jti-wildbienenparadies-en.pdf> (accessed 13 Mar 2023).
- 90 JTI. 50 Years: JTI Dagersellen 2021;2021.
- 91 British American Tobacco Switzerland. *La Fondation British American Tobacco Switzerland* 2021. http://www.bat.ch/group/sites/BAT_A4KKEC.nsf/vwPagesWebLive/DOA2THQR.
- 92 Musée cantonal des Beaux-Arts. *Partners - Musée cantonal des Beaux-Arts*, 2023. <https://www.mcba.ch/en/partners/> (accessed 2 Jun 2023).
- 93 Bradley S. Should Swiss museums and festivals accept tobacco industry money? *swissinfo.ch* 2019.
- 94 STOP. 10 Things to Know about Big Tobacco’s Arts Sponsorship - STOP, 2021. <https://exposetobacco.org/news/big-tobacco-arts-sponsorship/> (accessed 2 Jun 2023).
- 95 PMI. Littering-Prävention, 2023. <https://www.pmi.com/markets/switzerland/de/nachhaltigkeit-engagement/littering-praevention> (accessed 21 Mar 2023).
- 96 Philip Morris International (PMI). Littering-Prävention, 2023. <https://www.pmi.com/markets/switzerland/de/nachhaltigkeit-engagement/littering-praevention> (accessed 14 Mar 2023).
- 97 Philip Morris International (PMI). PMI Launches “Our World Is Not an Ashtray” Initiative and Aims to Halve Plastic Litter from Products by 2025, 2020. <https://www.pmi.com/investor-relations/press-releases-and-events/press-releases-overview/press-release-details/?newsId=22656> (accessed 28 Jun 2023).

- 98 CARTO. Combat Litter: PMI Customer Story |, 2021. <https://carto.com/customer-stories/pmi-combat-litter> (accessed 28 Jun 2023).
- 99 World No Ashtray. Can AI help clean our cities? How artificial intelligence could help solve a big problem, 2023. <https://www.worldnoashtray.com/en/be-inspired/can-ai-help-clean-our-cities--how-artificial-intelligence-could-/> (accessed 28 Jun 2023).
- 100 Cortexia. Cortexia | Jens Rupp, 2022. <https://www.cortexia.ch/testimonial/jens-rupp/?lang=en> (accessed 28 Jun 2023).
- 101 Cortexia. Cortexia | Témoignages, ils nous font confiance, 2023. <https://www.cortexia.ch/temoignages/> (accessed 28 Jun 2023).
- 102 Geospatial World Forum. GWF-2021-Report 2022.
- 103 Innosuisse - Swiss Innovation Agency. Swiss Accelerator: Innosuisse supports 53 innovation projects by SMEs and start-ups, 2023. <https://www.innosuisse.ch/inno/en/home/media-and-events/newsroom/swiss-accelerator-decisions.html> (accessed 28 Jun 2023).
- 104 Innosuisse - Swiss Innovation Agency. Swiss Accelerator for start-ups and SMEs, 2023. <https://www.innosuisse.ch/inno/en/home/promotion-of-national-projects/swiss-accelerator.html> (accessed 28 Jun 2023).
- 105 aramis. Automatisierung de l'enfilage des feuilles de tabac - Basic data, 2022. <https://www.aramis.admin.ch/Grunddaten/?ProjectID=48662> (accessed 15 Aug 2023).
- 106 Tobacco Excise Tax, 2020. <https://www.ezv.admin.ch/ezv/en/home/information-companies/taxes-and-duties/importation-into-switzerland/tobacco-excise-tax.html>.
- 107 WHO Regional Office for Europe. Tobacco Taxation: Factsheet. https://www.euro.who.int/__data/assets/pdf_file/0007/250738/140379_Fact-sheet-Tobacco-Taxation-Eng-ver2.pdf.
- 108 Bundesamt für Gesundheit BAG, Abteilung Prävention nichtübertragbarer Krankheiten, ed. *Hohe Preise senken den Konsum: Die Tabakbesteuerung ist eine wirksame Präventionsmassnahme. Ein hoher Preis wirkt vor allem bei jungen Menschen, denn er reduziert den Konsum. Der Ertrag aus der Tabakbesteuerung wird für die Finanzierung der AHV verwendet.*, 2020. <https://www.bag.admin.ch/bag/de/home/strategie-und-politik/politische-auftraege-und-aktionsplaene/politische-auftraege-zur-tabakpraevention/tabakpolitik-schweiz/tabaksteuer.html> (accessed 2 Dec 2020).
- 109 Tobacco Tactics S. The Price We Pay: Six Industry Pricing Strategies That Undermine Life_Saving Tobacco Taxes 2023.
- 110 Buman D de, ed. *Tabaksteuergesetz. Änderung Loi sur l'imposition du tabac. Modification*, 2016. <https://www.parlament.ch/fr/ratsbetrieb/amtliches-bulletin/amtliches-bulletin-die-verhandlungen?SubjectId=38977>.
- 111 Velarde Crézé C, Lebon L, Duperrex O, Faivre V, Pasche M, Cornuz J. Nouvelles cigarettes électroniques jetables « puffs » : consensus d'expert-e-s sur leur réglementation: New puff-like disposable electronic cigarettes: expert consensus on their regulation. *Revue medicale suisse* 2023;19: 181–5.
- 112 *Aufhebung des Verkaufsverbots bei Snus: Bern, 11.6.2019 - Snus (Mundtabak) darf neu in der Schweiz vertrieben werden. Die Aufhebung des Verkaufsverbots geht aus einem Bundesgerichtsentscheid vom 27. Mai 2019 hervor, der am 11. Juni 2019 veröffentlicht wurde.*, 2019. <https://www.bag.admin.ch/bag/de/home/das-bag/aktuell/news/news-011-06-2019.html>.
- 113 SwissTabac. Chiffres - SwissTabac, 2022. <https://swisstabac.ch/chiffres-graphiques/> (accessed 31 Mar 2023).
- 114 *Bundesgesetz über die Tabakbesteuerung, vom 1969* (Stand am 2017). https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/1969/645_665_663/fr.

- 115 Dobler M. *Le Conseil fédéral peut-il imaginer refondre le système d'imposition et de subventionnement de la culture du tabac?: 19.3637 Interpellation* 2019.
- 116 BAG BfG. Hohe Preise senken den Konsum, 2022. <https://www.bag.admin.ch/bag/de/home/strategie-und-politik/politische-auftraege-und-aktionsplaene/politische-auftraege-zur-tabakpraevention/tabakpolitik-schweiz/tabaksteuer.html> (accessed 31 Mar 2023).
- 117 FOCBS, Federal Office for Customs and Border Security. Federal Office for Customs and Border Security, 2023. <https://www.bazg.admin.ch/bazg/en/home.html> (accessed 31 Mar 2023).
- 118 lettrafot. Schweizer Tabakpflanzer: Vom Aussterben bedroht? *Tabak, Drinks and more* 2021.
- 119 *Importance économique de l'industrie du tabac pour la Suisse: Rapport 9. À l'intention de la Commission de la sécurité sociale et de la santé publique du Conseil des États (CSSS-E)*. Berne, 2019.
- 120 Friedli D. Schweizer Tabak: Das Kraut, das niemand braucht: Schweizer Raucher subventionieren mit Millionen Tabak, der sich nicht zum Rauchen eignet. 2019.
- 121 *Verordnung über die Produzenten- und Fabrikantenpreise für Inlandtabak: 916.116.4*, 1996. https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/1997/435_435_435/de.
- 122 Portal ARH People and institutions. Alber, Gernot--DB6151, 2023. https://www.historerurale.ch/pers/personnes/Alber,_Gernot__DB6151.html (accessed 31 Mar 2023).
- 123 lettrafot. Tabak aus der Schweiz. *Tabak, Drinks and more* 2022.
- 124 Olivier Pauchard, , , swissinfo.ch. Tabak oder ein sterbendes Stück Schweizer Kultur. *swissinfo.ch* 2015.
- 125 U.S. National Cancer Institute and World Health Organization. *The Economics of Tobacco and Tobacco Control: IN COLLABORATION WITH WORLD HEALTH ORGANISATION*. Bethesda, MD, US / Geneva, 2016. <https://cancercontrol.cancer.gov/brp/tcrb/monographs/monograph-21>.
- 126 *Directive 2014/40/UE*, 2014.
- 127 BAG BfG. E-Zigaretten Politik in den Kantonen, 2023. <https://www.bag.admin.ch/bag/de/home/strategie-und-politik/politische-auftraege-und-aktionsplaene/politische-auftraege-zur-tabakpraevention/tabakpolitik-kantone/e-zigarette.html> (accessed 31 Mar 2023).
- 128 BLV, Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen. E-Zigaretten, 2022. <https://www.blv.admin.ch/blv/de/home/gebrauchsgegenstaende/e-zigaretten.html> (accessed 31 Mar 2023).
- 129 BAG BfG. E-Zigaretten Politik in den Kantonen, 2021. <https://www.bag.admin.ch/bag/de/home/strategie-und-politik/politische-auftraege-und-aktionsplaene/politische-auftraege-zur-tabakpraevention/tabakpolitik-kantone/e-zigarette.html#:~:text=E%2DZigaretten%20fallen%20momentan%20in%20den%20Geltungsbereich%20des%20Lebensmittelgesetzes.&text=Das%20Bundesgesetz%20zum%20Schutz%20vor,in%20der%20Schweiz%20vertrieben%20werden.> (accessed 11 Feb 2022).
- 130 Gemeinde Dagmersellen. Gemeinderat – Gemeinde Dagmersellen, 2023. <https://dagmersellen.ch/gemeinde/politik/gemeinderat/> (accessed 24 Mar 2023).
- 131 FSIO, Federal Social Insurance Office. Tasks of the FSIO, 2023. <https://www.bsv.admin.ch/bsv/en/home/fsio/aufgaben.html> (accessed 3 Apr 2023).
- 132 compenswiss. compenswiss: Home, 2023. <https://www.compenswiss.ch/en/home> (accessed 3 Apr 2023).

- 133 Maurisse M, Giroud F, Rudaz M. Charbon, pétrole et tabac: Nos cotisations AVS ne font pas du bien à la planète. *Tamedia Publications romandes S.A.* 2023.
- 134 Maurisse M. Caisses de pensions publiques: Compenswiss et Publica refusent de lâcher les cigarettiers. *24 Heures* 2023.
- 135 Bundesamt für Gesundheit (BAG), Abteilung Prävention nichtübertragbarer Krankheiten. Zahlen & Fakten: Tabak, 2023.
<https://www.bag.admin.ch/bag/de/home/zahlen-und-statistiken/zahlen-fakten-zu-sucht/zahlen-fakten-zu-tabak.html> (accessed 15 Feb 2021).
- 136 EPA EP. Berufliche Vorsorge, 2023.
<https://www.epa.admin.ch/epa/de/home/themen/berufliche-vorsorge.html> (accessed 3 Apr 2023).
- 137 parlament.ch. 22.3292 | Investiert die Publica noch in die Tabakindustrie? | Amtliches Bulletin | Das Schweizer Parlament, 2022.
<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/amtliches-bulletin/amtliches-bulletin-die-verhandlungen?SubjectId=57826> (accessed 2 Jun 2023).
- 138 Bohm A. Lungenliga: Pensionskasse des Bundes investiert in Tabakkonzerne. *Nau.ch* 2023.
- 139 STOP. What Big Tobacco's Environmental, Social and Governance Reports Are Missing - STOP, 2022. <https://exposetobacco.org/news/environmental-social-and-governance-esg/> (accessed 2 Jun 2023).
- 140 Staff R. Norway expels 17 tobacco producers from SWF. *Reuters Media* 2010.
- 141 Plozza E. Klimakompensation unter Druck - Myclimate reagiert auf Kritik und ändert eigenes Wording, 2023. <https://www.srf.ch/news/schweiz/klimakompensation-unter-druck-myclimate-reagiert-auf-kritik-und-aendert-eigenes-wording> (accessed 1 May 2023).
- 142 Erard L-O. Neutralité carbone certifiée pour Philip Morris: Le cigarettier, qui cherche à améliorer son image, réduit ses émissions de CO2. Le site neuchâtois est le deuxième du groupe à obtenir un label de neutralité carbone. *Arcinfo* 2021.
- 143 STOP. Our World Is Being Burned by Tobacco - STOP, 2023.
<https://exposetobacco.org/campaigns/burned-by-tobacco/> (accessed 1 May 2023).
- 144 Schweizer Radio und Fernsehen (SRF). Initiative «Kinder ohne Tabak» - Tabakwerbeverbot: Gegner sehen Eingriff in Wirtschaftsfreiheit, 2022 (accessed 21 Mar 2023).
- 145 Bergamin F. Where do toxins from tobacco attack DNA?: It is known that toxins in tobacco smoke can change our DNA – but where exactly in the genome they do this has been a mystery. A new approach developed by researchers at ETH Zurich now brings light into the darkness. In the future, this could make it easier than ever to determine the safety of many chemical substances., 2023. <https://ethz.ch/en/news-and-events/eth-news/news/2023/02/where-do-toxins-from-tobacco-attack-dna.html> (accessed 27 Feb 2023).
- 146 Jiang Y, Mingard C, Huber SM, Takhaviev V, McKeague M, Kizaki S, et al. Quantification and Mapping of Alkylation in the Human Genome Reveal Single Nucleotide Resolution Precursors of Mutational Signatures. *ACS Cent. Sci.* 2023.
- 147 Walser T, Cui X, Yanagawa J, Lee JM, Heinrich E, Lee G, et al. Smoking and lung cancer: the role of inflammation. *Proceedings of the American Thoracic Society* 2008;5: 811–5.
- 148 O'Connor R, Durkin SJ, Cohen JE, Barnoya J, Henriksen L, Hill SE, et al. Thoughts on neologisms and pleonasm in scientific discourse and tobacco control. *Tob Control* 2021;30: 359–60.

- 149 Bero LA. Tobacco industry manipulation of research. *Public health reports (Washington, D.C. : 1974)* 2005;120: 200–8.
- 150 Swiss National Science Foundation (SNSF). National partners, 2023. <https://www.snf.ch/en/ekkTUSTNJ3bUHTkD/page/aboutus/partners/national-partners> (accessed 27 Mar 2023).
- 151 Egger M. *Response to your letter “Ethical issues raised by co-funding of SNSF Grants by Philip Morris International”*. Letter. Bern 2023.
- 152 Mauron A, Morabia A, Pergener T, Rochat T. *Rapport d’enquête dans l’affaire du Pr. Ragnar Rylander*. Genève, 2004. http://www.unige.ch/rectorat/pdf/Rapport_Rylander.pdf.
- 153 Simpson D. European Union: shock at Rylander appointment. *Tob Control* 2004;13: 323.
- 154 Flegel S. Partners, 2023. <https://www.sib.swiss/about/partners#partners-institutions> (accessed 1 May 2023).
- 155 State Secretariat for Education, Research and Innovation SERI. State Secretariat for Education, Research and Innovation, 2023. <https://www.sbf.admin.ch/sbf/en/home/seri/seri.html> (accessed 1 May 2023).
- 156 Flegel S. Funding sources, 2023. <https://www.sib.swiss/about/funding-sources> (accessed 1 May 2023).
- 157 Flegel S. Organization, 2023. <https://www.sib.swiss/about/organization> (accessed 1 May 2023).
- 158 Briggs J, Vallone D. The Tobacco Industry's Renewed Assault on Science: A Call for a United Public Health Response. *Am J Public Health* 2022;112: 388–90.
- 159 Wirtschaftsförderung Luzern. Lokal und vernetzt, 2023. <https://www.luzern-business.ch/de/das-sind-wir/netzwerkpartner?page=2>.
- 160 PMI S. *La filière tabacole suisse – quo vadis? une invitation de Philip Morris Suisse en collaboration avec SwissTabac*. Letter 2022.
- 161 Council of States. Declaration of Interests (DE), 2023. <https://www.parlament.ch/centers/documents/de/interessen-sr.pdf> (accessed 22 Mar 2021).
- 162 National Council. Declaration of Interests (DE), 2023. <https://www.parlament.ch/centers/documents/de/interessen-nr.pdf> (accessed 22 Mar 2021).
- 163 *Federal Act on the Federal Assembly: 171.10*. <https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/2003/510/en> (accessed Status as of 11 Dec 2020).
- 164 Vuilleumier M. Funding of political life in Switzerland still lacks transparency: Switzerland is known for its system of direct democracy and part-time politicians, but also for its lack of transparency when it comes to funding of political parties and campaigns. *Swissinfo* September 25,;2020.
- 165 ATS. Oui à la transparence sur le financement des partis à Schaffhouse: Une initiative des Jeunes socialistes «pour la transparence dans le financement des partis politiques» a été acceptée par 53,8%. *letemps* 9 février;2020.
- 166 Del Favero L. Tabakwerbeverbot: Lobby finanziert Nein-Komitee mit: Philip Morris & Co. lehnen sich gegen die Initiative für ein Tabakwerbeverbot auf. Dazu gehört auch eine finanzielle Unterstützung der Nein-Kampagne. *Nau.ch* 2022.
- 167 Christophe Berdat. *LinkedIn Profile Christophe Berdat* 2021. <https://www.linkedin.com/in/christophe-berdat-043304/>.
- 168 Des BKB BB. Beschaffungskonferenz des Bundes, 2023. <https://www.bkb.admin.ch/bkb/de/home.html> (accessed 24 Mar 2023).

- 169 Caroline de Buman. Caroline de Buman | LinkedIn, 2023. <https://www.linkedin.com/in/caroline-de-buman/> (accessed 24 Mar 2023).
- 170 Aargauer Zeitung. Thomas Borer ergatterte sich einen Lobbyisten-Badge für das Bundeshaus: Sie sind bei Interessenvertretern äusserst beliebt: die Zutrittsausweise zum Bundeshaus, von denen jeder Parlamentarier zwei zur Verfügung hat. Der Ex-Diplomat Thomas Borer ist nun in den Reihen der SVP fündig geworden. *Aargauer Zeitung* 05.12.;2019.
- 171 KPMG/Philipp Morris Products SA. Project Stella - Illegal Manufacturing within the EU - KPMG Report 2019.
- 172 Tobacco Tactics. KPMG - TobaccoTactics, 2021. <https://tobaccotactics.org/article/kpmg/> (accessed 28 Jun 2023).
- 173 Jeannet A. Ursula Oesterle de l'EPFL, ou la disruption par l'exemple. *Le Temps* 2022.
- 174 Caroline Kuyper. Experience | Caroline Kuyper | LinkedIn, 2023. <https://www.linkedin.com/in/caroline-kuyper-aaa4a74/details/experience/> (accessed 2 Jun 2023).
- 175 Frédéric Rauss. Caroline Kuyper nouvelle vice-présidente des finances de l'EPFL 09.12.16.
- 176 EPFL Magazine. Caroline Kuyper, vice-présidente associée pour les participations 12.11.20.
- 177 Tobacco Tactics. Revolving Door - TobaccoTactics, 2019. <https://tobaccotactics.org/wiki/revolving-door/> (accessed 24 Mar 2023).
- 178 Lobbywatch.ch. Tabak, 2023. <https://lobbywatch.ch/de/daten/lobbygruppe/133/Tabak> (accessed 24 Mar 2023).
- 179 Monetas. Didier Saner, Beaucourt, 2023. <https://www.monetas.ch/it/684/Manager-data-Didier-Saner-Trimbach-Beaucourt.htm?ident=jz%2BDeTTx8la4yAWxA8WUetMF7Lhm0IL52ZxE07fh%2FYE%3D> (accessed 31 Mar 2023).
- 180 Alber G. 1995_05_586, 1995. https://www.agrarforschungschweiz.ch/wp-content/uploads/2019/12/1995_05_586.pdf (accessed 31 Mar 2023).
- 181 M. Janoušková, N. Lugon-Moulin, F. Martin, and M. Vosátka. The Effect of Fertilization and Mycorrhiza on Cadmium Uptake by Tobacco, 2009. <https://sciendo.com/pdf/10.2478/cttr-2013-0864> (accessed 31 Mar 2023).
- 182 Keller C, Marchetti M, Rossi L, Lugon-Moulin N. Reduction of Cadmium Availability to Tobacco (*Nicotiana tabacum*) Plants using Soil Amendments in Low Cadmium-contaminated Agricultural Soils: A Pot Experiment. *Plant Soil* 2005;276: 69–84.
- 183 Andreane Jordan Meier. Andreane Jordan Meier | LinkedIn, 2023. <https://www.linkedin.com/in/ajordanmeier/> (accessed 31 Mar 2023).
- 184 Rippstein J. Andreane Jordan Meier, Vaudoise de marque. *Le Temps* SA 2018.
- 185 swissinfo.ch/mga. BAT to close cigarette making factory in Switzerland. *swissinfo.ch* 2022.
- 186 Meier AJ. Consultation fédérale: projet de révision partielle de la loi fédérale sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques | État de Vaud, 2022. <https://www.vd.ch/toutes-les-actualites/decisions-du-conseil-detat/seance-du-conseil-detat/decision/decision/b4a35a23-84dc-4f83-8375-deca5697b44f> (accessed 2 Jun 2023).
- 187 État de Vaud. Le Conseil d'Etat annonce le départ d'Andreane Jordan Meier | État de Vaud, 2022. <https://www.vd.ch/toutes-les-autorites/departements/cheffe-de-departement/service-de-la-promotion-de-leconomie-et-de-linnovation-spei/news/16348i-le-conseil-detat-annonce-le-depart-dandreane-jordan-meier> (accessed 2 Jun 2023).

- 188 Der Schweizerische Bundesrat. Bundespersonalverordnung (BPV), 2012.
<https://fedlex.data.admin.ch/filestore/fedlex.data.admin.ch/eli/cc/2001/319/20130701/de/pdf-a/fedlex-data-admin-ch-eli-cc-2001-319-20130701-de-pdf-a.pdf>.
- 189 Tribunal fédéral. 6B_220/2022 31.10.2022 -, 2022.
https://www.bger.ch/ext/eurospider/live/fr/php/aza/http/index.php?highlight_docid=aza%3A%2F%2Faza://31-10-2022-6B_220-2022&lang=fr&zoom=&type=show_document
(accessed 2 Jun 2023).

ⁱ Der Begriff «Regierung» bezieht sich auf alle Amtsträgerinnen und Amtsträger, unabhängig davon, ob sie im Rahmen ihrer Befugnisse handeln oder nicht, solange sie sich mit diesen Befugnissen ausstatten oder sich anderen gegenüber als solche ausgeben.

ⁱⁱ Der Begriff «Tabakindustrie» schliesst diejenigen ein, die deren Interessen vertreten oder sich für deren Interessen einsetzen, einschliesslich der staatlichen Tabakindustrie

ⁱⁱⁱ Das «Angebot zur Unterstützung» kann Gesetzesentwürfe, technischen Input, Empfehlungen und...
SATZ ABGESCHNITTEN IN BASISDOKUMENT

^{iv} Bitte fügen Sie eine Liste ab 2009 bei, damit die befragte Person die Frequenz quantifizieren kann,
<http://www.who.int/fctc/cop/en/>

^v politisches, soziales, finanzielles, erzieherisches, gemeinschaftliches, technisches Fachwissen oder Schulungen zur Bekämpfung von Schmuggel oder andere Formen von Beiträgen

^{vi} Einschliesslich der unmittelbaren Familienangehörigen der hochrangigen Beamtinnen und Beamten

^{vii} Im Zusammenhang mit dieser Frage bedeutet «konsequent»: a. Jedes Mal, wenn das FCTC diskutiert wird, wird Punkt 5.3 erläutert. UND b. Jedes Mal, wenn sich eine Gelegenheit ergibt, z. B. wenn die Einmischung der Tabakindustrie aufgedeckt oder gemeldet wird.